

18. Jahrgang  
**1/91**

Vierteljahres-  
zeitschrift für  
Stadtgeschichte  
Stadtsoziologie  
und  
Denkmalpflege



Studienheft 2

Hildegard  
Schröteler-  
von Brandt/  
Rolf Westerheide

## Zukunft für die Dörfer

**Dorfentwicklungsplanung  
für die Stadt Zülpich**



Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift  
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie  
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,  
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,  
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke  
herausgegeben von Otto Borst

*Redaktionskollegium:* Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

*Redaktionelle Zuschriften* und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

*Die Zeitschrift* erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 124,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 97,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 32,50 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

*Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:* W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

## INHALT

## STUDIENHEFT 2:

HILDEGARD SCHRÖTELER-VON BRANDT / ROLF WESTERHEIDE

## Zukunft für die Dörfer

## Dorfentwicklungsplanungen für die Stadt Zülpich

1. Einleitung .....	1
2. Strukturwandel in den Dörfern – Probleme und Planungsansätze .....	8
3. Herangehensweise an die Planung .....	20
4. Neues Wohnen im alten Dorf .....	31
5. Ein Hauptproblem: Rückbau der Dorfstraßen .....	50
6. Dorfköologie .....	61
7. Dorfhistorische Untersuchungen .....	71
8. Dorfgestaltung: weniger ist mehr .....	77
9. Dorf als sozialer Raum. Sozialräumliche Elemente und ihre Gebrauchswerte .....	84
10. Hilfen zur Selbsthilfe – Dorfentwicklung jenseits staatlicher Förderung .....	89
11. Ohne Bürger läuft nichts – Bürgerbeteiligung will erlernt sein .....	100
12. Anhang .....	105

DIE AUTOREN .....	106
-------------------	-----

## TAGUNGSBERICHTE

»Schadet die Wissenschaft dem Dorf?«,	
7. Interdisziplinäres Essener Dorfsymposium in Bleiwäsche .....	107
»Denkmalpflege und Tourismus«, III. Internationales Symposium in Trier .....	110

NOTIZEN .....	115
---------------	-----

## BESPRECHUNGEN

*Stadtbaugeschichte*KERSTEN KRÜGER (Hrsg.), Europäische Städte im Zeitalter des Barock (*Peter Burg*) ..... 117FRANZISKA BOLLEREY/GERHARD FEHL/KRISTINA HARTMANN (Hrsg.), Im Grünen Wohnen – im Blauen Bauen. Ein Lesebuch zur Gartenstadt (*Bernd Kleinbans*) ..... 118KLAUS ANDRÄ u. a., Marktplätze (*Reinhard Heinemann*) ..... 120*Denkmalpflege, Stadtplanung*GOTTFRIED KIESOW (Hrsg.), Einführung in die Denkmalpflege (*Ute Beatrix Sardemann*) ..... 121THOMAS SIEVERTS (Hrsg.), Zukunftsaufgaben der Stadtplanung (*Ronald Kunze*) ..... 123*Städtische Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte*REINHOLD REITH, Arbeits- und Lebensweise in der Franzosenzeit (*Silke Jagusch*) ..... 124WOLF-RÜDIGER OSBURG, Die Verwaltung Hamburgs in der Franzosenzeit (*Matthias Haag*) ..... 126

## 1. Einleitung

Das Wesensmerkmal des Dorfes ist seine räumliche und soziale Überschaubarkeit und seine Prägung durch die Landwirtschaft. Agrarische Umstrukturierungsprozesse reduzierten seit den 50er Jahren die wirtschaftliche und beschäftigungsrelevante Bedeutung der Landwirtschaft jedoch ganz erheblich. 1986 wurden z. B. in NRW nur noch 1,1% der Bruttowertschöpfung durch die Land- und Forstwirtschaft erwirtschaftet. Entgegen dieser geringen ökonomischen Bedeutung wird das »Bild« selbst des Industrielandes NRW von der Landwirtschaft geprägt; zur Landesfläche gehören 80% land- und forstwirtschaftliche Flächen. Das äußere Erscheinungsbild des Dorfes entspricht so schon längst nicht mehr der inneren Bedeutung, die die Landwirtschaft und die Landwirte im Dorf haben. Allein seit 1960 verringerte sich die Anzahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in NRW um 65%.

*Folgen des strukturellen Wandels*

Der funktionale und wirtschaftliche Strukturwandel ist unübersehbar. Am deutlichsten treten seine Auswirkungen in der Trennung von Wohnen und Arbeiten zutage. Das traditionelle »Bauern-dorf« wurde durch den Bedeutungsverlust der Landwirtschaft am Erwerbsle-

ben immer mehr zum »Wohndorf«, und die für das Dorf typische Vielfalt an Nutzungen und Aneignungsformen von privaten und öffentlichen Außenräumen mit einem Nebeneinander von Wohn- und Arbeitsbereichen ging verloren. Als Folge dieses Wandels entstanden viele bauliche und soziale Probleme:

- Verkehrsprobleme auf den Ortsdurchfahrten durch steigendes Verkehrsaufkommen und hohe Geschwindigkeiten im oft engen Straßenraum,
- Probleme im alten Ortskern: Leerstände oder Kümmernutzungen durch aufgegebenen landwirtschaftlichen Nutzung, hoher Instandsetzungsbedarf bei der älteren Bausubstanz, hohe Bebauungsdichten, ungünstige Grundstückszuschnitte und unzureichende Erschließung der Grundstücke,
- fehlende oder unzureichende Einrichtungen für Vereine und die Dorfgemeinschaft und für einzelne Gruppen im Dorf wie Kinder, Jugendliche, Frauen oder alte Menschen,
- Versorgungsengpässe bei privater und öffentlicher Infrastrukturausstattung,
- Konflikte zwischen Neubauwünschen und Baulandbedarf vor Ort und übergeordneten, an der Verhinderung der Landschaftszersiedelung orientierten Planungsgrundsätzen,
- negative Veränderungen des Ortsbil-

des und fehlende dorftypische Bebauung, Vorherrschen von Einfamilienhausbebauung nach städtischem Vorbild,

- Verlagerung eines großen Teiles des Lebensbereiches außerhalb des Dorfes durch fehlende Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort, Vergrößerung des Auspendleranteiles und Wegzug vor allem der jüngeren Bevölkerung,
- Probleme bei dem Erhalt schützenswerter Landschaftsbestandteile und dorftypischer Vegetation z. B. durch den Verlust der wirtschaftlichen Bedeutung von Obstwiesen und Nutzgärten.

Diese Umstrukturierungen bedrohen einen Lebens- und Wirtschaftsraum, der trotz der Anpassungen an den städtischen Gegenpol, seine eigene Identität über Jahrhunderte hinweg zu wahren suchte. Ohne eine behutsame und auf spezifische ökonomische, kulturhistorische, ökologische und städtebauliche Eigenheiten orientierte Erneuerung des ländlichen Raumes droht dieser seine ihm eigenen Qualitäten immer mehr zu verlieren.

### *Dörfliche Qualitäten*

Unseres Erachtens haben die Dörfer für die angestammten und neuzugezogenen Menschen große Qualitäten, die bei der Planung entsprechend berücksichtigt werden müssen:

- Im Gegensatz zur Stadt sind große Flächen und Räumlichkeiten für die vielfältigsten Aktivitäten vorhanden

(Nutzgärten, Schuppen und Nebengebäude für Autoreparatur, Kleintierhaltung oder handwerkliche Hobbies etc.). Gerade diese erweiterte Nutzung des Außenraumes bestimmt die Qualität dörflichen Wohnens.

- Eine enge soziale Verknüpfung durch Nachbarschaftshilfe oder Vereinswesen bestimmt das Miteinander unterschiedlichster Alters- und auch sozialer Gruppen. Es besteht eine enge Ortsverbundenheit und hohe Wohnzufriedenheit. Die Umzugsbereitschaft ist gering.
- Die Dorfbewohner entwickeln von klein auf einen stärkeren Natur- und Landschaftsbezug. Neue, ökologische Planungsziele könn(t)en hier leichter verwirklicht werden.
- Das Dorf wird als erkennbarer, überschaubarer und sozialer Raum erlebt. Dies prägt eine Identität mit dem Ort, die für das Wohlbefinden des einzelnen sehr bedeutsam ist.

Diesen Lebensraum gilt es zu erhalten und auf eine in vielen Fällen auch nicht mehr landwirtschaftliche Zukunft durch einfühlsame Planung vorzubereiten.

### *Welche Zukunft hat das Dorf?*

Es stellten sich für die Studenten und uns eine Fülle von zu beantwortenden Fragen:

- Ist die Landwirtschaft im Dorf noch intakt und sollen sich Planungsüberlegungen in erster Linie am Bestandschutz für die Landwirtschaft orientieren und z. B. eine an die Höfe heranrückende, die landwirtschaftliche Pro-

duktion durch Immissionskonflikte beeinträchtigende Wohnbebauung vermieden werden?

- Weist das Dorf aufgrund seiner Einwohnerzahl und infrastrukturellen wie gewerblichen Ausstattung noch eine so große Nutzungsvielfalt auf, daß es als Lebensraum einen besonders hohen Wert für die Bewohner und sogar für umliegende Dörfer besitzt und vorrangig weiterentwickelt werden muß?
- Verfügt das Dorf aufgrund einer hohen landschaftlichen und ökologischen Bedeutung oder besonderer bauhistorischer Werte über Ansätze zum Ausbau von Fremdenverkehrs- und Erholungsfunktionen?
- Wo und in welchem Umfang sind Wohnbauflächen vorzusehen und in welchen Dörfern steht in Zukunft die Wohnfunktion an erster Stelle?
- Handelt es sich um ein mehr stagnierendes Dorf oder um ein Dorf mit einer eigenen Entwicklungsdynamik?
- Fehlen in den Dörfern soziale und räumliche Identifikationspunkte?
- Was kann mit den konkreten Planungsmaßnahmen im Dorf erreicht werden und wo sind Maßnahmen und Hilfen von außen gefordert und ein politisches Umdenken notwendig, welches dem Lebensraum Dorf einen neuen, bedeutenderen Stellenwert zuweist? (Veränderte Zielsetzungen in der Agrarpolitik spielen hier in Zukunft eine ebenso bedeutsame Rolle wie ein Überdenken der starken Zentralisierung im politischen und infrastrukturellen Bereich).

Die Ergebnisse der Dorfentwicklungsplanung werden sich daran messen lassen müssen, inwieweit sie den Bedürfnissen der Dorfbevölkerung nach einem weitgehend intakten Lebensraum entsprechen und nicht nur einer vordergründigen Dorfverschönerung gerecht werden. Die vielgerühmte »Verweillbereitschaft« im Dorf wird so nicht zuletzt davon abhängen, ob Versorgungseinrichtungen und Arbeitsplätze im Dorf oder in erreichbarer Nähe zur Verfügung stehen. Das reine Wohndorf wird bei einer weiteren rückläufigen Entwicklung der Landwirtschaft nicht zu vermeiden sein. Das Dorf sollte jedoch diesem Wandel nicht damit begegnen, daß durch städtebauliche, verkehrliche und kulturelle Verformung allmählich ein vorstädtischer Charakter entsteht, sondern daß im Gegenteil seine siedlungsstrukturelle Kontinuität auch bei den gravierenden agrarökonomischen Wandlungsprozessen bewahrt werden kann. Die Planung sollte im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit neuen Ideen bestehende Qualitäten wie die Vielfalt der dörflichen Nutzungen und das Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten sichern. Nicht die neuerdings betriebene »Restauration« des Dorfes im nostalgischen Sinn, sondern eine Dorfentwicklung, die nach eigenen, neuen, emanzipatorischen Entwicklungsmöglichkeiten und -fähigkeiten sucht und auch vor einer »Reformierung« des bestehenden Dorfes nicht haltmacht, wäre weiter zu entwickeln. In diesem Sinne sind die nachstehenden Beispiele zu verstehen.





Abb. 1.3 Luftaufnahme Zülpich

Quelle: Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Denkmäler im Rheinland – 9.5 Stadt Zülpich, bearbeitet von Harald Herzog und Norbert Nußbaum, Köln, 1988.

Freiflächen ausgewiesen. Nennenswerte Waldanteile und naturnahe Flächen finden sich überwiegend im Eifelvorland und in den Bachniederungen. Mit 1,8% der Gesamtfläche sind sie jedoch verschwindend gering.

Das Erscheinungsbild der Landschaft mit ihren wie eingestreut verteilten Dörfern und Siedlungen ist geprägt durch die agrarische Nutzung. Auf den weitläufigen Ackerflächen mit hohen Bodenertragswerten werden überwiegend Getreide und Zuckerrüben angebaut. Zülpich zählt geologisch zum Senkungsge-

biet der Erft- und Ruhrscholle. Mächtige Löß- und Lößlehmböden vom Eifelvorland bis zur niederrheinischen Bucht werden von einigen Bächen (Neffelbach, Rotbach, Wollersheimerbach) durchzogen und modellieren so eine leicht gewellte Landschaft. Die meisten Dörfer haben sich an den Bachläufen angesiedelt.

Nur die Stadt Zülpich liegt seit dem Mittelalter strategisch günstig auf einer Erhöhung und ist in der Region weithin mit Mauerring und Türmen sichtbar (Abb. 1.3). Wirtschaftlich betrachtet ist

die Gemeinde mit ca. 16000 Einwohnern eine typische Auspendlergemeinde mit geringem Gewerbe- und Industriebeitrag. Über 40% der ca. 6100 Erwerbstätigen haben ihren Arbeitsplatz in den nahen Ballungsräumen. Die Gemeinden Köln, Düren und Euskirchen sind die größten Auspendlerstandorte. Nur im landwirtschaftlichen Sektor weist Zülpich einen prozentual höheren Anteil an den Erwerbstätigen auf als der Landesdurchschnitt.

Die Chance der Stadt Zülpich Selbstversorgerfunktion zu übernehmen ist aufgrund der Außenorientierung und der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Umland erheblich vermindert. Dies ist

ein Grund dafür, daß Zülpich Ausgleichsstockgemeinde geworden ist, d. h. zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs werden zur Erfüllung der unbeweisbaren Aufgaben, Schlüssel- und Ergänzungszuweisungen vom Land gewährt. Der finanzielle Planungs- und Handlungsspielraum der Gemeinde ist damit sehr gering und der starken fiskalischen Kontrolle des Landes unterworfen. Um so wichtiger sind somit Planungs- und Entwicklungsansätze für die Gemeinde, die es ermöglichen können, bürgerschaftliches Engagement, private Investitionen und Gestaltungswillen zu fördern.

## 2. Strukturwandel in den Dörfern Probleme und Planungsansätze

### *Ende des Bauerndorfes? – Bedeutungswandel und Krise der Landwirtschaft*

Die Entwicklung der Produktivkräfte sowie deren Arbeits- und Verwertungsmethoden haben in unserer Gesellschaft einen Stand erreicht, der zu den heutigen Problemen des ländlichen Raumes führte. Die einschneidenden Veränderungen in den Produktionsmethoden der Landwirtschaft in den letzten 150 Jahren wie die Mechanisierung, Chemisierung, Spezialisierung und der hohe Energieeinsatz haben zu rapiden Produktivitätssteigerungen geführt. Damit konnten zwar die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft verbessert und die Ernährungssicherung der Bevölkerung mehr als gewährleistet werden; der Anpassungsdruck an stetige Ertragssteigerung zwang jedoch gleichzeitig zu Rationalisierung und immer größerem Kapitaleinsatz.

Nur bei immer größeren Mengen konnte günstiger und gewinnsteigernder produziert werden. »Wachsen oder Weichen« wurde nach 1945 die Devise der Landwirtschaft; kleine Betriebe gerieten als »Lohnmäster« oder »Vertragslandwirte« in immer größere Abhängigkeiten.

Die Ertragssteigerung hat nicht nur die Selbstversorgung der Bevölkerung in

der EG ermöglicht, sondern vielfach bei weitem überschritten und die Grenze der ökologischen Belastbarkeit erreicht. Der Bauer, der noch als Vollerwerbler seine Familie ernähren kann, ist der »30-ha-Bauer«, der vor 1945 noch als Großbauer die Minderheit im Dorf darstellte. Die bedeutende wirtschaftliche und soziale Stellung der Bauern im Dorf nimmt mehr und mehr ab; er entwickelt sich zum »Exoten«.

Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft unter kapitalistischen Bedingungen und internationalem Konkurrenzdruck stößt zudem an Grenzen, die den Produktionsbedingungen der Landwirtschaft eigen sind: die Unvermehrbarkeit des landwirtschaftlichen Bodens läßt nur eine Ertragssteigerung durch Intensivierung der Produktion zu, die an die Grenze des ökologisch Verkraftbaren gelangt ist (z. B. Nitratverseuchung des Bodens).

Die Krise der Landwirtschaft mit ihren stetigen Wandlungsprozessen ist immanent. Bereits im 19. Jh. mußten die heimischen Getreidemärkte mit Zollschranken vor der Einfuhr des billigeren amerikanischen Weizens geschützt werden; bereits um 1900 wurden mit dem Zuckerkartell erste Kontingentierungen vorgegeben. Die EG setzte diese staatlichen Marktregulierungen lediglich

auf einer höheren Stufe fort. Heute ist auch hier die Grenze der Finanzierbarkeit erreicht; ca. 70% des EG-Haushaltes werden für die Marktordnungen des Agrarsektors ausgegeben.

Der Teufelskreis der Agrarpolitik hat sich bis zur Unfinanzierbarkeit hochgeschraubt. Die hohen Preise der EG zur Verbesserung der bäuerlichen Einkommen vergrößern den Abstand zu den niedrigen Weltmarktpreisen und erschweren den Export, während sie im »Innern« zu einer Mehrproduktion und somit zu weiter wachsenden Überschüssen anregen. In der Konsequenz muß ein immer höherer Aufwand für den Ankauf von Überschüssen und deren Lagerhaltung erbracht werden. Der Export »läuft« nur durch Subventionen und verbilligten Absatz. Dieser Teufelskreis muß durchbrochen und die Überschussproduktion zugunsten verminderter, aber qualitativvollerer Produkte zurückgefahren werden. Dabei geht es vor allem um Beschränkungen in den Bereichen, die den Großteil der Überschüsse produzieren: die großen, agrarindustriellen Betriebe.

Die Landwirtschaft gilt heute als ständiger Subventionskandidat, als ohne staatliche Stützung nicht lebensfähiger Sektor und zugleich als Umweltsünder oberster Rangordnung. Das war nicht immer so. Die großen Hungerkrisen des ausgehenden 18. Jh. und die Bedeutung, die »das tägliche Brot« für die Bevölkerung hatte, brachten eine großangelegte Agrarkampagne mit intensiver wissenschaftlicher Erforschung, der Entwicklung neuer Anbaumethoden, neuer Ge-

treide- und Gemüsesorten und Düngungsmethoden etc. hervor. Die Landwirtschaft, die im Laufe des 19. Jh. ihre Erträge immer mehr steigern konnte, hatte noch eine bedeutende Funktion: indirekt ermöglichte sie durch die Bereitstellung der Nahrungsmittel für die stark anwachsende Bevölkerung erst die Industrialisierung und damit auch das städtische Wachstum.

Im weiteren Verlauf und vor allem ab der 2. Hälfte des 20. Jh. rückte die Landwirtschaft immer mehr von ihrer Funktion als führender, primärer Wirtschaftssektor ab; der Anteil am Bruttosozialprodukt fiel bis auf 1% im Jahr 1986 im Industrieland NRW. Immer weniger Arbeitskräfte werden in der Landwirtschaft gebraucht und die Einkommensentwicklung dort nimmt nicht mehr an der allgemeinen Lohnentwicklung teil. Immer mehr »selbständige« Bauern leben von ihren Reserven und an der unteren Einkommensgrenze, während doch die Arbeitsproduktivität in anderen Sektoren immer mehr stieg.

Der Strukturwandel bzw. die Markt-anpassung ist noch nicht abgeschlossen. Pessimisten oder auch Realisten nennen die Zahl von 50% der Betriebe, die bis zur Jahrtausendwende ihren Betrieb schließen werden. Im Rheinland geben derzeit jährlich 3% der Betriebe auf; nach dem Agrarbericht 1989 rechnen 38% der Landwirte in NRW mit Betriebsaufgaben. »18 Prozent der betroffenen Landwirte im Rheinland müssen aufgeben, weil kein Nachfolger in Sicht ist. Weit über die Hälfte der Höfe sind einkommenschwache Übergangsbetriebe«

(Aachener Nachrichten, 29. 3. 1989). Betroffen sind vor allem die kleinen und mittleren Betriebe. Die restlichen Betriebe werden sich weiter konzentrieren, die Betriebsgrößen und -flächen werden steigen und die Bezeichnung der »industrialisierten« Landwirtschaft für noch mehr Betriebe zutreffen. Weiterhin werden landwirtschaftliche Flächen aus der »Produktion« genommen und brachfallen.

#### *Umdenken erforderlich*

Die sich zuspitzende Situation verlangt nach Lösungen, die nicht den Trend der letzten Jahrzehnte fortschreiben, sondern vor allem im Sinne einer ökologisch wirtschaftenden und die Qualität der Produkte steigernden Landwirtschaft (die Kälberskandale reichen) neue Wege beschreiten muß.

»Alternativ« wirtschaftende Betriebe zeichnen sich da als Ausweg ab, wenn gleich unter heutigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten diese Richtung nur für wenige eine Abwendung der drohenden Betriebsschließung bedeutet. Neuerdings soll den umstellungswilligen Betrieben auf Antrag von Bund und Ländern eine Art Ausfallentschädigung gewährt werden (Der Spiegel, 30/1989). Dies kann als erster Schritt in Richtung einer veränderten – politischen Bewertung gesehen werden. Doch noch erfolgt diese »Neubewertung« unter der Prämisse, die Zahl dieser Betriebe auf die derzeitige Nachfragekapazität nach biologisch angebauten Produkten begrenzen zu

müssen, um damit einem Preisverfall vorzubeugen.

Die Beispiele von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, Zusammenschlüssen von Landwirten mit eigener Direktvermarktung im Dorf oder gemeinsam betriebenen Verkaufsbussen, »Patenschaften für Hühner oder Schweine«, eine von Städtern »geleaste« Sau bis hin zu »Shopping« auf dem Bauernhof, zeigen ein neues Interesse der Verbraucher und stellen bei dem Erfolg der Kollegen nicht wenige Landwirte vor die Frage, ob nicht Umstellung oder Kooperationen versucht werden sollten. Auch die Herauslösung der landwirtschaftlichen Betriebe aus dem immer stärker werdenden Monopolisierungsprozeß und eine verstärkte Förderung der Klein- und Mittelbetriebe über eine veränderte Preispolitik wäre anzustreben.

Die Berichte über solche »Nischen« für die arg bedrängte Landwirtschaft mehren sich; ohne eine generelle Neubewertung der Agrarpolitik im Bund und in der EG werden jedoch diese »Nischen« begrenzt sein und aus rein marktpolitischen Gründen begrenzt werden müssen.

#### *Landwirtschaft und Planung*

Eine generelle Neubewertung der Landwirtschaft, die Stabilisierung betrieblicher Existenzen und eine Qualitätsverbesserung landwirtschaftlicher Produkte ist gefordert. Dies hätte auch entsprechende räumliche Auswirkungen. In den Dörfern und Kleinstädten würden neue »Märkte« eingerichtet; die Versorgung

über Direktvermarktung und weitere Versorgungsbusse verbessert; die mit landwirtschaftlich genutzten Flächen durchmischte räumliche Struktur des Dorfes bliebe erhalten; die Landwirte als wichtige soziale Gruppe verblieben im Dorf; eine naturgerechte landwirtschaftliche Produktion würde weiterhin das Bild des Dorfes prägen und ein neuer, integrierter Landschafts- und Naturschutz könnte helfen, die ausgeräumte Landschaft instandzusetzen.

Solange wir uns jedoch mit solchen maximalen Forderungen im Bereich von »Utopia« bewegen, gilt es, die kleinen Schritte auf dem Weg dorthin zu unterstützen. Ansätze in diese Richtung oder Ausbaumöglichkeiten aufgrund der Betriebs- und Marktstrukturen (lokale und regionale Absatzmöglichkeiten) gilt es bei der Dorfentwicklungsplanung aufzuspüren und in Verbindung mit den Landwirten, den Landwirtschaftskammern und den Gemeinden auszubauen.

#### *Berücksichtigung der Landwirtschaft im Zülpich-Projekt*

Die landwirtschaftliche Entwicklung, vor allem in den Dörfern, in denen die Landwirtschaft noch stark vertreten ist, lag den Studenten besonders am Herzen. Bei ihren Verkehrsplanungen, der Ausweisung neuer Wohngebiete, den Umnutzungsplanungen etc. wurde jeweils ein Schwerpunkt auf die Sicherung der landwirtschaftlichen Betriebe gelegt; d.h. die Planungsmaßnahmen sollten die Standortsicherung unterstützen und nicht wie

so oft, den Landwirten weitere Schwierigkeiten bringen.

Bei den Konzepten stand die Sicherung der Betriebsstandorte im Ortskern (vor allem wenn die Hofnachfolge bei den Vollerwerbsbetrieben gesichert war) im Vordergrund. Es wurden Erweiterungsflächen in Hofnähe gesucht oder der landwirtschaftliche Verkehr im Ort bei der Neuplanung der Ortsdurchfahrten entsprechend berücksichtigt. Weiterhin wurden Vorschläge angerissen, wie ein zusätzliches wirtschaftliches Standbein für die Landwirtschaft z. B. im Freizeit- und Tourismusbereich gefunden werden kann (wie »Ferien auf dem Bauernhof« in Merzenich oder »Reiterhof/Pferdeponie« in Juntersdorf) oder Ideen zum Auf- bzw. Ausbau einer Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte wie Backhäuser, Schlachtereien, Mostereien, »Bauernmärkte« etc. aufgegriffen. Einen weiteren Ansatzpunkt stellten die Umnutzungsvorschläge für landwirtschaftliche Gebäude zu Wohnzwecken dar.

Die Analyse erfolgte in Zusammenarbeit mit den Landwirtschaftskammern und den betroffenen Landwirten vor Ort. Für jedes Dorf wurden die Struktur und die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft (Anzahl und Lage der Höfe, Erwerbscharakter wie Voll- oder Nebenerwerb, Größe der bewirtschafteten Fläche, Pacht- und Eigenlandanteil, Bodengüten, Rationalisierungsgrad, Wirtschaftsform wie Spezialisierung oder Mischwirtschaft, Entwicklungspotential der Betriebe etc.) erhoben. Weiterhin wurde die geschichtliche Herausbil-

dung der Landwirtschaft und die qualitativen und quantitativen Veränderungen der Bewirtschaftung dargestellt.

*Beispiel: Auszug aus dem Dorfentwicklungsplan Langendorf – Analyse Landwirtschaft*

Langendorf und seine Umgebung ist auch heute noch durch die landwirtschaftliche Nutzung geprägt. Die Anzahl von 6 Vollerwerbs- und 5 Nebenerwerbsbetrieben ist in dem 260 Einwohner zählenden Dorf im Vergleich zu anderen Zülpicher Dörfern relativ groß und unterstreicht den Stellenwert der Landwirtschaft für die Ortsentwicklung. Die Bewirtschaftungsfläche der Vollerwerbsbetriebe liegt zwischen 20 und 30 ha. Die Nebenerwerbsbetriebe bewirtschaften Flächengrößen bis 2 ha. Da seitens der Landwirtschaftskammern für diese Betriebe zumindest mittelfristige Existenzsicherung mit steigendem Anteil des Nebenerwerbs prognostiziert wird, wird Langendorf auch in nächster Zukunft ein »Bauerndorf« bleiben.

Auch in Langendorf hat sich die Zahl der Höfe in den letzten 40 Jahren vermindert. Auswirkungen der Rationalisierung und Mechanisierung und die Folgen der Agrarpolitik kommen zu den vergleichsweise ungünstigen Standortfaktoren hinzu. So liegen die Bodenwerte in Langendorf im Durchschnitt bei 50 (Zülpich Durchschnitt 70, bis zu 95). Stau-nasse Böden verlangten einen hohen finanziellen Aufwand bei der Kanalisierung, und der lukrative Zuckerrübenanbau kann wegen der nicht wassersiche-

ren Böden auf nur 1/3 der Anbauflächen betrieben werden. Fast durchgängig muß Land dazugepachtet werden, welches knapp und teuer ist (bis zu 1000 DM/ha). Die Höfe werden fast ausnahmslos von Familienmitgliedern bewirtschaftet (Abb. 2.1).

Als Planungsanforderungen zwecks Sicherung der Landwirtschaft ergaben sich z. B. Erhaltung der rückwärtigen Hofausfahrten (d. h. keine weitere Wohnbebauung in der 2. Reihe) oder Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahrt zwecks Erhöhung der Verkehrssicherheit für den landwirtschaftlichen Verkehr an den Torausfahrten.

#### *Zusammenhang von Wohnen und Arbeiten wahren durch Stärkung von Gewerbe und Dienstleistung*

Selbst eine gesellschaftliche Neubewertung der landwirtschaftlichen Produktion wird nicht mehr das Bauerndorf vergangener Tage wiederherstellen. War früher das »Wohnen« im Dorf immer mit dem Arbeitsbereich in Landwirtschaft oder Handwerk verknüpft und »reines Wohnen« undenkbar, so hat die gesellschaftliche Arbeitsteilung mit der Trennung von Wohnen und Arbeiten auch die Dörfer erfaßt. Diese Entwicklung, bei der die Bewohner auf außerdörfliche Arbeitsplätze angewiesen sind, wird nicht mehr zurückgedreht werden können und die Wohnfunktion im Dorf weiter an Bedeutung gewinnen.

Die Entwicklung zum Wohndorf wird in erster Linie von der Bevölkerungsentwicklung und der Entwicklung der Ar-

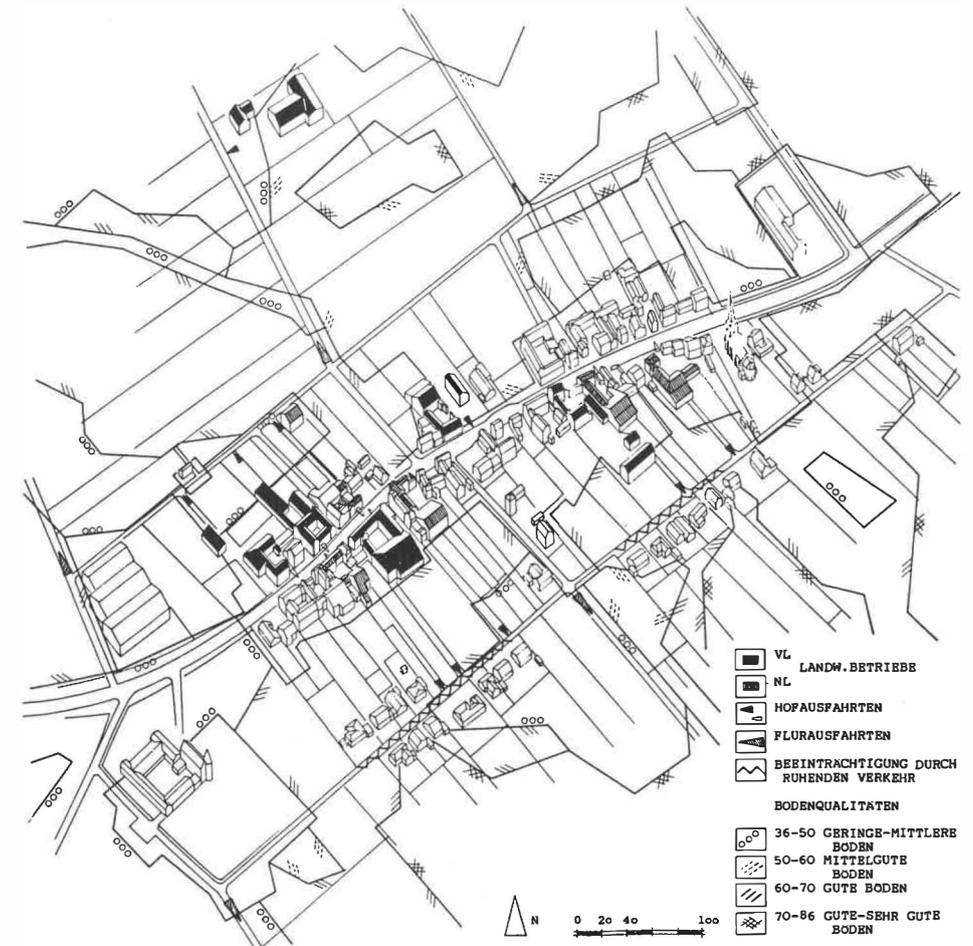


Abb. 2.1 Analysenplan »Landwirtschaft Langendorf«

beitsplätze im Dorf oder in erreichbarer Nähe abhängen. Dem ländlichen Raum droht – teilerfüllt mehr oder weniger stark ausgeprägt – langfristig das Schicksal von Stagnation, Schrumpfung und Überalterung, wenn nicht die Arbeits- und Ausbildungssituation verbessert wird. Eine vom Bundesbauministerium durchgeführte Bevölkerungsbefragung in kleinen Orten unter 10000 Einwoh-

ern ergab, daß die Abwanderungsbereitschaft der jüngeren und höher qualifizierten Einwohner größer und deren Wohnzufriedenheit geringer war. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung erhalten jedoch gerade die jüngeren Jahrgänge in der »Familien-gründungsphase« eine verstärkte Bedeutung.

Neben der v. g. Neubewertung der

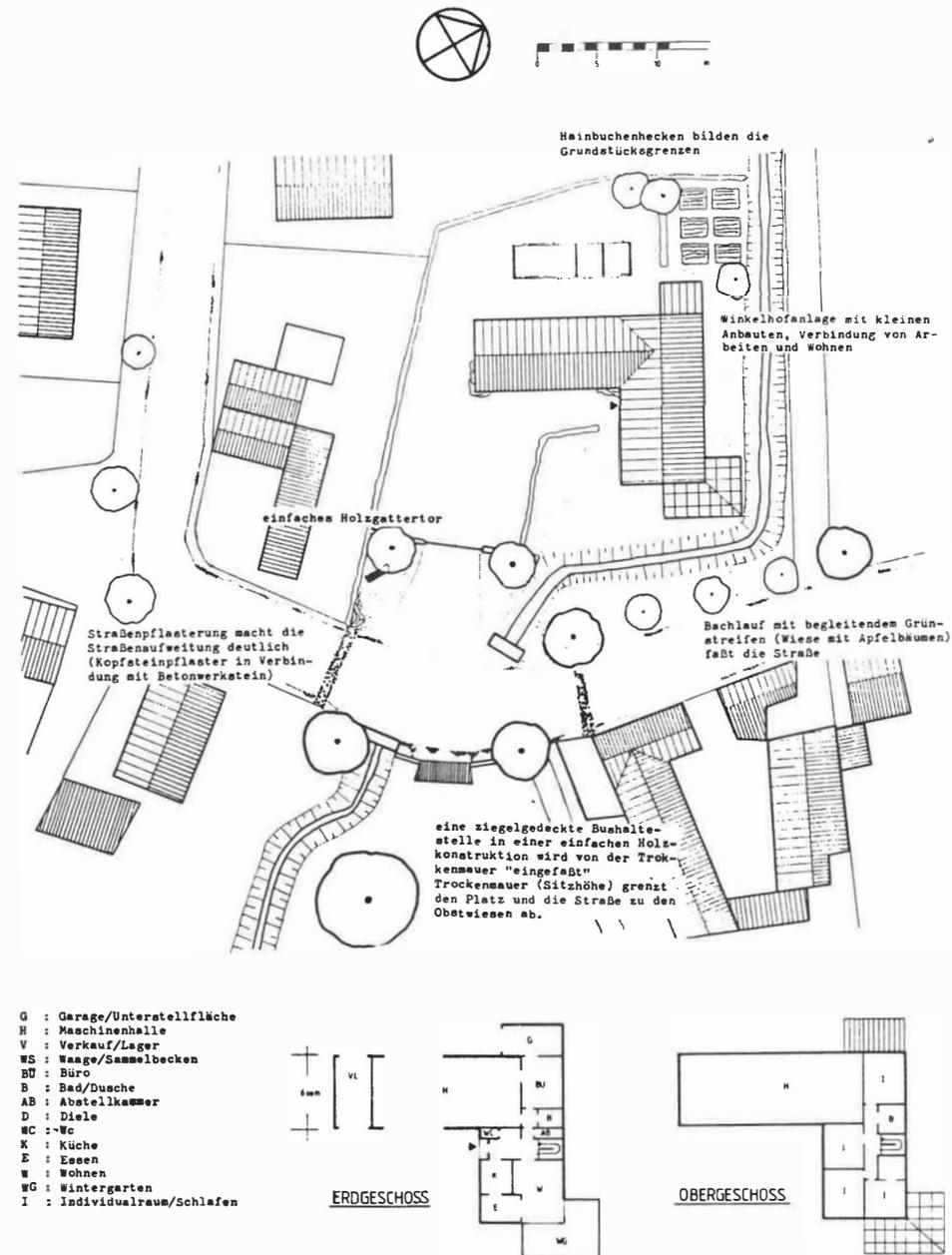


Abb. 2.2 Gewerbehof – Mosterei. Ziele: Erhalt der Funktionsmischung, Sicherung des Obstbaumbestandes durch neue wirtschaftliche Nutzung in der Mosterei sowie Belegung der Dorfmitte.

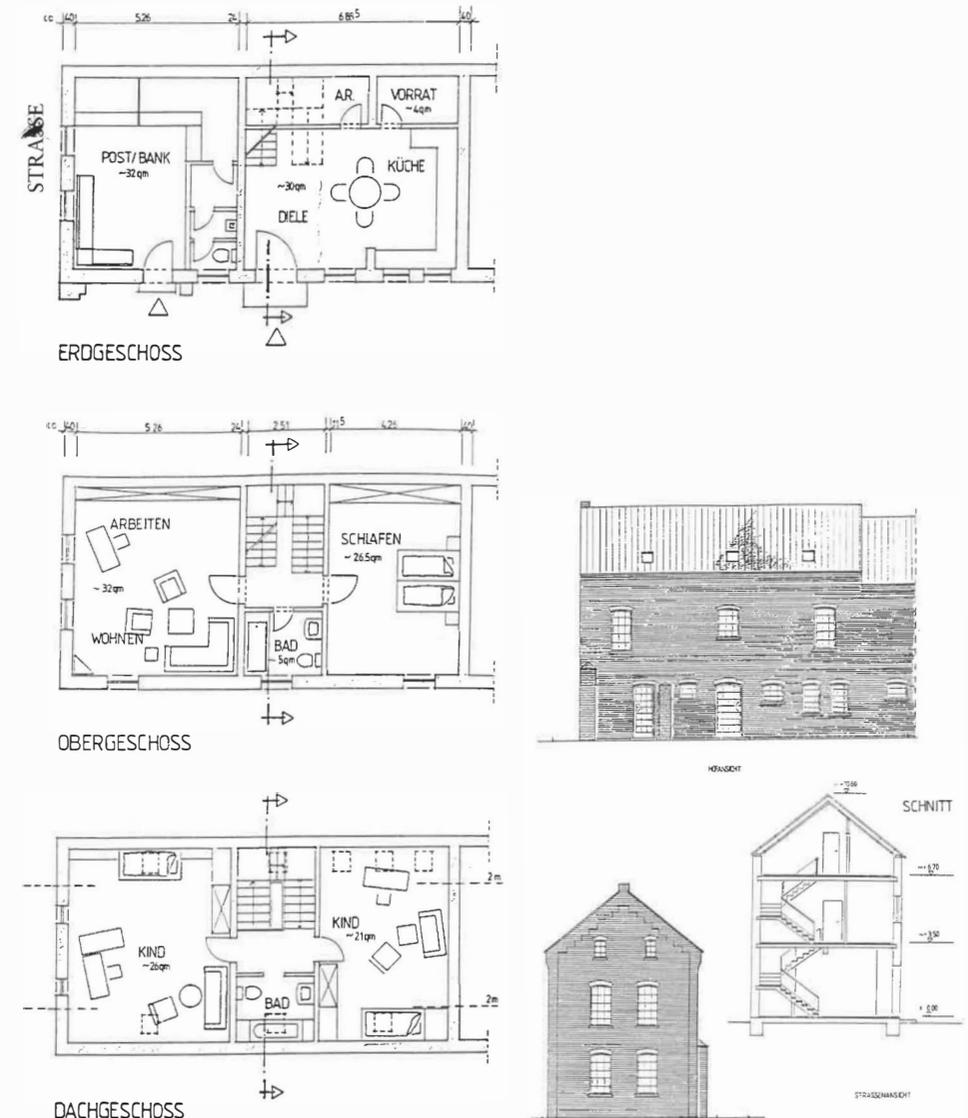


Abb. 2.3 Umnutzungsvorschlag für ein leerstehendes landwirtschaftliches Nebengebäude: Bank- und Poststelle mit Wohnung von Ina Osmer

Landwirtschaft und der Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte müßten auch neue Wege im Bereich von Hand-

werk, Gewerbe und privaten Dienstleistungen gesucht werden. Auch die unmittelbare Verknüpfung der Dorferneuerungsprogramme mit Förderprogram-

men für die gewerbliche Wirtschaft (nur in Baden-Württemberg vorhanden) muß dringend praktiziert werden (Abb. 2.2).

Viele Dörfer verfügen nicht mehr über Einkaufsmöglichkeiten. Hier haben die Bewohner von Altenhasungen bei Wolfshagen (Kreis Kassel) kürzlich ein schönes Beispiel gegeben. In finanzieller und personeller Selbsthilfe schufen sie sich einen eigenen »modernen« Tante Emma-Laden (Aachener Nachrichten, 10.7.1989). Er wird von Hausfrauen des Dorfes stundenweise betrieben und schafft neben der Versorgung noch Beschäftigungsmöglichkeiten für die benachteiligte Gruppe der auf Teilzeitarbeit angewiesenen Frauen. Für Zülpich-Lövenich wurde ein Vorschlag für die Umnutzung eines leerstehenden landwirtschaftlichen Gebäudes im Ortskern in eine Post- bzw. Bankstelle oder Ladenraum entwickelt (Abb. 2.3).

Im Bereich von Handwerk oder Gewerbe könnte z. B. das örtliche Bauhandwerk in einer gemeinsamen Aktion von Gemeinden, Denkmalpflegern und Industrie- und Handelskammern usw. gestärkt werden, indem eine »Kampagne für handwerkliches Bauen und regionale Baustoffe« durchgeführt wird. Hier könnte eine Beratungstätigkeit über fachgerechte Modernisierung verknüpft werden mit der konkreten Werbung für noch in der Gemeinde vertretene »Besonderheiten« des Bauhandwerks z. B. die Herstellung typischer glasierter Ziegel in Zülpich-Schwerfen (siehe 10).

Neue Tendenzen im Erwerbsleben könnte auch der Ausbau der Gastronomie für ein überörtlich wirkendes Ange-

bot, der Ausbau von öffentlichen Dienstleistungs-, Kongreß- und Bildungszentren im ländlichen Raum in den denkmalgeschützten alten Gutshöfen oder auch in preiswerten leerstehenden landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (Frauenbildungsstätte in Zülpich-Lövenich) sein.

Im Ausbildungsbereich wäre es möglich – auch in Verbindung mit den Arbeits- und Sozialämtern –, den sog. 2. Arbeitsmarkt auszubauen und langfristig in einen 1. Arbeitsmarkt zu überführen. Von gemeinnützigen Trägern durchgeführte Projekte wie der Vorschlag des nachfolgenden »Projektes Kellerhof« sind Beispiele für Beschäftigungsinitiativen. Die Instandsetzung denkmalwerter Gebäude ist hier verbunden mit der Schaffung von Ausbildungsplätzen. Solche Maßnahmen zahlen sich doppelt aus: wichtige Einrichtungen wie Dorfgemeinschaftshäuser oder Kindergärten könnten im Dorf durch Umnutzung und Instandsetzung geschaffen werden, und die ortsansässigen Jugendlichen erhalten eine Ausbildung. Ihrer Abwanderung wird hiermit zumindest entgegengewirkt und das Qualifikationsniveau im ländlichen Raum verbessert.

#### Schaffung von Ausbildungsplätzen – Beispiel: Projekt »Kellerhof«

Der noch im Originalzustand von 1818 erhaltene Kellerhof ist eines der ortsbildprägenden Gebäude in Oberelvenich. Der Kellerhof ist – bis auf das neuere Wohnhaus – in traditioneller Fachwerkbauweise mit Strohlehmausfachung mit

Qualifizierung Jugendlicher in ökologischen Bauweisen und -techniken und in der Herstellung und Anwendung diesbezüglicher überlieferter Baumaterialien. Die Ausbildung im Bereich der alten Handwerkstechniken erfolgt gemäß den Rahmenrichtlinien der Stufenausbildung im Bauhauptgewerbe (Mauern, Putz, Zimmerei) und der Lehrpläne der Fachschule für Denkmalpflege in Borken. Da in diesen Bereichen ein Fachkräftemangel besteht, werden die späteren Berufsaussichten als günstig eingeschätzt.

Für die ortsansässige Bevölkerung könnte ein Veranstaltungs- und Versammlungsraum in dem sanierten Gebäude, welches nach Fertigstellung weiterhin als Büro- und Schulungsgebäude sowie Bauhof dient, bereitgestellt werden. Eine solche Möglichkeit ist bislang in Oberelvenich nicht vorhanden.

Diese Liste von Beispielen und Ideen ließe sich noch beliebig fortsetzen. Sie alle erfordern jedoch neue Kooperationsformen und -bereitschaft; den Mut, beim »Ausprobieren« auch Fehler machen zu können und Optimismus, Ideenreichtum und Kreativität. Zu Beginn müßte ein »Wissen« über finanzielle Möglichkeiten, Erfahrungen aus anderen Projekten und ausgeführten Beispielen, über Kombinationsmöglichkeiten verschiedenster Programme etc. angesammelt werden, um daraus ein Beratungs- und Innovationsprojekt (ähnlich den Regionalberatern in Hessen) auch in NRW aufzubauen. Aktive lokale und regionale Beschäftigungsinitiativen durch eine Kooperation aller Stellen von der Wirtschaftsförderung, den Arbeitsäm-

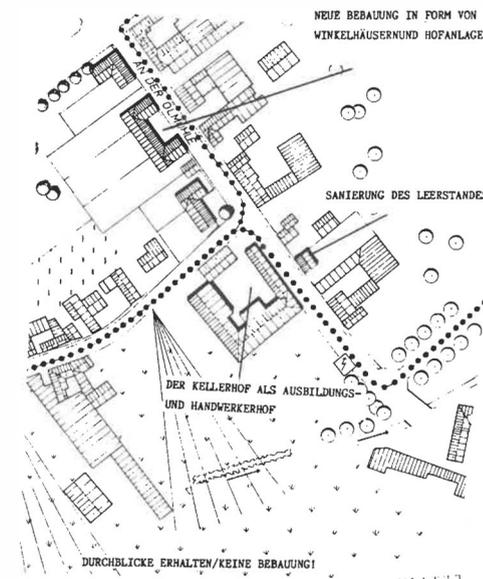
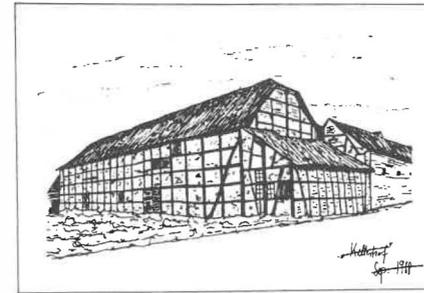


Abb. 2.4 »Restaurierungswerkstatt Zülpich-Oberelvenich«

Staken und Geflecht errichtet. Die Bausubstanz ist sehr schlecht. Nur mit großem finanziellen Aufwand kann der Hof instandgesetzt werden (Abb. 2.4).

Um die fachgerechte Sanierung und Erhaltung des Kellerhofes zu ermöglichen, könnte der Hof räumlicher Ausgangspunkt eines Ausbildungsprojektes »Restaurierungswerkstatt Zülpich« werden. Ziel des Projektes ist die handwerkliche

tern bis hin zu den Gemeinden sind unbedingt erforderlich. Auch dies gehört unserer Meinung nach zur Dorfentwicklungsplanung einer Gemeinde.

#### *Stabilisierung des Wohndorfes*

– *Gratwanderung zwischen ausufernder Zersiedelung und unaufhaltsamer Schrumpfung*

Die Nachteile dörflichen Wohnens wie längere Anfahrtswege zur Arbeit oder fehlende kulturelle und Versorgungseinrichtungen nehmen die Bewohner vor den Vorteilen wie ruhige Wohnlage, Naturbezug, größeres Freiflächenpotential, preiswerte Wohnungen und große soziale und verwandtschaftliche Beziehungen in Kauf.

Bei der Planung tritt vielfach der Konflikt des fehlenden Angebotes an weiteren Wohnbauflächen, sei es für bauwillige Mieter oder für heranwachsende Kinder aus dem Dorf, auf. Es wird beklagt, »daß viele gegangen sind, weil sie hier keine Baustelle« fanden. Dieser heutige Konflikt in den »Wohndörfern« muß von zwei Seiten aus betrachtet werden. Auf der einen Seite wirkt sich hier die Zentralisierungspolitik des Landes aus, wobei nach dem Planungserlaß NRW (1980) nur noch Dörfer über 2000 Einwohner als ausbaufähige Wohnstandorte anerkannt werden. Für manche Dörfer bedeutet dies je nach spezifischer Situation weiteres Schrumpfen, fehlende Investitionsbereitschaft und Überalterung der Bewohnerschaft. Die kleineren Dörfer erfahren keine planerische Berücksichtigung mehr, sondern werden

mit Bestandsschutz und geringfügiger Eigenentwicklung innerhalb der im Flächennutzungsplan festgesetzten »34er-Grenze« festgeschrieben. Ungehindertes Wachstum und das daraufhin blühende Geschäft mit billigem Bauland würden die Zersiedelung, vor allem in den Ballungsrändern, weiter fördern und die Verkehrsbelastung anwachsen lassen. Demgegenüber ist die Eigenentwicklung innerhalb der geschlossenen Ortslage häufig eingeschränkt. Innerhalb der »34er-Grenze« können häufig die nach Baulückenkataster noch vorhandenen Baustellen nicht genutzt werden, da die Flächen »für die Enkel- und Urenkel« oder »für schlechte Zeiten« von den Eigentümern zurückgehalten werden. Die traditionell große Bedeutung die Landbesitz gerade im Dorf erfährt, ist hier ein zusätzliches Hindernis für die bauliche Entwicklung. Im Fall eines Dorfes mit rund 1700 Einwohnern und Versorgungsfunktion für einige umliegende kleinere Dörfer und Weiler ist dann ebenfalls keine Erweiterung möglich, obwohl gerade ein geringes Wachstum die Versorgungseinrichtungen wie Bäcker- oder Metzgerei stabilisieren könnte.

Aus den konkreten örtlichen Untersuchungen ließen sich weitere Beispiele für diese Grenzbereiche ausmachen, wo landesplanerische Zielsetzungen – wie die Verhinderung der Zersiedelung – die dörfliche Entwicklung negativ beeinflussen und jegliche stabilisierende Eigenentwicklung durch starre Schwellenwerte verhindert wird.

Wir stehen vor einem Berg vieler offener Fragen: Wie wird man in Zukunft

das Ergebnis solcher Planungswerte beurteilen, wenn sie zu sterbenden Dörfern und Kulturlandschaften führen? Werden diese Auswirkungen nicht gravierender sein, als eine Stabilisierung zur rechten Zeit, auch unter weiterer Freiraumbeanspruchung? Sind nicht die Schwellenwerte für Entwicklung/Wachstum neu zu definieren? Welche Bedeutung hat der Schutz des »Freiraumes« vor dem Schutz des »Lebensraumes«? Hat nicht auch die propagierte Innenentwicklung in den Städten neue ökologische Probleme gebracht, wo die Verdichtung im

Innern zwar die Ränder schützte, jedoch innerstädtisch bedeutsame ökologische und stadtklimatische Bereiche verbaute?

Auch wir haben hier keine schlüssigen Antworten, wie die Gratwanderung zwischen strukturell notwendigem Angebot an verfügbaren Wohnraumflächen und der Zersiedelung bzw. rein ökonomischen Bodenverwertungsinteressen zu bewältigen ist. Gezielte Untersuchungen der derzeitigen »Beschränkungspraxis« und deren Folgen sowie Pilotmaßnahmen zu flexibleren Schwellenwerten stehen noch aus.

### 3. Herangehensweise an die Planung

Die aufgezeigten komplexen Problemstellungen erfordern einen ganzheitlichen Planungsansatz bei der Dorfentwicklungsplanung. Die große Wechselwirkung zwischen den städtebaulichen Problemen und dem Strukturwandel in den Dörfern macht heute in unumstrittener Weise eine Erweiterung der städtebaulichen Aspekte um die Bereiche Arbeit, Kultur, Soziales und Umwelt bei der Planung notwendig. Der Dorfentwicklungsplan sollte in diesem Sinne eine umfassende Studie über die Mängel und Potentiale dörflicher Entwicklung sein und in seinem konzeptionellen Teil neben den sektoralen Lösungsansätzen (wie Verkehrsberuhigung oder Dorfplatzgestaltung) ein Gesamtkonzept stellen.

Dieser ganzheitliche Ansatz scheint heute weitgehend auf der theoretischen Ebene akzeptiert und findet auch seine Entsprechung in ministeriellen Leitlinien zur Arbeitsmethodik. In der Praxis klafft jedoch noch eine große Lücke zwischen der notwendigen Tiefe der Bearbeitung und der Offenheit der Bearbeiter und Auftraggeber aus den Gemeinden für einen, die rein baulichen Lösungen ergänzenden Planungsansatz.

Neben der Erstellung von Dorfentwicklungsplänen, die zumeist nicht flächendeckend für alle Dörfer einer Ge-

meinde erstellt werden können, erfordern die Aufgabenstellungen des ländlichen Raumes eine kommunale Entwicklungsstrategie. Hier müssen auf gesamtgemeindlicher Ebene ein Konzept für die räumliche und funktionale Entwicklung vorgelegt und Planungsmaßnahmen und deren Prioritäten benannt werden (im Sinne einer erweiterten Flächennutzungsplanung oder Rahmenplanung). Die Pilotstudie des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zum Thema »Städtebauliche Erneuerung von Dörfern und Ortsteilen – Qualitative Analyse von Aufgaben und Instrumenten« (1989) bestätigt die notwendige räumliche und inhaltliche Erweiterung und beklagt das festgestellte Defizit bei den untersuchten Fallbeispielen.

Den in der Fachdiskussion entwickelten Erkenntnissen steht so ein großes Defizit bei der praktischen Erarbeitung entgegen. Den kleinen Gemeinden fehlt es an qualifizierten und für die Fülle der Aufgaben ausreichendem Verwaltungspersonal und nicht zuletzt auch an kompetenten Beratern und Bearbeitern bei der Vergabe von Aufträgen.

In dem Zülpich-Projekt wurde mit der Erstellung von 14 Dorfentwicklungsplänen bei insgesamt 20 Ortsteilen (für drei weitere Ortsteile lagen Planungen von privaten Büros vor) eine Fülle an detail-

lierten Kenntnissen und Planungen entwickelt, die im Sinne einer ganzheitlichen Planung Grundlage für eine kommunale Entwicklungsplanung sein könnten. Auch hier scheiterte die Weiterbearbeitung bislang an dem personellen Besatz und der finanziellen Ausstattung der Stadt Zülpich.

Was in der politischen Umsetzung noch aussteht, wurde mit der Studentengruppe in einer mehrtägigen Veranstaltung versucht: in einem Plenum wurden alle Planungsergebnisse untereinander vorgestellt und eine Prioritätenfindung und Abwägung unter den 14 Ortsteilen vorgenommen. In einem Planspiel wurde von jedem »VertreterIn« des Dorfes eine Einstufung in einen Entwicklungstyp und eine fachliche Aushandlung der für die jeweilige Dorfentwicklung notwendigen Prioritäten vorgenommen.

Innerhalb der untersuchten Dörfer stellten sich unterschiedliche Entwicklungspotentiale dar, die in folgende vorrangige Entwicklungsziele einfließen:

- Stärkung und Sicherung bzw. Aufbau der Fremdenverkehrs- und Naherholungsfunktion
- Stärkung und Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion
- Stärkung und Sicherung bzw. Ausbau der Wohnfunktion/Umstrukturierung eines agrarisch geprägten Dorfes zum Wohndorf
- Sicherung und Verbesserung der Versorgungsfunktion in den Dörfern / Verbesserung der verkehrlichen Beziehungen
- Steuerung des räumlichen Schrump-

fungsprozesses bei stagnierender oder rückläufiger Entwicklung (z. B. Förderung der Innenentwicklung bei Rücknahme von Bauflächen am Rande) (Abb. 3.1).

#### Prüffragen für das Dorf:

- Wie hat sich die Gemeinde / das Dorf in den letzten Jahren entwickelt?
- War die Entwicklung positiv oder negativ?
- Wie wird sich der Strukturwandel auf die Gemeinde / das Dorf auswirken?
- Welche Entwicklung ist für die Region zu erwarten?
- Welche strukturellen und funktionalen Probleme hat das Dorf
- Welche Aufgaben und Funktionen kann das Dorf in Zukunft übernehmen?
- Welche Voraussetzungen müssen hierfür geschaffen werden?
- Was kann die städtebauliche Erneuerung zur Lösung der Probleme beitragen?

Abb. 3.1 Prüffragen für das Dorf, aus: Städtebauliche Erneuerung von Dörfern und Ortsteilen – Aufgaben, Verfahren, Förderung –, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn 1990, S. 19

Die Arbeitsmethodik orientierte sich an den »Richtlinien zur Förderung der Dorf-erneuerung des Landes NRW« sowie dem Arbeitsleitfaden des zuständigen

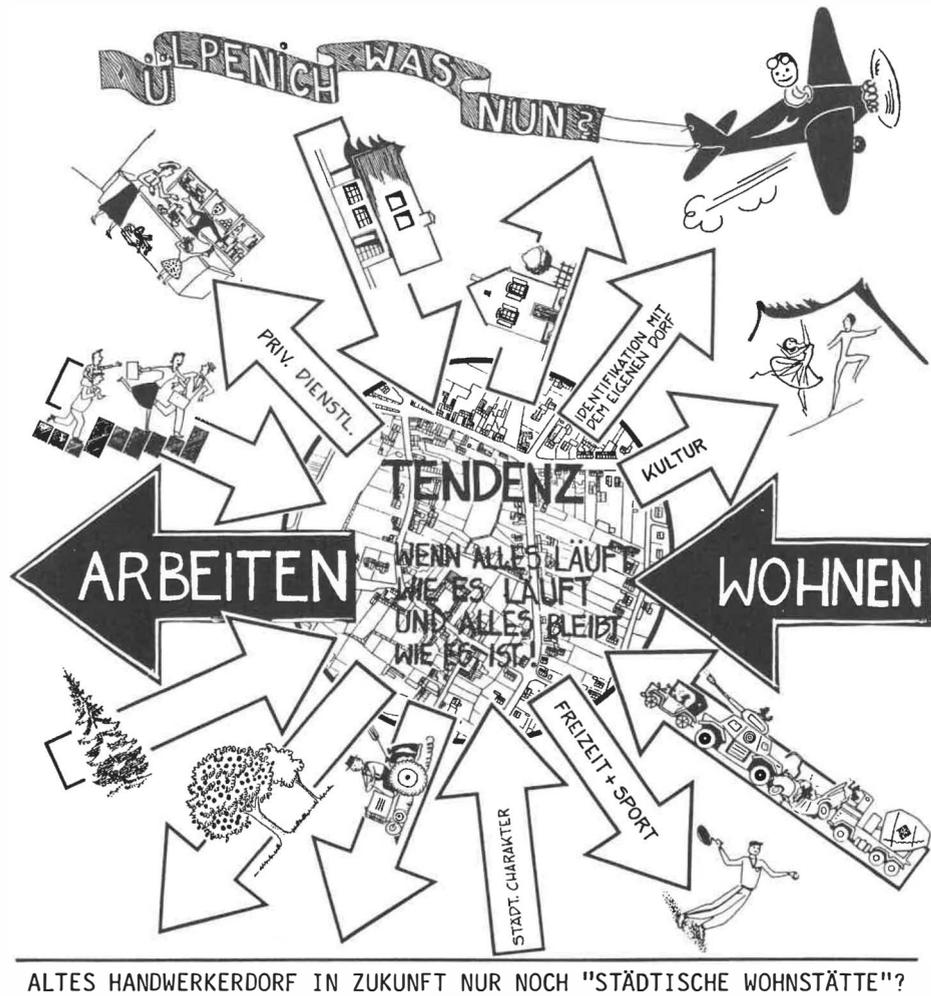


Abb. 3.2 Einleitungsplakat zum Thema Zukunftsszenario Ülpnich

Landesamtes für Agrarordnung. Die Berücksichtigung dieser Untersuchungspunkte oder die formalisierte Aufstellung eines Dorfentwicklungsplanes sollte für die Studenten eine Auseinandersetzung mit den Planungsvorgaben der Praxis ermöglichen und für die Stadt Zülpich eine spätere Beantragung der

Mittel auf der Grundlage der studentischen Arbeiten erleichtern. Das Projektergebnis sollte jedoch eine kritische Einschätzung und Erweiterung des bestehenden Förderansatzes liefern. Dies geschah durch Vorschläge für die Erweiterung der Förderungstatbestände, die Forderung nach verstärkter Kooperation der

Fachplanungen und die kumulative Anwendung der »Förderungstöpfe« sowie die dringend notwendige Beratungstätigkeit nach Abschluß der Planung.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Arbeitsmethodik war die Diskussion der »Zukunft des Dorfes« mit der Bewohnerschaft. Mit dem Mittel der Szenariotechnik – teilweise komisch überspitzt – sollten die Folgen möglicher Entwicklung (z. B. »Was passiert, wenn alles so weiter läuft«) aufgezeigt werden und die Grundlage der Entwicklungsstrategie bilden (Abb. 3.2 und 3.3).

Einen besonderen Stellenwert nahm die von den Studenten durchgeführte Bürgerbeteiligung ein. Die frühzeitige Einbeziehung der Dorfbewohner, ihre Akzeptanz und Mitarbeit bei der Planung ist ausschlaggebend für die Durchsetzung und den Erfolg der Dorfentwicklung. Der Bürgerbeteiligung im Projekt wurde daher ein besonderes Kapitel in diesem Studienheft (11.) zugewiesen.

Die einzelnen Arbeitsphasen und behandelten Themen soll das kurz gefaßte Ablaufschema darstellen:

1. Rundgang durch das Dorf und Erstellung einer Planungsgrundlage in M 1:2000 (Hochzeichnung der vergrößerten aktuellen Deutschen Grundkarte in M 1:5000)
2. Kartierung »vor Ort«:
  - Nutzungskartierung
  - Grün- und Freiflächenstruktur / Dorfökologie
  - Einschätzung der Siedlungsentwicklung
  - Kategorisierung des Straßennetzes (Ziele: Kennenlernen des Dorfes, Er-

mittlung von Basiskennnissen, erste spontane Kontakte mit den Bewohnern)

3. Vervollständigung der Datenlage:
  - Auswertung Bevölkerungsstatistiken
  - Suche und Auswertung von historischen Karten und Quellen zur Dorfgeschichte
  - Gespräche mit Schlüsselpersonen wie Ortsvorsteher, Pfarrer, Ortslandwirt, Vereinsvorsitzende usw. in Form eines »offenen Interviews«
  - Kontakte und Befragung außerdörflicher Institutionen wie Landwirtschaftskammern, Handwerkskammern, Stadtverwaltung etc.
4. Vorbereitung von Themenkarten für die erste Bürgerversammlung zu:
  - Vorstellung und Charakterisierung des Dorfes
  - Dorf in der Landschaft und Topographie / naturräumliche Gliederung
  - Ortseingänge und Ortsränder
  - Dorfgeschichte und Siedlungsentwicklung
  - Nutzungs- und Bebauungsstruktur
  - Dorfarchitektur / Denkmalpflege
  - Planungsvorgaben (Ausweisungen Landschaftsplan, Flächennutzungs- und Bebauungspläne etc.)
  - Landwirtschaft und Gewerbe
  - Verkehrssituation
  - Versorgung und Bevölkerung
  - Soziales Leben / Dorfgemeinschaft
  - Freiflächenstruktur und Dorfökologie
  - Zusammenfassende Darstellung der »Mängel und Qualitäten« (Abb. 3.4) (Die Analysetiefe richtete sich nach der örtlichen Problemstruktur).

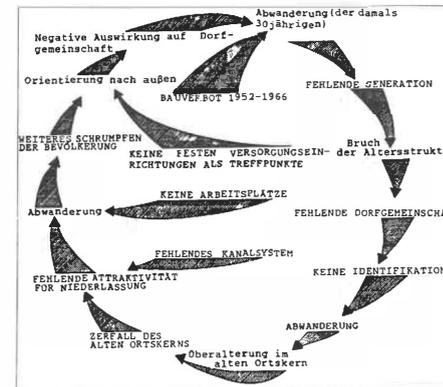
5. Durchführung der 1. Bürgerversammlung (Dia-Vortrag und v.g. Themenkarten).
6. Auswertung der Ergebnisse der Bürgerversammlung, Ergänzung der Bestandsanalysen und Fertigstellung / Layout der Themenkarten des Analyseteiles.
7. Erstellung der Konzeption des Dorfentwicklungsplanes und der weiteren Detailplanungen je nach örtlichem Schwerpunkt (parallel zu 6.) (Abb. 3.5).
8. Diskussion und ggf. Abstimmung der Konzeption in den Arbeitskreisen
9. Ausstellung der gesamten Pläne im Dorf (3–10 Tage) mit abschließender Bürgerversammlung.

*Warum stirbt Juntersdorf aus?*

Im Dorf (204 Einwohner, 1988) gibt es keine Arbeitsplätze und keine öffentlichen Einrichtungen. Weder ein Geschäft noch eine Kneipe sind vorhanden. Die Bewohner orientieren sich immer stärker nach außen und verlieren den Bezug zu »ihrem Dorf«. Eine Dorfgemeinschaft besteht nicht mehr. Hierzu trägt auch der Bruch in der Altersstruktur bei. Aufgrund eines Bauverbotes, das wegen eines möglichen Braunkohletagebaues in den 60er Jahren bestand, wanderten viele Bewohner ab.

Als Wohnstandort ist das abgeschieden gelegene Juntersdorf zudem wenig attraktiv; noch fehlt die Kanalisierung und die alte Dorfstraße zerfällt.

Abb. 3.3 Szenario Juntersdorf (Bearbeitet von Heike Nienhaber und Karolin Fehl)

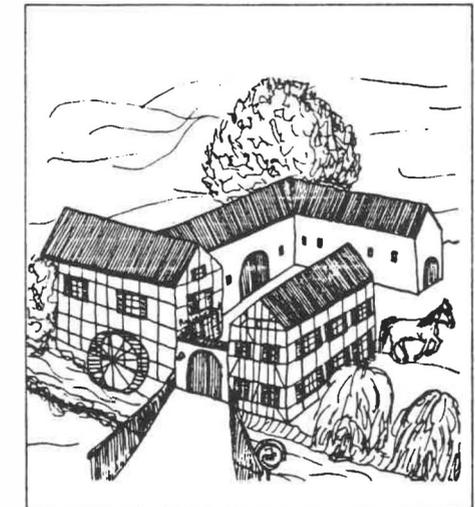


*Und so könnte es sein:  
Juntersdorf 2000,  
aus dem Schlaf erwacht.*

Eine mögliche Zukunftschance für Juntersdorf deutet sich schon heute an. Sie liegt einmal, wie schon immer in der Wohnnutzung und zum anderen in Naherholung und Wochenendtourismus. Es gibt bereits Wochenendhäuser, und andere alte Häuser bieten sich dazu an. So kann ihr Erhalt und damit der des alten Ortskerns gesichert werden.

Der nahegelegene Reiterhof mit integriertem kleinen Hotel und Restaurant ist nicht nur wegen der Pferde, sondern auch wegen der alten Wassermühle, heute zur Stromerzeugung betrieben, ein Anziehungspunkt. Weitere Sehenswürdigkeiten sind das hervorragend renovierte Rittergut, die historische Kirche, das Wahrzeichen von Juntersdorf, und die vielen anderen im Denkmalführer der Gemeinde Zülpich aufgeführten Häuser.

Die vielfältige Umgebung, Land-



# CHANCEN & MÄNGEL

## KOMMERNER STRASSE

- + Gute Verbindungen nach Zülpich und Kommern
- + Gaststätten und Läden profitieren vom Durchgangsverkehr
- starker Durchgangsverkehr, überhöhte Geschwindigkeit, Gefahren beim Überqueren, viele Unfälle

## VERKEHRSVERBINDUNGEN

- + gute Verbindungen für den Individualverkehr
- geringes Angebot an ÖPNV

## NEUBAUGEBIETE

- Starke Unterschiede zum alten Dorfkern bezüglich Baustruktur und Nutzung

## VERSORGUNGSITUATION

- + Grundversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, Ärzten, Dienstleistungen
- + aktives Vereinsleben
- + ca. 100 Arbeitsplätze
- + 2-zügige Grundschule
- Defizite im Sozial-, Kultur- und Freizeitbereich
- Grundschule räumlich getrennt (¼ Schwerfen/¼ Sinzenich)

## LANDWIRTSCHAFT

- + Mischkultur (Acker- und Weidewirtschaft) begünstigt Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung
- Allgemein verschlechterte Bedingungen
- immer weniger Betriebe
- keine Erweiterungsmöglichkeiten für Betriebe im Dorfkern

## LANDSCHAFT

- + abwechslungsreiche, ökologisch wertvolle Bereiche mit Freizeitwert im Südosten
- ausgeräumte Ackerfluren im Nordwesten

## ANGER

- + ehemaliges, zentral gelegenes Dorfgemeinschaftsgrün
- + verbreiteter, gut gefaßter Straßenraum
- + mehrere Läden, Gaststätten
- heute fast nur Verkehrsfläche, starke Versiegelung, wenig Grün, kaum Aufenthaltsmöglichkeiten

## ALTE KREISBAHNTRASSE

- + unbefestigter Weg und Gräben mit Spontanvegetation
- + ökologisch wertvoller Bereich

## ORTSEINGANG MERZENICHER STR.

- + Ansätze für eine Markierung durch Begrünung

## KOMMERNER STR./ECKE MERZENICHER STR.

- + gut erhaltene historische Bausubstanz, Baudenkmal
- Brüche in der geschlossenen Bebauung, provisorisch verkleideter Giebel
- Öffentliche Grünfläche ohne Aufenthaltsqualität

- Durch Brache ungeschützte Gärten an der Kirchstr.
- fehlende Raumkanten an der Kommerner Str.

## WESTLICHER DORFRAND

- + z. T. ökologisch wertvolle Bereiche
- lückenhafte Randeingrünung

## PAPIERFABRIK

- + ca. 25 Arbeitsplätze
- Störung des Ortsbildes durch übergroßen Baukörper
- Geruchsbelästigung
- Barrierewirkung

## SÜDLICHER ORTSEINGANG

- + ansatzweise markiert
- erzwingt keine Geschwindigkeitsreduzierung

- + geplanter Radweg Zülpich-Kommern

## NÖRDLI

- fehlen
- keine
- Wind-
- für di

## CHER DORFRAND

- de Dorfeingrünung, Pufferzone zwischen und Bebauung und Staubbelastung e Häuser

## UNFALLSCHWERPUNKT

- Fehlender Bürgersteig auf dem Weg zur Bank

## SPIEL- u. FESTZELTPLATZ

- ungegliederte Rasenfläche ohne Abgrenzung zur Straße
- als Spielplatz unattraktiv

## NÖRDLICHE ORTSEINGÄNGE

- kaum markiert, schlecht wahrnehmbar
- erzwingen keine Geschwindigkeitsreduzierung

## BILDSTOCK MIT KASTANIEN

- + dorftypischer Platz am ehemaligen Ortseingang
- zuviel Verkehrsfläche

## ÖSTLICHER DORFRAND

- + z. T. ökologisch wertvolle Bereiche
- lückenhafte Randeingrünung

## MÜHLE

- + seit 1500 vorhanden, wichtigster Teil des Ensembles Mühlenbach/-straße/-hostert
- ungenutzte, sanierungsbedürftige Wirtschaftsgebäude

## NEUBAUGEBIET MÜHLENHOSTERT

- Zerstörung eines dorftypischen Grünbereichs
- Bebauungsplan ohne Bezug zum historischen Dorfkern

## ORTSEINGANG LINZENICHER STR.

- + deutlich markiert, gut wahrnehmbar
- + unverwechselbar

## SÜDLICHER DORFRAND

- + Marienbach mit Uferbewuchs ökologisch wertvoller Bereich
- + dichte Dorfrandeingrünung
- z. T. nicht standortgerechte Pappelreihen

## DORFKERN

- + historischer Dorfgrundriß erhalten, viel historische Bausubstanz
- + Kreuzungsbereich wichtiger Wegebeziehungen
- + gut gefaßte abwechslungsreiche Raumfolgen
- + alte, raumbildende Bäume, offener Bachlauf
- sanierungsbedürftige oder unsensibel modernisierte historische Bausubstanz
- unangepaßte Neubauten
- Straßen- und Platzgestaltung entspricht nicht historischem Kontext und Bedeutung als Dorfmittepunkt
- starke Versiegelung, Beton-einfassung des Baches

- GEPLANTER DENKMALBEREICH
- HISTORISCHE BAUSUBSTANZ D= DENKMAL
- SCHLECHT EINGEPASSTE NEUBAUTEN
- AUSUFERNDER STRASSENRAUM
- GELTUNGSBEREICH BEBAUUNGSPLAN
- ORTSEINGANG
- ZU HOHE GESCHWINDIGKEIT
- STARK FREQUENTIERTER QUERUNGSPUNKT

- ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE
- SCHOTTER MIT SPONTANVEGETATION
- ORTSBILDPRAGENDE BAUME
- BÜSCHE / STRAUCHER
- FEHLENDE DORFRAND EINGRÜNUNG
- OBSTWIESE

SINZENICH ANALYSE

0 10 20 40 60 80 100 M

Abb. 3.4 Chancen und Mängelkarte Sinzenich

# DORFENTWICKLUNGSPLAN

## MEHR VERKEHRSSICHERHEIT FÜR DIE KOMMERNER STR.

- Geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen: Querschnittsreduzierung auf 6,50 m, Fahrbahnversenken, optische Einengungen, Verdeutlichung der Ortseingänge
- Verbesserung der Querungsmöglichkeiten durch: Inseln, Engstellen, Wegfall von Parkstreifen

## ORTSBILDPFLEGE

- Erhaltung bzw. behutsame Sanierung der ortsbildprägenden, historischen Bausubstanz, Umnutzung von leerstehenden Gebäuden
- Sensible Einführung von Neubauten z. B. durch Verwendung ortstypischer Proportionen, Materialien
- Erweiterung des Denkmalbereichs Kirchstr. mind. bis zum Mühlenbach
- Prüfung der Denkmäwürdigkeit des Bereichs Mühle/Mühlenstraße
- Erstellung eines bauhistorischen Führers für das Stadtgebiet Zülpich, darin auch Hinweise auf gastronomische Betriebe
- In Sinzenich: Kirche, Denkmalbereich etc. und z. B. die Gaststätte am Denkmalbereich

## VERBESSERUNGEN WIRTSCHAFT UND SOZIALES

- Ergänzung der Grundversorgung durch eine Bäckerei
- Zentrale Registrierung von Leerständen (z. B. bei Handwerks- oder Handelskammer) und Vermittlung an Handwerker und Einzelhändler
- Kampagne für das örtliche Bauhandwerk: Broschüre mit Hinweisen auf traditionelle Baustoffe und Bauweisen und handwerkliche Details
- Schaffung von je einer Grundschule in Sinzenich und Schwerfen
- Umnutzung der Wirtschaftsgebäude der Mühle als Gemeinschaftshaus in öffentl. Trägerschaft mit Räumen für unabhängige Eigeninitiativen wie Krabbelgruppe, Theatergruppe, Bürgerinitiative "Sichere Kommerner Str.", Vereine, einen offenen Jugendtreff, VHS-Kurse, Feste, o. ä. Finanzierung: Durchführung der Sanierungsarbeiten durch öffentl. Ausbildungswerkstatt für arbeitslose Jugendliche, Materialbeschaffung durch die Stadt und über Spenden

## VERBESSERUNG FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

- Bereitstellung von Erweiterungsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe im Dorfkern
- Verbesserung des Wirtschaftswegenetzes (Ausbessern, Brücke über den Marienbach westlich von Sinzenich)
- Verbesserung der Absatzmöglichkeiten für Baumobst
- Informationsaustausch über umweltverträglichere Bewirtschaftung und entsprechende Programme verbessern

## FÖRDERUNG DES TAGESTOURISMUS

- Steigerung der Attraktivität: Ortsbildpflege, Straßen- und Dorfplatzgestaltung, Erweiterung des gastronomischen Angebots
- Öffentlichkeitsarbeit: Bauhistor. Führer, Ökolog. Lehrpfad, Hinweisschilder an der Strecke Zülpich-Kommerne

### WIEDERBELEBUNG DES ANGERS

- Schaffung eines Dorfgebietsgrüns durch Vergrößerung des Grünstreifens
- Verbesserung seiner Aufenthaltsqualität und Nutzbarkeit

### DORFRANDEINGRÜNUNG

- Pflanzung eines ca. 10 m breiten Gehölzstreifens mit standortgerechten Bäumen und Sträuchern
- Anlage eines Weges

- Natürliche Entwicklung möglichst wenig stören
- Obstwiesen erhalten

### BAUMSCHUTZSATZUNG

- mindestens für ortsbildprägende Bäume

### WIEDERHERSTELLUNG DES GESCHLOSSENEN STRASSENRAUMES

- Verlagerung der öffentlichen Grünfläche in den Angerbereich
- Schließung der Raumkanten durch eine mind. 2 m hohe Hecke, Mauer, Bebauung, u. ä.
- Umnutzungsvorschlag: Erweiterung der benachbarten Betriebsflächen

### NUTZUNG DER BRACHE

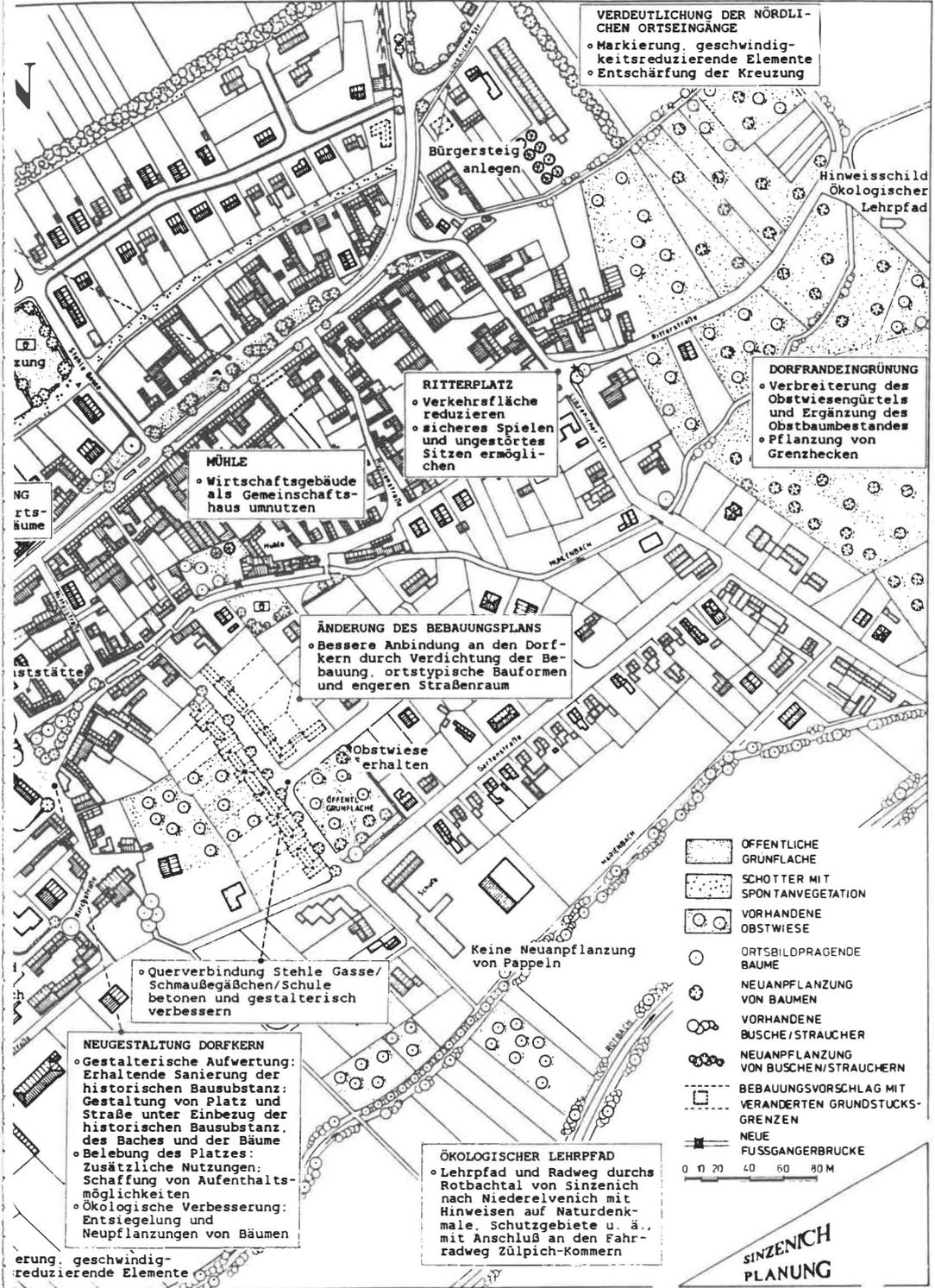
- Parkplatz und Schulbushaltestelle, Bepflanzung an der Kommerner Straße

### DORFRANDEINGRÜNUNG

- Verbreiterung des Obstwiesengürtels und Ergänzung des Obstbaumbestandes
- Pflanzung von Grenzhecken

### EINFÜGUNG DER FABRIK

- Gliederung des Baukörpers
- Optische Abschirmung des Altpapierlagerplatzes



**VERDEUTLICHUNG DER NÖRDLICHEN ORTSEINGÄNGE**

- Markierung, geschwindigkeitsreduzierende Elemente
- Entschärfung der Kreuzung

**RITTERPLATZ**

- Verkehrsfläche reduzieren
- sicheres Spielen und ungestörtes Sitzen ermöglichen

**ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANS**

- Bessere Anbindung an den Dorfkern durch Verdichtung der Bebauung, ortstypische Bauformen und engeren Straßenraum

**NEUGESTALTUNG DORFKERN**

- Gestalterische Aufwertung: Erhaltende Sanierung der historischen Bausubstanz; Gestaltung von Platz und Straße unter Einbezug der historischen Bausubstanz, des Baches und der Bäume
- Belebung des Platzes: Zusätzliche Nutzungen; Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten
- Ökologische Verbesserung: Entsiegelung und Neupflanzungen von Bäumen

**ÖKOLOGISCHER LEHRPFAD**

- Lehrpfad und Radweg durchs Rotbachtal von Sinzenich nach Niederelvenich mit Hinweisen auf Naturdenkmale, Schutzgebiete u. ä., mit Anschluß an den Fahrradweg Zülpich-Kommerne

- OFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE
  - SCHOTTER MIT SPONTANVEGETATION
  - VORHANDENE OBSTWIESE
  - ORTSBILDPRÄGENDE BAUME
  - NEUANPFLANZUNG VON BAUMEN
  - VORHANDENE BUSCH/STRAUCHER
  - NEUANPFLANZUNG VON BUSCHEN/STRAUCHERN
  - BEBAUUNGSVORSCHLAG MIT VERÄNDERTEN GRUNDSTUCKSGRENZEN
  - NEUE FUSSGÄNGERBRÜCKE
- 0 20 40 60 80 M

SINZENICH PLANUNG

Abb. 3.5 Dorfentwicklungsplan Sinzenich

schafts- und Naturschutzgebiete, mit ihren Wäldern, Hügeln und Feuchtgebieten werden von Wanderrund- und Reitwegen verschiedener Reichweiten durchzogen, so daß sie der Erholung für gestreßte Städter aus dem Kölner und Aachener Raum dienen.

Es werden fachkundige Führungen durch das Naturschutzgebiet angeboten und in dem seit einiger Zeit restauriertem Haus Ecke Hovener/Gertrudis-

straße hat der Heimatverein in Zusammenarbeit mit dem Wanderverein eine naturkundliche und eine volkstümliche Ausstellung eingerichtet.

Der Kanalanschluß ist hergestellt. Die noch vorhandenen Baulücken im Ort wurden bebaut. Der Zerfall des alten Dorfkerns wurde durch materielle und ideelle Anreize, hier neu zu bauen oder zu renovieren, aufgehalten.

## 4. Neues Wohnen im alten Dorf

Der bundesweite Trend der Umstrukturierung vom agrarisch geprägten Dorf zum Wohndorf vollzieht sich auch in Zülpich. Dörfer mit günstigen Wohnstandortvoraussetzungen erleben oftmals starke Neubautätigkeiten in ausgewiesenen Einfamilienhausgebieten oder in Arrondierungsbereichen am Ortsrand. Der Ortskern zeigt dagegen häufig Verödungstendenzen. Dorfuntypische, an vorstädtischen Gestaltungsidealen orientierte Wohngebäude entstehen als vorgelagerte Allerweltsbaugebiete, ohne den Bezug zum historischen Dorf mit seinen Grenzen und Übergangsbereichen zu wahren. Sichtbare Folge auch in Zülpich ist die beginnende Zerstörung der Landschafts- und Siedlungsstruktur.

Um der Nachfrage nach Eigenheimen im ländlichen Raum zu begegnen, ist vor der dorfgerechten Erschließung neuer Baugebiete vor allem die Mobilisierung von brachliegendem Bauland im Innern des Dorfes und die Vitalisierung leerstehender Gebäude und Wohnungen notwendig. D. h., das Dorf als Wohndorf muß von seiner Mitte her erneuert werden – Attraktivierung des Dorfplatzes, Ortsbildgestaltung, Verbesserung der infrastrukturellen Versorgung, Umnutzung landwirtschaftlicher Bausubstanz für Wohn- und teilweise neue gewerbliche Zwecke, Reorganisation kultureller

Einrichtungen und Belegung von dörflichen Traditionen, vor allem Intensivierung von Vereins- und bürgerschaftlichen Aktivitäten.

Daneben ist die gestalterische Nachbesserung in Neubaugebieten, eine landschaftliche Einbindung der Siedlungsrande und ihre Reintegration in den Dorfbereich zusammenhang unabdingbar.

### *Wohnflächenbedarf*

Prognosen für demografische Entwicklungen über das Jahr 2000 hinaus erscheinen uns heute angesichts dynamischer wirtschaftlicher und bevölkerungspolitischer Bewegungen sehr schwierig. Ob der ländliche Raum und seine strukturschwächeren Räume in den nächsten Jahrzehnten von einem Rückgang der Bevölkerung erfaßt werden, wie durch die laufende Raumbewertung der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung prognostiziert, oder die Bevölkerungsentwicklung durch Neuzugänge von Städtern und Aus-, Um- und Übersiedlern stabilisiert wird oder durch Geburtenüberschüsse gar ins Gegenteil verkehrt wird, ist ungewiß. Aufgabe der Gemeinde wird es sein, Bevölkerungsentwicklung, Wohnungsmarkt und Bautätigkeit sorgfältig zu beobachten.

Die in den einzelnen Dorfbewohnungskonzepten vorgeschlagenen Wohnbauweiterungsmaßnahmen orientieren sich in erster Linie an der potentiellen Eigenentwicklung in jedem Dorf. Bei der Berechnung des Wohnbaubedarfs sind wir für die untersuchten Dörfer von einem Nachholbedarf ausgegangen, der hauptsächlich aus der im Vergleich zur Stadt Zülpich wesentlich höheren Wohnbelegungsziffer (bis zu 3,5 Personen pro Haushalt) resultiert.

Die Wohnungsbelegungsziffer liegt in der Stadt Zülpich laut Wohnbedarfsanalyse bei 2,8 Einwohner pro Wohneinheit. In den meisten Dörfern findet sich eine viel höhere Belegungsziffer. Die aus der Differenz der beiden Eckwerte gebildete Zahl stellte – bei der Annahme einer weiteren Reduzierung der Haushaltsgrößen – den Eigenbedarf für jedes Dorf fest. Die Standortplanung zur Deckung dieses potentiellen Bedarfes orientierte sich an folgenden Kriterien:

- Wohnflächenausweisungen wurden nur innerhalb der im Flächennutzungsplan der Stadt Zülpich dargestellten Wohnbauflächen
- und als Baulückenschließung vorrangig in Ortskernlage vorgesehen.

Der errechnete Eigenbedarf aus der statistischen Reduzierung der Haushaltsgrößen (z. B. separate Haushalte für heranwachsende Kinder oder ältere Menschen) ist in den meisten Fällen nur gering und innerhalb der noch vorhandenen Bauflächen im Dorf realisierbar.

In vielen Dörfern sind weitere, darüber hinausgehende Bebauungsmöglichkeiten innerhalb der bestehenden pla-

nungsrechtlichen Festsetzungen des Flächennutzungsplanes vorhanden (§ 34 BauGB). Für die Bebauungsplanung entwickelten die Studenten einen Prioritätenkatalog, nach dem die Bebauung an den einzelnen Standorten im Dorf vorgenommen werden sollte.

Für die Stadt Zülpich haben wir empfohlen, die bestehenden Bebauungspläne in ihren quantitativen und qualitativen Aussagen zu überprüfen und in den Festsetzungen auf landschafts- und standortgerechte Lösungen zu orientieren.

Zur besseren Orientierung beim Bauflächenangebot wurde vorgeschlagen, für die einzelnen Dörfer ein Baulückenkataster zu erstellen. Dieses Kataster, sofern es auch nach eigentumsrechtlichen Verfügbarkeiten differenziert ist, bietet nicht nur der Stadtverwaltung eine verbesserte Steuerung des Baugeschehens, sondern kann innerhalb der Ortslagen auch Bewußtsein schaffen und Impulse setzen für eine gewünschte »Innenentwicklung« im Dorf.

Nicht unterbewertet werden sollten die Wohnflächenpotentiale für dörfliches Wohnen, die durch leerfallende landwirtschaftliche Wirtschafts- und Wohngebäude entstehen oder schon entstanden sind. Den Dorfbewohnern erscheint es oft zweckmäßiger und billiger zu sein, neu zu bauen als zu modernisieren. Das mit viel Geld und Zeit von den zugezogenen Städtern instandgesetzte Fachwerkhaus findet zwar auch ihre Bewunderung, doch sind solche Maßnahmen dem Dorfbewohner mit zu viel Idealismus behaftet. Es fehlen Modelle, wo sich Aufwand und Nutzen für die meist

sehr arbeitseffektiv denkende ländliche Bevölkerung die Waage halten. In der Planung muß es um eine breitere Beschäftigung mit Umnutzungs- und Modernisierungsfragen im Dorf gehen. Bauphysikalische Grundsätze und Besonderheiten der Bausubstanz, der Umgang mit »alten« Materialien und ihre Kombination mit »modernen« Baustoffen, energiesparenden Heizungssysteme usw. müßten von der Baustoffindustrie, den Kammern und der örtlichen Architektenschaft berücksichtigt und beispielhaft angewendet werden. Es geht um Beispiele und Modellösungen, die auch vor den Zeitschriften der Bausparkassen nicht halt machen. Noch fehlen gute Beispiele in den Dörfern, die zur Nachahmung anreizen.

#### *Bauen im alten Dorf*

Im Rahmen des Projektes wurden unterschiedliche Vorschläge für dieses Thema entwickelt. Es handelt sich dabei um Vorschläge für Baulückenschließung im Ortskern, ergänzende Bebauung entlang einzelner Straßen, im Kern oder am Ortsrand oder auch Planungen größerer Neubaugebiete, z. B. im Geltungsbereich von Bebauungsplänen. Kernpunkt all dieser Überlegungen war es, aus der Analyse der bestehenden Bau- und Nutzungsstrukturen in den Dörfern, Kriterien für eine dörflich angepaßte Neubebauung zu entwickeln. Nicht das städtische Einfamilienhaus sollte weiter propagiert werden, sondern in »Dorfhauskonzepten« die Anforderungen an neue Grundrißlösungen, Gebäudeausstattungen oder Wohnformen berücksichtigt werden

und gleichzeitig die Nutzungsqualität der bestehenden dörflichen Wohnformen und Baustrukturen (wie die additive Bauform / das »wachsende Haus«) in die Neubebauung einfließen. Die für das Ortsbild krassen Brüche zwischen Neu und Alt wären damit aufhebbar.

»Wohnen auf dem Lande« sollte eine innere Beziehung zur Landschaft, zur Natur und zum Sozialgefüge Dorf ermöglichen. Dazu ist es notwendig, auf die Gestaltung und Aneignungsfähigkeit des privaten und des öffentlichen Außenraumes besonderen Wert zu legen. Hofartige Anlagen, additiv zusammenschließbare, ergänzende Bauweisen ermöglichen u. E. n. eine Verbesserung der Gebrauchsfähigkeit der verschiedenen Freiraumzonen, anders als z. B. das freistehende Vorstadteinfamilienhaus, mit bundesweit einheitlichem Kotoneastervorgarten und Abstandsgrün zum Nachbarn (Abb. 4.1).

Die Gestaltung der Wohngebäude hat sich bei dorfgerechter Planung sowohl an der Topografie, der umgebenden Landschaft, als auch an den Maßstäben und Kontinuitäten vorhandener Bau- und Siedlungsstruktur auszurichten. Im einzelnen kann das z. B. bedeuten, daß bei dominanter homogener Dorfstruktur eine zwingende Einbindung in die Gestaltungsparameter des Bestandes notwendig wird. An anderer Stelle ist die Materialauswahl für eine dorftypische Bebauung sehr wichtig; oftmals ist eine bescheidene eher zurückhaltende Mischung verträglicher als die variantenreiche Anwendung ganzer Baustoffkataloge.

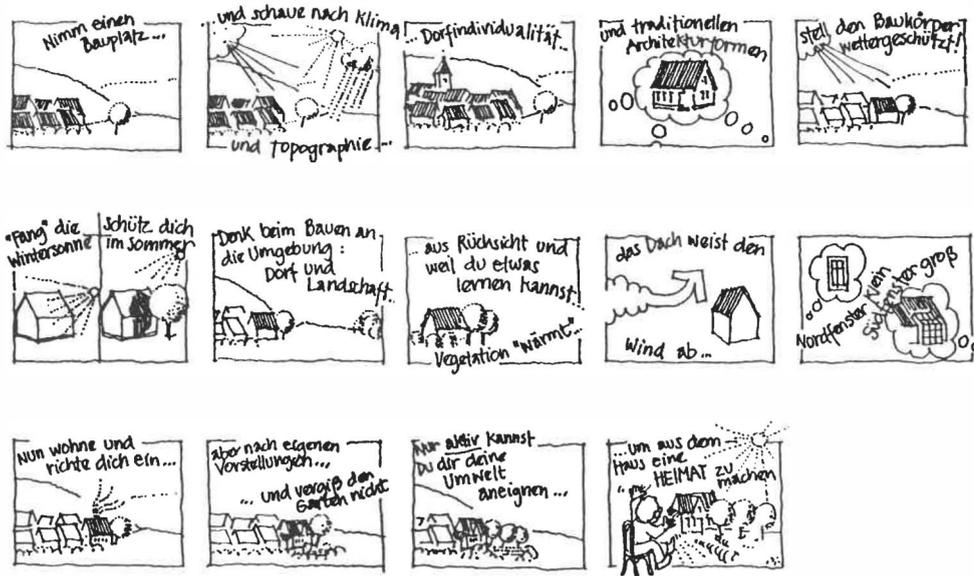


Abb. 4.1 Bauen im Dorf

Flachbauten, Dachgauben sowie mehr als dreigeschossige Gebäude sind im Zülpicher Raum eher untypisch und störend. Die Gestaltung der Übergangszonen zwischen dem bebauten Dorfbereich und den Neubaugebieten ist besonders wichtig. Die Frage, ob das Dorf eine bruchlose Erweiterung verträgt oder ob es angemessener ist, Puffer oder Distanz bzw. Zwischenfreiräume anzulegen, muß im konkreten Fall entschieden werden.

Bei Baulückenschließung und größerer Arrondierung im Inneren wird es darauf ankommen, Gebäude stärker einzubinden und Gestaltungsvorgaben zwingender zu beachten als bei der Neuausweisung am Ortsrand. Dennoch sollte auch die Bebauung am Ortsrand zeigen,

zu welchem Dorf sie gehört, ohne dabei in sog. »Nostalgieimitationen« zu verfallen.

Die Qualität vom »Bauen im Dorf« kann weiterhin darin liegen, aufgrund verfügbarer Fläche verschiedene Nutzerinteressen in der Grundrißanordnung zu berücksichtigen. Die Anpassung an verschiedene Lebenssituationen in der Chronik einer Familie oder die Mischung verschiedener Wohnformen (Mehrfamilienwohnen, Altenwohngruppen, Wohngruppen etc.) muß sich in der Flexibilität des Grundrisses niederschlagen. Ein Haus muß wachsen können, teilbar sein, Räume haben, die nicht nutzungsspezifisch bestimmt sind.

Im folgenden sind verschiedene Beispiele von der Baulückenschließung über

Hoftypen bis hin zu Bebauungsplanentwürfen dargestellt.

Beispiel:  
Wohnhof »Kellerhofstraße«  
in Oberelvenich

(Text bearbeitet von Christiane Conrady,  
Afra Creutz, Reiner Quabeck)

Beispiel für Baulückenschließung  
im Ortskern:  
Juntersdorf und Linzenich

Juntersdorf

Für das kleine Dorf Juntersdorf wurden ca. 8 zusätzliche Wohneinheiten angeboten. Eine Bebauung am Ortsrand sollte nicht weiter verfolgt, sondern die noch vorhandenen Baulücken im Dorf aufgefüllt und leerstehende Gebäude renoviert werden. Als Beispiel für eine Baulückenschließung wurde ein großzügiges Einfamilienhaus in Form eines Winkelhofes und ein Mietwohnungsbau als Hofanlage entwickelt (Abb. 4.2)

Linzenich

Mitten im Ortskern wird eine große Fläche derzeit von halb verfallenen, kaum genutzte landwirtschaftliche Schuppen »belegt«. Hier wurde eine verdichtete Bebauung vorgeschlagen, die den geschlossenen Dorfcharakter an dieser Stelle aufnimmt und den Übergang zum neu angelegten Dorfplatz schafft. Es wurden Mietwohnungen von unterschiedlichen Wohnungsgrößen für verschiedene Haushaltstypen entwickelt. Anstelle des Mietwohnungsbaus ist die Gebäudeanlage auch als Reiheneigenheim zu verwirklichen. Der hintere Grundstücksbereich soll unbebaut bleiben und z. B. als gemeinschaftlicher Garten genutzt werden (Abb. 4.3).

Innerhalb des bestehenden Baurechts sind noch einige Bauparzellen entlang der Kellerhofstraße unbebaut. Die Durchblicke zum Rotbachtal sind an dieser wie an anderen Stellen für das »typische« Erscheinungsbild von Oberelvenich jedoch unverzichtbar. Statt einer diesen Durchblick verhandelnden Straßenrandbebauung, wurde ein Vorschlag aufgestellt, der in Anlehnung an den alten »Kellerhof« eine Wohnhofanlage aus Reihenhaustypen und einem Miethaus konzipiert. Die Anzahl der Wohneinheiten ist identisch mit der Zahl der möglichen Wohneinheiten bei einer Straßenrandbebauung (Abb. 4.4).

Die Wohnhofanlage Kellerhof besteht aus zwei Doppelhäusern für jeweils zwei Familien und einem Mietshaus mit vier Wohnungen unterschiedlicher Größe. Die Straßenfront »An der Ölmühle« wird von dem zweigeschossigen Mietshaus gebildet. Den Erdgeschoßwohnungen können kleine Freibereiche zum Gemeinschaftshof hin zugewiesen werden. Da dieses Gebäude in Anlehnung an das bestehende Wohngebäude des Kellerhofs ein Sockelgeschoß erhält, liegen diese privaten Freibereiche ca. 80 cm über dem übrigen Hofniveau und sind so etwas geschützt.

Die hofumschließende Bebauung wird von den Einfamilien-Doppelhäusern gebildet, denen jeweils ein Garten mit Süd-

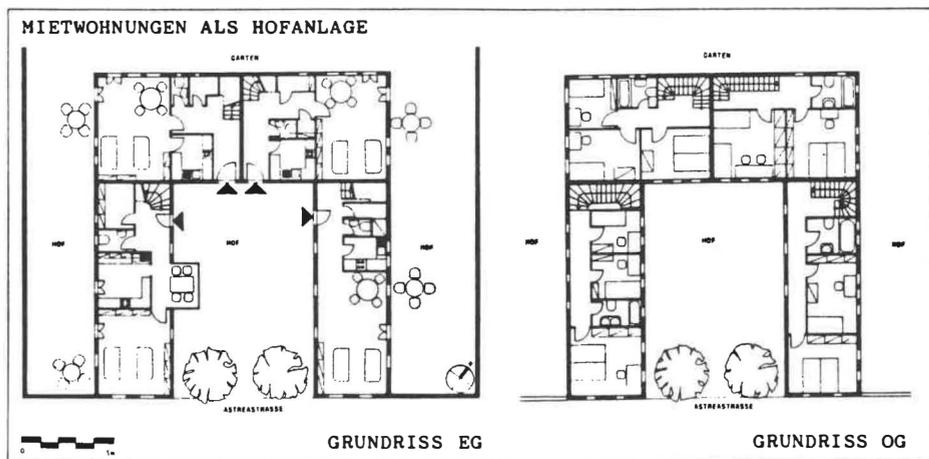
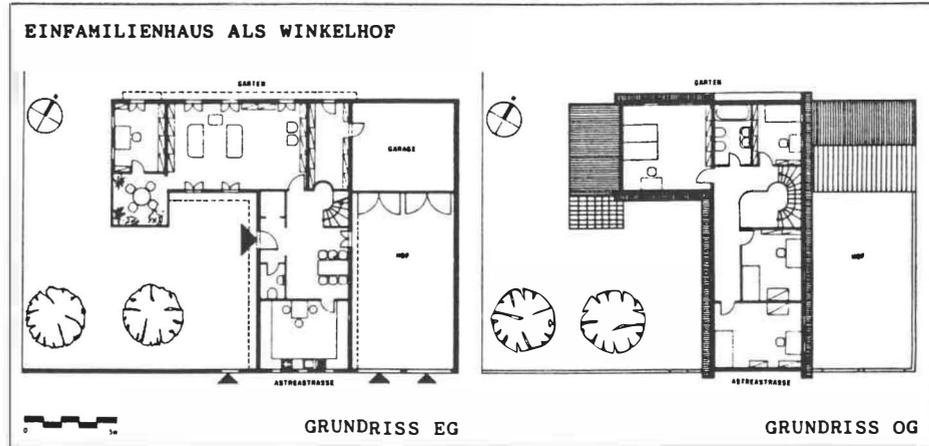
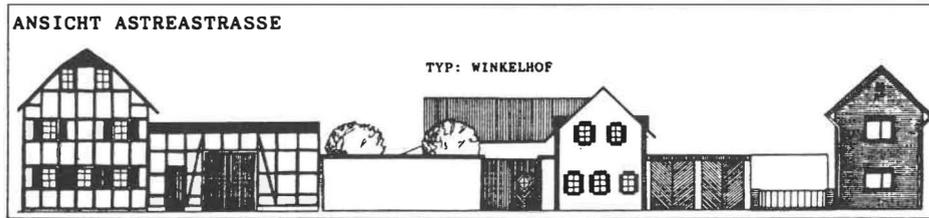


Abb. 4.2 Baulückenschließung im Ortskern Juntersdorf

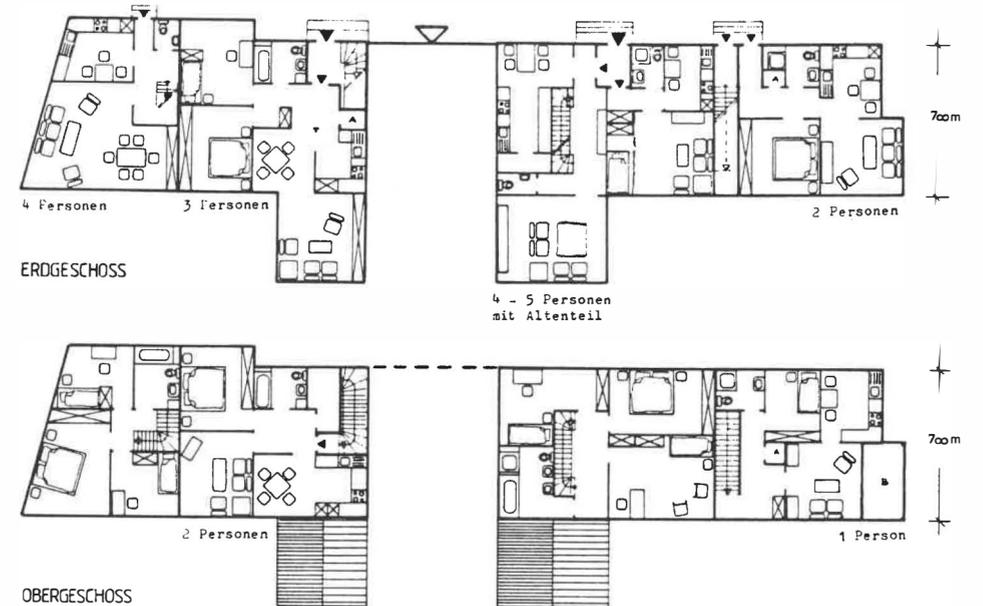
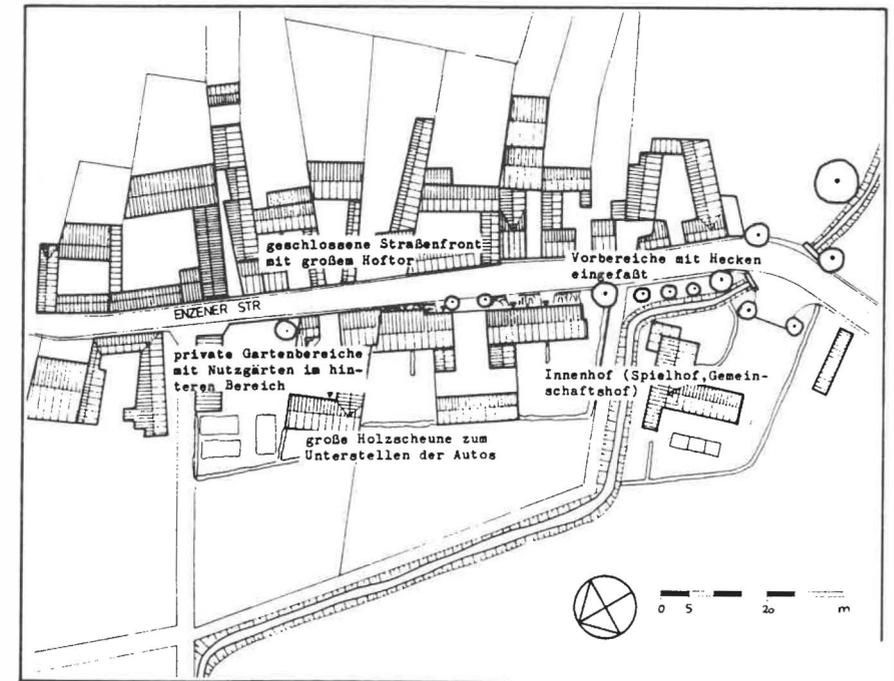


Abb. 4.3 Mietwohnungen im Ortskern von Sinzenich

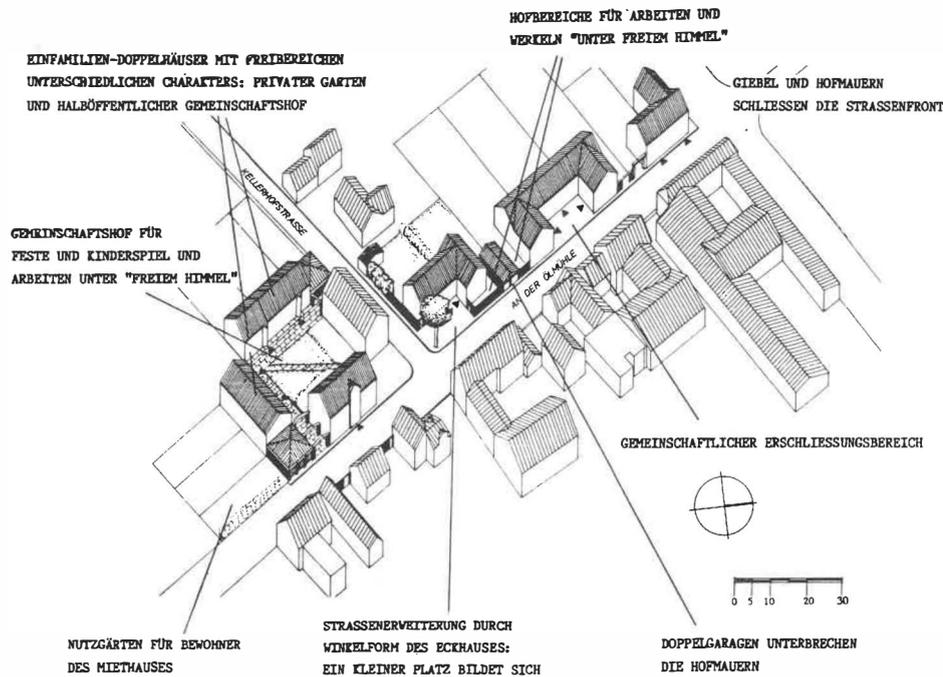


Abb. 4.4 »Wohnhof Kellerhofstraße«, Lageplan

orientierung zugeordnet ist. Diese zweigeschossigen Bauten werden vom Gemeinschaftshof aus erschlossen. Die »Hofeingänge« werden von kleineren Eckgebäuden flankiert, in denen jeweils drei Garagen untergebracht sind und die im hinteren Teil Platz für Fahrräder oder Werkstätten bieten.

Die durch Torbögen aus Ziegelsteine Pfeilern und gebogenen Stahlträgern gekennzeichneten Hofeingänge sind so breit, daß der Hof im Bedarfsfall auch befahren werden kann. Hinter den Eckbauten liegen Gärten, die von der Straße aus zugänglich sind und als Nutzgarten den Bewohnern des Mietshauses zur Verfügung stehen. Die Südecke des Hofes

wird nicht geschlossen, um eine möglichst günstige Besonnung des Gemeinschaftshofes zu erreichen und den Blick auf das sich anschließende Landschaftsschutzgebiet frei zu halten (Abb. 4.5).

*Bebauungsvorschläge für den »Ortsrand« in Lövenich*

(Text bearbeitet von Birgit Lemmen, Reinhold Weiss)

Das Gelände am Vlattener Bach bietet sich aus folgenden Gründen als Bauland an:

- sinnvolle Fortsetzung der vorhandenen Bebauung
- Schließung des Dorffinnenbereiches

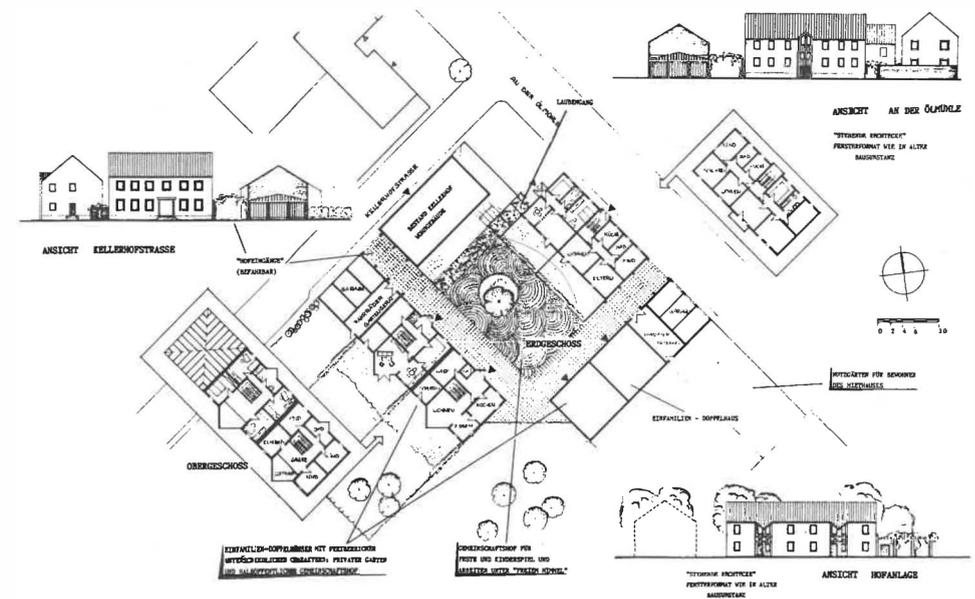


Abb. 4.5 »Wohnhof Kellerhofstraße« – Grundrisse

- attraktive Lage am Bach, mit Südorientierung der Gärten zum grünen Innenbereich
- keine Störung des Ortsrandes, da Lage innerhalb der alten Dorfgrenzen
- keine hohen Erschließungskosten, eine Straße existiert bereits

*Bebauungsvorschlag I: variable Grundrisse für sich verändernde Familiengrößen*

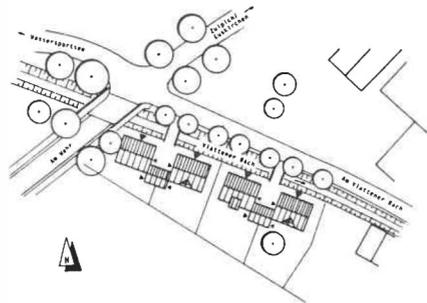
Bebauungsvorschlag I sieht für das Gelände am Vlattener Bach nördlich der Prälat-Franken-Straße, in Anlehnung an die alte Dorfstruktur, traufständige, ein- einhalbgeschossige Gebäude vor, die unmittelbar am Bach stehen und über einen gemeinsamen Hof erschlossen werden.

Dieser wird durch die Wohngebäude selbst und durch ein Nebengebäude (Autostellplatz, Gartengeräte) gebildet.

Um ein Gebäude den sich verändernden Ansprüchen der Bewohner – Familiengröße, 3 Generationen unter einem Dach – anpassen zu können, bieten sich variable Grundrisse und die Möglichkeit des Teilausbaus an. Das bedeutet:

1. Bezieht ein junges Ehepaar allein oder mit maximal 2 Kindern ein neues Gebäude, so wird zunächst nur die Erdgeschoßwohnung (80 m<sup>2</sup>) genutzt. Das Dachgeschoß (70 m<sup>2</sup>) bleibt, um Kosten zu sparen zunächst in einem teil- ausgebauten Zustand.
2. Kündigt sich nun weiterer Nach-

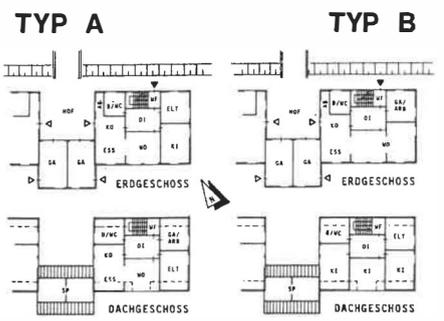
LAGEPLAN



A  
M  
V  
L  
A  
T  
T  
E  
N  
E  
R  
B  
A  
C  
H



GRUNDRISSSE



ANSICHTEN



Abb. 4.6 Bebauungsvorschlag I

wuchs an, kann das Dachgeschoß voll ausgebaut (Schlafräume, Bad/WC), der Wohnraum im Erdgeschoß durch das Entfernen einer Wand vergrößert und so ein Zuhause für eine Familie mit bis zu 6 Kindern und einer Wohnfläche von 150 m<sup>2</sup> geschaffen werden.

3. Sind die Kinder aus dem Haus, das Gebäude für 2 Personen also viel zu groß, besteht die Möglichkeit, ohne größere Umbaumaßnahmen zwei abgetrennte Wohnungen, eine Erdgeschoßwohnung mit 80 m<sup>2</sup> und eine

Dachgeschoßwohnung mit 70 m<sup>2</sup>, zu schaffen, wobei die eine von dem älteren Ehepaar (evtl. Großeltern), die andere vom eigenen, vielleicht schon verheirateten Nachwuchs oder einem fremden jungen Paar genutzt wird.

4. So schließt sich der Kreis, denn dieselben Nutzer können natürlich auch das direkt voll ausgebaute neue Gebäude beziehen, als Einfamilienhaus oder als Wohnhaus mit zwei abgeschlossenen Wohnungen.

Die Gebäude können also durch wenig

aufwendige Umbaumaßnahmen wie z. B. das Entfernen einer nichttragenden Wand bzw. einer Tür, den sich im Laufe der Zeit verändernden Ansprüchen ihrer Bewohner angepaßt werden (Abb. 4.6).

Bebauungsvorschlag II: Hofbebauung

Bebauungsvorschlag II sieht für das Gelände am Vlattener Bach südlich der Prälat-Franken-Straße, eine in Anlehnung an die durch landwirtschaftliche Höfe verschiedenster Art und Größe geprägte Dorfstruktur gedachte Hofbebauung vor, die sich gerade wegen ihrer besonderen Lage am Ortsrand, grundsätzlich von städtischen Einfamilienhausneubaubetrieben unterscheidet.

Drei für sich eigenständige Gebäude, zwei Einfamilienhäuser mit je 170 m<sup>2</sup> Wohnfläche und ein als Altenteiler oder Wohnhaus für junge Paare nutzbares Haus mit zwei abgeschlossenen Wohnungen, die Erdgeschoßwohnung mit 70 m<sup>2</sup>, die Dachgeschoßwohnung mit 60 m<sup>2</sup> Wohnfläche, sind zu einem großen U-förmigen Hofgebäude zusammengeschlossen, das sich durch seine Architektur harmonisch in das Dorfbild einfügt und auch in der landwirtschaftlich geprägten Landschaft keinen Fremdkörper darstellt.

Neben dem gemeinsamen zur Straße hin orientierten und vielfältig nutzbaren Innenhof, über den die Wohnungen erschlossen werden, ist jedem eigenständigen Gebäudeteil ein eigener Nutz- und Ziergartenbereich zugeordnet (Abb. 4.7).

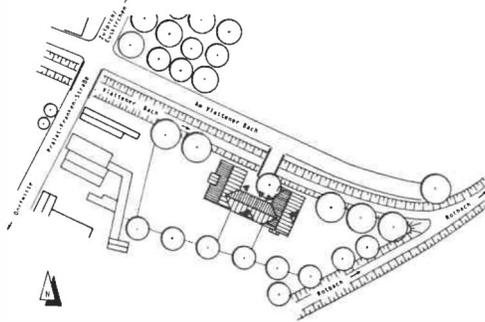
Änderungsvorschlag für das bestehende Bebauungsplangebiet »Mühlentor« in Sinzenich

(Text bearbeitet von Holger Müller, Brigitte Lammertz)

Das wichtigste Ziel bei der Änderung des Bebauungsplans ist eine bessere Anbindung an den Ortskern. Weitere Aspekte sind eine eindeutige Raumbildung im Sinne einer klaren Trennung von privatem und öffentlichem Raum und gut gefaßten Straßenräumen, die Charakterisierung des Gebietes als Übergang zwischen Innen- und Außenbereich und die optimale Grundstücksausnutzung und Freiflächenbesonnung.

Die bessere bauliche Anbindung an den Ortskern soll durch Verdichtung der Bebauung (Hausgruppen) in den an den Ortskern grenzenden Bereichen und die Verwendung von ortstypischen Haustypen und Materialien erreicht werden. Straßen und Wege, die an den Ortskern anschließen, sollen gestalterisch angepaßt werden durch die Bildung von schmaleren, abwechslungsreichen, organisch geformten Straßenräumen sowie durch Gestaltung des öffentlichen Straßenraums als Mischfläche; dies stellt einerseits mehr Kontinuität in bezug auf den Dorfkern her, wo Mischflächen vorherrschen, und ist andererseits der angemessene Straßentyp für eine Anliegerstraße in einem Wohngebiet mit geringem Verkehrsaufkommen. Die Integration in das vorhandene Wegenetz soll durch Betonung der Verbindung Ortskern – Schule / Turnhalle – Außenbereich und die Herstellung einer direkten

## LAGEPLAN



## PERSPEKTIVE



Abb. 4.7 Bebauungsvorschlag II

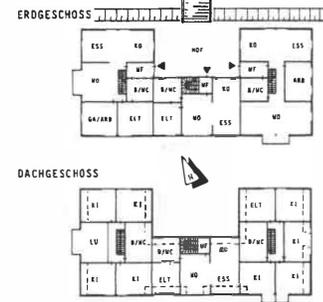
fußläufigen Verbindung zum Kirchplatz gefördert werden. Eine stärkere nutzungsmäßige Anbindung schließlich soll durch Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten, d. h. der Umwandlung von reinen Wohngebieten in allgemeine Wohngebiete gelingen.

Die bessere räumliche Situation soll sich durch stärkere Fassung des Straßenraums durch dichtere Bebauung und geringere Abstände zwischen Straße und Häusern, durch Pflanzgebote, wo Raumbildung durch Baukörper nicht erreicht werden kann, durch stärkere Orientie-

rung der Baukörperausrichtung am Straßenverlauf sowie durch Betonung städtebaulich wichtiger Punkte einstellen.

Der besondere Charakter des Neubaugebiets als Bereich zwischen dem dicht bebauten Ortskern und den grünen Außenbereichen wird unterstrichen durch Zonen mit dichter Bebauung und wenig privatem Grün im Straßenraum in Dorfkernnähe, durch Zonen mit lockerer Bebauung und mehr privatem Grün im Straßenraum (breitere Vorgärten) zum Dorfrand hin, durch Erhaltung von vorhandenen Bäumen, Obstwiesen und Hek-

## GRUNDRISSSE



## ANSICHTEN



ken und Pflanzung von Bäumen im Straßenraum (Abb. 4.8).

Vorschlag:

Textliche Festsetzungen  
des Bebauungsplanes

1. Planungsrechtliche Festsetzungen
  - 1.1 Allgemeines Wohngebiet  
Gem. § 1 Abs. 6 BauNVO werden im Allgemeinen Wohngebiet (WA) die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen § 4 Abs. 3 Nr. 2, 4, 5 und 6 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplans.

2. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

- 2.1 Dachform  
Als Dachform sind Satteldächer von 25–45° Neigung zulässig. Als Ausnahmen von den im B-Plan festgesetzten Dachneigungen sind Pultdächer von mindestens 20° Neigung und höchstens 5,0 m Spannweite zulässig. Abweichungen von der vorgeschriebenen Firstrichtung sind bei Nebengebäuden und Gebäudeteilen von bis zu 40 m<sup>2</sup> Grundfläche zulässig.

- 2.2 Äußere Gestaltung

- 2.2.1 Dachdeckung

Die Dächer sind mit grau bis schwarzem Material zu decken.

- 2.2.2 Wandmaterial

Für Außenwände von Hauptgebäuden sind folgende Materialien zu verwenden

- Roter Backstein
- Stein, weiß gestrichen
- Putz, weiß, grau oder beige
- Fachwerk
- Naturstein (ortsüblicher Sandstein)

- 2.2.3 Doppelhäuser und Hausgruppen

Doppelhäuser und Häuser in einer Hausgruppe müssen in der Gestaltung einander angepaßt werden. In einer Hausgruppe ist es zulässig, auf der einen Seite des Hauses über die ganze Haus-tiefe anzubauen: auf der anderen Seite

darf maximal über 1/3 der Haustiefe angebaut werden.

- 2.3 Drempel

Drempel sind nur bei eingeschossiger Bebauung zulässig und zwar bis zu einer Höhe von 1,00 m über Oberkante Decke.

- 2.4 Einfriedungen

Eine Abgrenzung der Grundstücke zur Straßenbegrenzungslinie und den Grundstücken untereinander ist bis zu einer Höhe von 2,0 m zulässig. Außer lebenden Einfriedungen sind Einfriedungen in Abständen von höchstens 5,0 m zu gliedern. Maschendraht ist unzulässig.

- 2.5 Vorflächen

Die unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke zwischen der Straße und den Gebäuden sind gärtnerisch, als wassergebundene Flächen oder befestigte Flächen anzulegen. Als Befestigung sind nur Pflasterungen in Grautönen mit offenen Fugen zulässig.

- 2.6 Außenanlagen

Für die Bepflanzung der Grundstücke mit Gehölzen sind nur heimische Arten zulässig.

*Beispiele für hofartige Wohnanlagen  
(Neubaugebiet von Enzen)*

Für den bestehenden Bebauungsplan wurde ein Änderungsvorschlag entwickelt, der u. a. dorftypische Bauformen stärker berücksichtigen sollte, eine fußläufige Anbindung an den Ortskern herstellt, einen grünen Innenbereich für den »Gemeinbedarf« schafft und das Neubaugebiet näher an den alten Ortskern heranrückt und durch einen Bushaltestellplatz / Telefonhäuschen verbindet (Abb. 4.9 u. 4.10).

In dem Bebauungsentwurf wurden Hofformen vorgeschlagen, die sich im

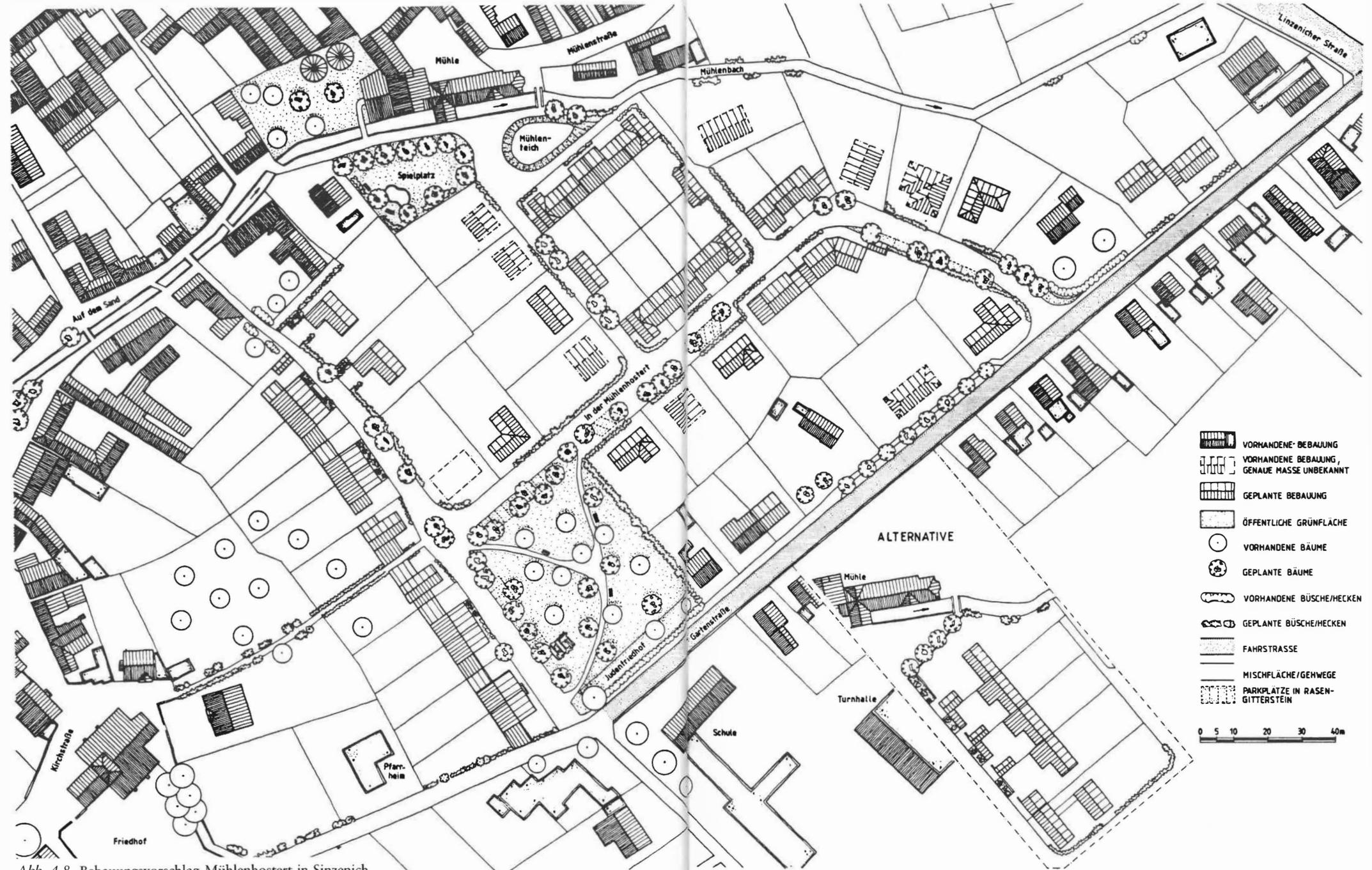


Abb. 4.8 Bebauungsvorschlag Mühlenhostert in Sinzenich

Bauvolumen und in der Anordnung der einzelnen Gebäude unterscheiden. Das Raumprogramm entspricht den heutigen Ansprüchen. Als Vorteile der Hofformen sind zu nennen:

- separater Wohnungsteil als Einliegewohnung / Altenteil möglich
- Platz für Wintergarten, Werkstatt, Geräte- oder Materialschuppen
- teurer Keller entfällt zugunsten ebenerdiger Nebengebäude
- durch die Nebengebäude entsteht ein »halböffentlicher« Innenhof als wind- und sichtgeschützter Platz mit Kontaktmöglichkeit zur Straße (Abb. 4.11).

*Beispiel:  
Umnutzungsvorschläge für ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude in Löwenich*

Mit einer weiteren rückläufigen Entwicklung der Landwirtschaft wird es zu Leerständen bei den derzeit landwirtschaftlich genutzten Gebäuden kommen und kann in einigen Dörfern zur Verödung des Ortskerns führen. Diese Tendenz gilt es aufzuhalten und z. B. für die leerfallenden Gebäude neue Nutzungskonzepte (Wohnen/Gewerbe/Handwerk) zu entwickeln.

In den von solchen Entwicklungen

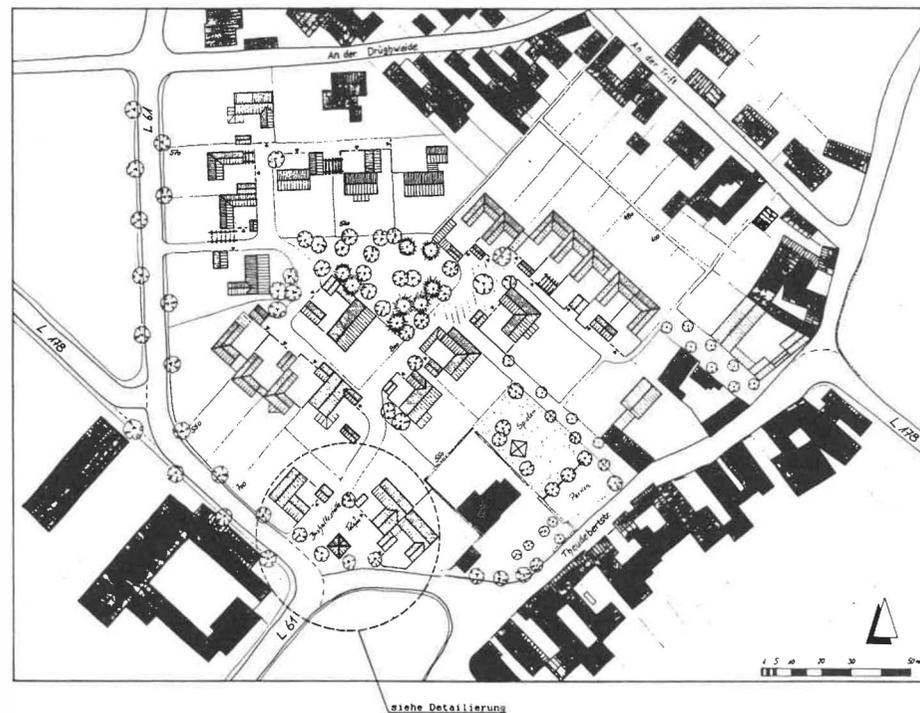


Abb. 4.9 Bebauungsvorschlag »Enzen-Mitte«

Die alte Stadt 1/91

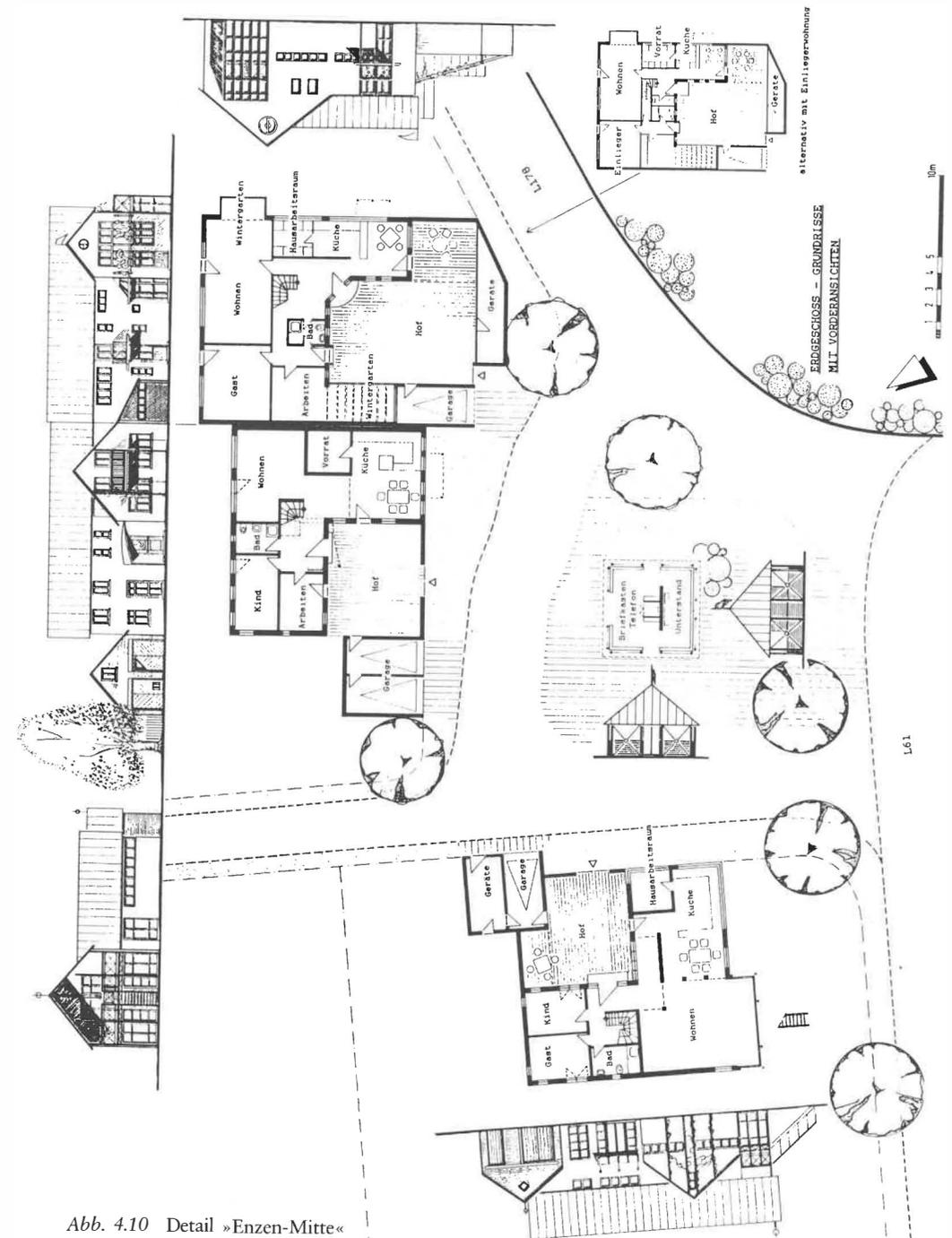


Abb. 4.10 Detail »Enzen-Mitte«

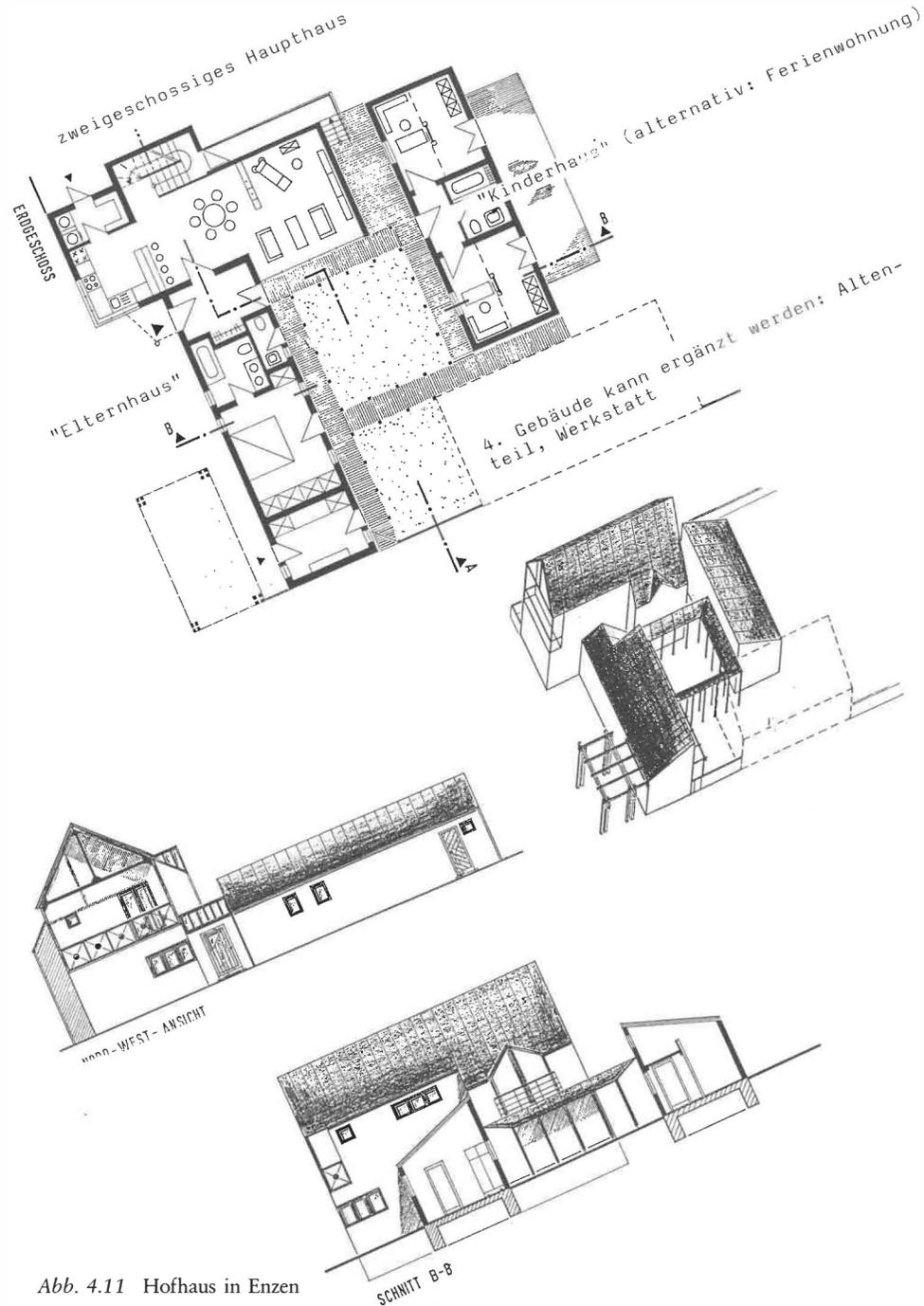
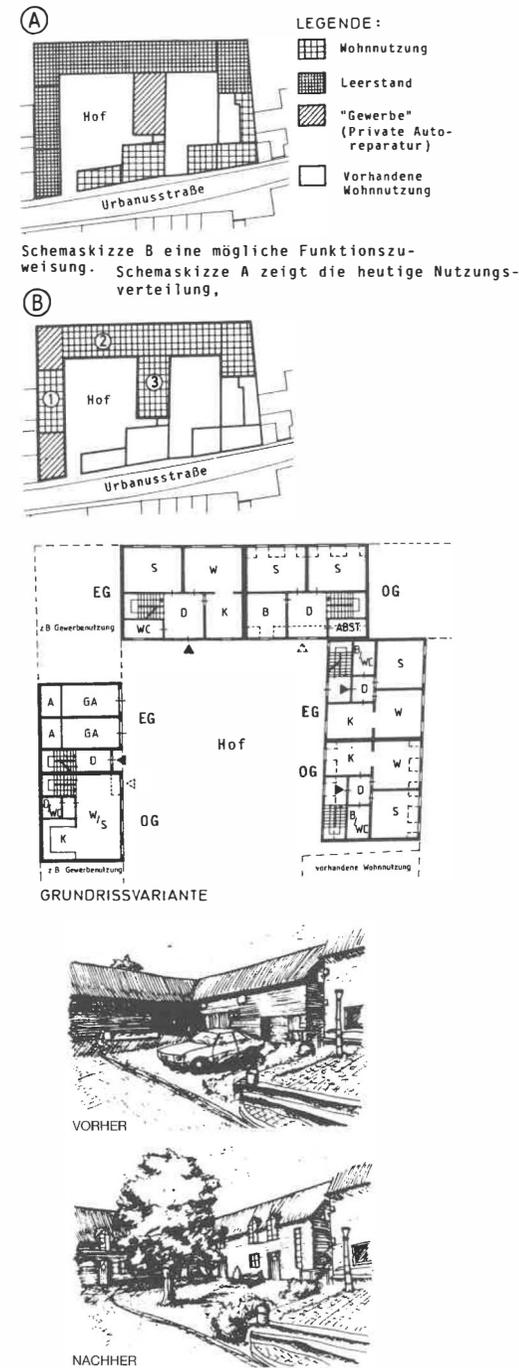


Abb. 4.11 Hofhaus in Enzen

Die alte Stadt 1/91



möglicherweise betroffenen Ortsteilen wurden Vorschläge für Umnutzungen erstellt. Da für die Höfe genaue Bestandspläne nicht zur Verfügung standen, beschränkten sich die Vorschläge auf mehr schematische Überlegungen zur neuen Nutzung, ohne z. B. auch den Zustand und die Eignung der Bausubstanz im einzelnen überprüft zu haben. Hier sollen lediglich Ansatzpunkte für eine Diskussion gegeben werden und die Beratungsarbeit zu diesen Fragen einleiten. (Abb. 4.12)

Abb. 4.12 Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude in Lövenich

Die alte Stadt 1/91

## 5. Ein Hauptproblem: Rückbau der Dorfstraßen

Die dörfliche Problemliste aus der Sicht der Bewohner wird von den Verkehrskonflikten wie Verkehrsanbindung und Verkehrsbelastung auf den Durchgangstraßen angeführt (siehe Forschungsvorhaben BMBau »Dorferneuerung aus der Sicht der Bewohner«, Prof. Dr. R. Schäfer u. a.). Der Rückbau belasteter Ortsdurchfahrten zur Verbesserung der Verkehrssituation und zugunsten eines wiedergewonnenen nutzbaren Außenraumes für Fußgänger stellte auch im Zülpich-Projekt eine Planungsmaßnahme von besonderer Priorität dar.

Der Ausbau der Hauptstraßen in den Dörfern hat in den letzten Jahrzehnten den Autoverkehr eindeutig bevorzugt und die Straße für Fußgänger und Radfahrer teilweise unpassierbar und gefährlich gemacht. Diese Fehlentwicklung wird heute allseits beklagt und entsprechende »Rückbaumodelle« entwickelt. Die Konflikte, die aufgrund hoher Belastung durch den Durchgangsverkehr auf den klassifizierten Straßen des Dorfes entstehen, werden noch verstärkt durch hohe Geschwindigkeiten auf den oft engen Ortsdurchfahrten.

Von den sechs umfangreichen Rückbaukonzepten des Projektes soll hier das Konzept für den Ortsteil Sinzenich sowie die allgemeinen Planungsgrundsätze vorgestellt werden.

### Prinzip »Mehrzweckstreifen«

Ein wichtiges Kriterium stellte die Ausweisung eines »Mehrzweckstreifens« dar. Vor allem bei den Straßen, die aufgrund ihrer Bedeutung im Verkehrsnetz nicht unter eine Fahrbahnbreite von 6,50 m rückbaubar sind, sollte durch die Anlegung eines »Mehrzweckstreifens« eine deutliche Verminderung der Geschwindigkeit erreicht werden. Der Mehrzweckstreifen wird seitlich von der Fahrbahn abgetrennt und kann von verschiedenen Verkehrsteilnehmern genutzt werden. Bei einer Breite des Mehrzweckstreifens von 1,75 m verringert sich der Querschnitt der Fahrbahn auf 4,75 m und ist damit für den Begegnungsfall Lkw/Pkw ausgelegt, ohne daß hierzu der Mehrzweckstreifen genutzt werden muß. Nur bei dem Begegnungsfall Lkw/Lkw muß ein Fahrzeug auf den seitlichen Streifen ausweichen. Der Mehrzweckstreifen kann zudem als Radweg genutzt werden, für dessen separate Anlage die Ortsdurchfahrten oft nicht den Platz bieten.

Da der Umbau der Verkehrsflächen in der Regel mit immensen Kosten verbunden ist, erscheint es notwendig, ein stufenweise zu realisierendes Ausbauprogramm zu entwickeln, welches von einfachen Sofortmaßnahmen bis zum voll-

ständigen Umbau der Straße reicht:

- In einer 1. Ausbauphase sollen sichtbare, kurzfristige Verbesserungen ohne großen finanziellen Aufwand erreicht werden. Die Aufhebung der weißen Fahrbahnmittenmarkierung und damit der optischen Längsführung zählt zu den kurzfristigen Maßnahmen. Falls die Einrichtung eines Mehrzweckstreifens vorgeschlagen wird, kann dieser zuerst durch eine durchlaufende weiße Linie von der Fahrbahn abgetrennt werden. Dringend notwendige Fußgängerüberwege sollen kurzfristig eingerichtet werden.
- In der 2. Ausbauphase sollen die Ortseingänge, kritische Kreuzungs- und Einmündungsbereiche und die Ortsmittelpunkte umgestaltet werden (Abb. 5.1).

– In der 3. Ausbauphase werden die restlichen Fahrbahnflächen umgebaut (z. B. farbliche und materialmäßige Neugestaltung des Mehrzweckstreifens).

Um Kosten einzusparen, wurde weiterhin versucht, die Eingriffe in den bestehenden Straßenkörper gering zu halten und z. B. möglichst keine leitungsführenden Gehbereiche anzuschneiden.

Neben den Maßnahmen im öffentlichen Straßenraum kann auch die Umgestaltung der privaten Vorgärten zur Verkehrsberuhigung und zur Verbesserung des Ortsbildes beitragen. So können höhere und dichtete Bepflanzungen (Hecken, Bäume) den Straßenraum besser begrenzen und den optisch wirksamen Fahrgassenquerschnitt verringern.

Die »Richtlinien zur Anlage von Er-

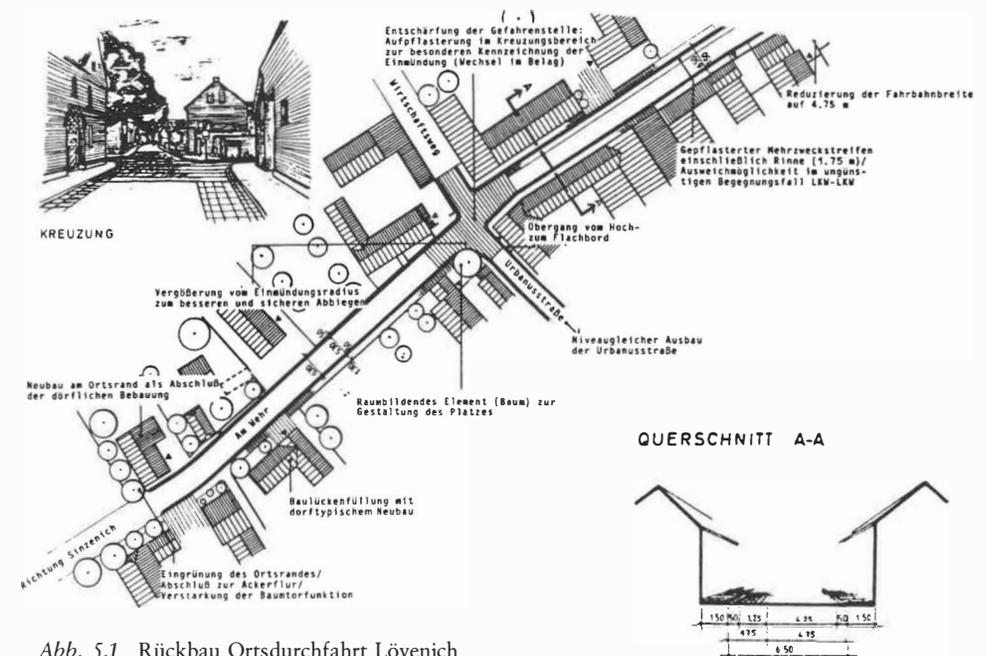


Abb. 5.1 Rückbau Ortsdurchfahrt Lövenich

schließungsstraßen« und die Planungsrichtwerte und Auflagen der Bundeswehr für die Planung militärisch bedeutender Straßen wurden berücksichtigt, welche die stärkste Beschränkung für eine Reduzierung der Fahrbahnbreite mit sich brachten. Zudem wurden die Planungen mit dem zuständigen Landesstraßenbauamt abgeklärt.

In den Verkehrsanalysen wurde nicht nur die quantitative Seite der Verkehrsbelastung wie Verkehrsdichte, Unfallstatistiken etc. berücksichtigt, sondern die Einschränkung des »Gebrauchswertes« der Straße durch den Verkehr und die Ansprüche der angrenzenden Gebäudenutzungen wie Kirche oder Geschäft an die Straßengestaltung aufgezeigt.

Bei den Planungsmaßnahmen sollte nicht schematisch vorgegangen werden, wenn auch das »Baumtor« am Ortseingang schon zum Standardrepertoire gehört. Bei der Gestaltung sollte auf die konkrete Situation im Dorf wie die kleine Brücke, ein am Rand gelegener Dorfplatz oder die Blickbeziehung auf ein ortsbildprägendes Gebäude eingegangen werden. Einen weiteren wichtigen Anknüpfungspunkt stellte die Dorfgeschichte dar. So wurde der in Sinzenich noch in Resten vorhandene Dorfanger wieder herausgearbeitet. In der Diskussion im Dorf spielte diese »Wiederentdeckung« einer geschichtlichen Situation eine große Bedeutung. Sie war quasi noch im »kollektiven Bewußtsein« der Dorfbewohner verankert und stellte eine wichtige Voraussetzung für die Unverwechselbarkeit der Planungsmaßnahme dar.

*Beispiel: Zülpich Sinzenich  
Planungskonzept für die Kommerner Straße*

*(Text bearbeitet von Holger Müller,  
Brigitte Lammertz)*

Die Kommerner Straße (B 477) ist als Verbindung zwischen Zülpich und Kommern stark mit Durchgangsverkehr belastet. Neben der B 56 und B 265 ist sie die am stärksten befahrene Straße im Umkreis von Zülpich. Sie wird bei 76% aller Unfälle und bei 93% der Unfallopfer als Unfallort genannt. Als Unfallschwerpunkt stellte sich die Kreuzung Kommerner / Lövenicher Straße / Weingartzgarten mit 11 von 45 Unfällen heraus. Die meisten Unfälle werden durch Ein- oder Abbiegen auf/von der stark belasteten Kommerner Straße verursacht, vermutlich durch überhöhte Geschwindigkeit (Abb. 5.2).

Fußgänger werden als Unfallbeteiligte auf der Kommerner Straße glücklicherweise nur zweimal genannt. Dennoch gibt es Gefahrenpunkte: im Angerbereich, wo u. a. die Schulkinder aus dem Neubaugebiet Weingartzgarten die Straße überqueren und wo häufig zu

		in Zahlen	in %
Zahl der Unfälle		59	100
auf der Kommerner Str.	28		
auf Kreuzungen mit der Kommerner Straße	17	45	76
auf der Linzenicher Straße	6		
auf der Kirchstraße	5		
auf der Merzenicher Straße	1	14	24
auf dem Weingartzgarten	2		
Zahl der Verletzten		28	100
auf der Kommerner Straße	26		
auf der Kirchstraße	2	93	7

Abb. 5.2 Verkehrsunfälle (Statistik Januar 1984 bis September 1988)

schnell gefahren wird, und in den unübersichtlichen Kurvenbereichen. Deshalb bemüht man sich in Sinzenich seit Jahren um wenigstens 1 Zebrastrifen, leider bisher vergeblich. Inzwischen blieb den Sinzenichern nichts übrig, als sich auf die Gefahren einzustellen: z. B. wird Kindern eingepfiff, die Kommerner Straße nicht alleine zu überqueren; die Schulbushaltestelle für die Grundschule wurde trotz schwieriger Wendeverhältnisse »Auf den Sand« gelegt; Radfahren oder Spielen auf der Straße und Straßenfeste finden abseits der Kommerner Straße statt. Gezwungenermaßen hat man die Kommerner Straße dem Durchgangsverkehr überlassen.

Die erhobenen Zahlen von 484 (Mittwoch, 1. Juni 1988, 15.30–16.30 Uhr) bzw. 361 Fahrzeugen/Stunde (Montag, 20. Juni 1988, 7.00–8.00 Uhr) legen nahe, daß in den Spitzenstunden von der Kommerner Straße starke Abgas- und Lärmbelästigungen ausgehen. Die Zahlen sind aber nicht so hoch, daß man in der Fahrzeugfrequenz alleine eine Unfallursache sehen könnte. Das Überqueren der Straße kann allerdings in den Spitzenstunden besonders für Kinder und ältere Leute zum Problem werden. Der Lkw-Anteil lag bei der Zählung zwischen 9 und 20%. Nach Einschätzung der Anwohner ist er nach dem Bau der BAB 61 erheblich gesunken. Trotzdem verursacht der Lkw-Verkehr besonders in den Kurvenbereichen bei Brems- und Beschleunigungsmanövern eine starke Lärmbelästigung und gefährdet an Engstellen auf den Gehwegen die Fußgänger.

Grundlegend für die heutige Situation

war der Bau der Zülpich-Kommerner-Provinzialstraße 1854. Sie nahm in ihrem Verlauf den vorhandenen Teil der Straße auf und ergänzte ihn durch die Ortsausgänge nach Zülpich und Schwerfen. So wurde aus der Dorfstraße eine Durchgangsstraße, die den zentralen Bereich des Dorfes der Länge nach durchschneidet. Schon 1854 wurde also der Grundstein für den Konflikt gelegt, der die Situation bis heute bestimmt: Da die B 477 Zülpich und Kommern verbindet, liegt Sinzenich recht verkehrsgünstig und die Geschäfte profitieren aufgrund der guten Parkmöglichkeiten vom Durchgangsverkehr. Andererseits sind die Belastungen durch Emissionen und Unfallgefahren groß. 1965/66 wurde die Kommerner Straße in ihrer heutigen Form ausgebaut. Damals wurde fast der gesamte Straßenraum zur Verkehrsfläche, d. h. er wurde anderen Nutzungsmöglichkeiten entzogen.

*Probleme der Kommerner Straße*

*1. Nördlicher Ortseingang*

Nur das Ortsschild deutet auf den Orts-



Abb. 5.3 Nördlicher Ortseingang

eingang hin. Die Fahrbahn bleibt in Richtung und Breite unverändert. Weder die Tannen rechts noch die Ackerflächen links wirken als optische Einengung. Eine deutliche Veränderung tritt erst kurz vor dem Fachwerkhaus durch die Häuser zu beiden Seiten und die Kurve ein. Erst hier bremsen die Autofahrer.



Abb. 5.4 Südlicher Ortseingang

### 2. Südlicher Ortseingang

Brücke und Bäume am Marienbach markieren den Ortseingang. Dennoch bremsen die meisten Autofahrer erst vor der Papierfabrik. Gründe dafür sind: Trotz der Brücke wird eine Einengung der Fahrbahn auf Kosten der sehr schmalen Bürgersteige vermieden; das Brückengelände tritt optisch kaum in Erscheinung; die Bäume ragen kaum in den Straßenraum, man hat freie Sicht bis zur Papierfabrik.



Abb. 5.5 Angerbereich

### 3. Angerbereich

Die Gestaltung des Angerbereichs ist durch die Verkehrsfunktion der Kommerner Straße bestimmt. Fahrbahn, Parkstreifen und Gehwege nehmen den größten Teil des Querschnitts ein. Für Fußgänger ist das Überqueren der Fahrbahn von Parkstreifen zu Parkstreifen gefährlich. Besonders weil sie durch ihre Breite, den gradlinigen Verlauf und das Zurücktreten der Häuser rechts sehr übersichtlich wirkt und zu überhöhter Geschwindigkeit verführt. Der Grünstreifen ist zu schmal und zu spärlich bepflanzt, um als Spielfläche, Abschirmung oder optische Einengung zu fungieren.



Abb. 5.6 Engstelle

### 4. Engstelle

An der Ecke des Wirtschaftsgebäudes wird der Bürgersteig sehr schmal. Passieren ein Fußgänger und ein Lkw gleichzeitig diesen Engpaß, wird die Lage für den Fußgänger bedrohlich.

### Legende

- ORTSEINGANG
- ⬄ STARK FREQUENTIERTER QUERUNGSPUNKT
- ~~~~~ ZU HOHE GESCHWINDIGKEIT
- ⊙ UNÜBERSICHTLICHE EINENGUNG
- ☾ ENGSTELLE FÜR FUSSGÄNGER



Abb. 5.7. Problemkarte Kommerner Straße

### Fazit

Eine Verkehrsbelastung von ca. 500 Fahrzeugen in Spitzenstunden ist nicht so hoch, daß alleine daraus die Probleme der Kommerner Straße erklärt werden könnten. Vielmehr scheint überhöhte Geschwindigkeit (ungenügendes Abbremsen an den Ortseingängen, zu schnelles Fahren im Angerbereich) Hauptursache für zahlreiche Unfälle und für die Schwierigkeiten beim Überqueren der Straße zu sein. Sie stellt auch die größte Gefahr beim Überqueren bzw. Ein- und Abbiegen in den unübersichtlichen Kurvenbereichen dar. Das Verkehrsaufkommen ist andererseits niedrig genug, um einen Rückbau der Straße ohne eine Beeinträchtigung des Verkehrsflusses zu ermöglichen (Abb. 5.7).

Neugestaltungskonzept

Bei der Neugestaltung der Kommerner Straße stand die Forderung nach mehr Verkehrssicherheit im Vordergrund. Um diese zu erreichen, wollten wir nicht mit Einzelmaßnahmen wie z. B. einer Fußgängerampel oder Schwellen arbeiten, sondern ein Gesamtkonzept für die ganze Ortsdurchfahrt entwickeln, das auch gestalterische und städtebauliche Aspekte berücksichtigt. Um auf der gesamten Ortsdurchfahrt die Geschwindigkeit auf höchstens 50 km/h zu senken, sind folgende Maßnahmen geplant: Verringerung der Fahrbahnbreite auf 6,50 m, davon nur 4,75 m asphaltiert und 1,75 m als Mehrzweckstreifen. Der Mehrzweckstreifen soll in einem rauhen Naturstein gepflastert sein und dient der

optischen Fahrbahneinengung. Der Fahrbahnbreite von 6,50 m liegt der Begegnungsfall Bus/Bus bzw. Lkw/Lkw zugrunde. Die Breite von 4,75 m läßt die Begegnung von 2 Pkw zu. Eine Mittellinie wird nicht markiert. Die Sicherheit der Fußgänger wird verbessert durch: Mindestens 1,50 m breite Bürgersteige entlang der gesamten Ortsdurchfahrt sowie zusätzliche Überquerungshilfen an stark frequentierten Querungspunkten (Abb. 5.8–5.14). Als Maßnahmen, die für sich alleine schon zu einer Entschärfung der Situation beitragen könnten, sollten die Umgestaltung der Ortseingänge, die Fußgängerinsel an der Einmündung Stehle Gasse / Kommerner Straße und die Beseitigung der Mittelmarkierung kurzfristig realisiert werden.

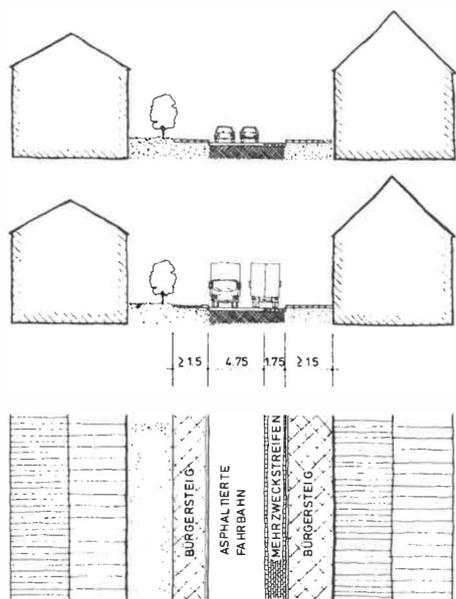


Abb. 5.8 Regelquerschnitt

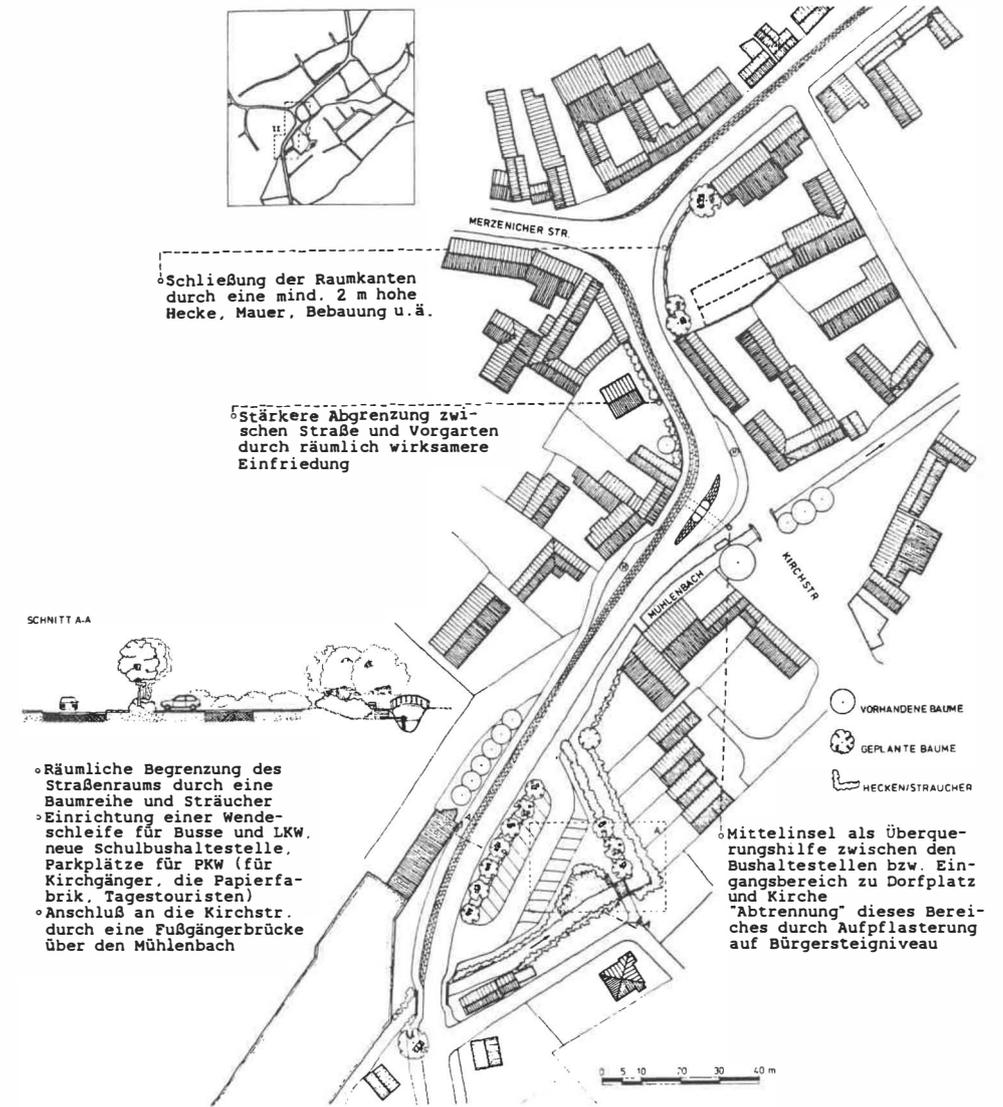


Abb. 5.9 Nördlicher Ortseingang

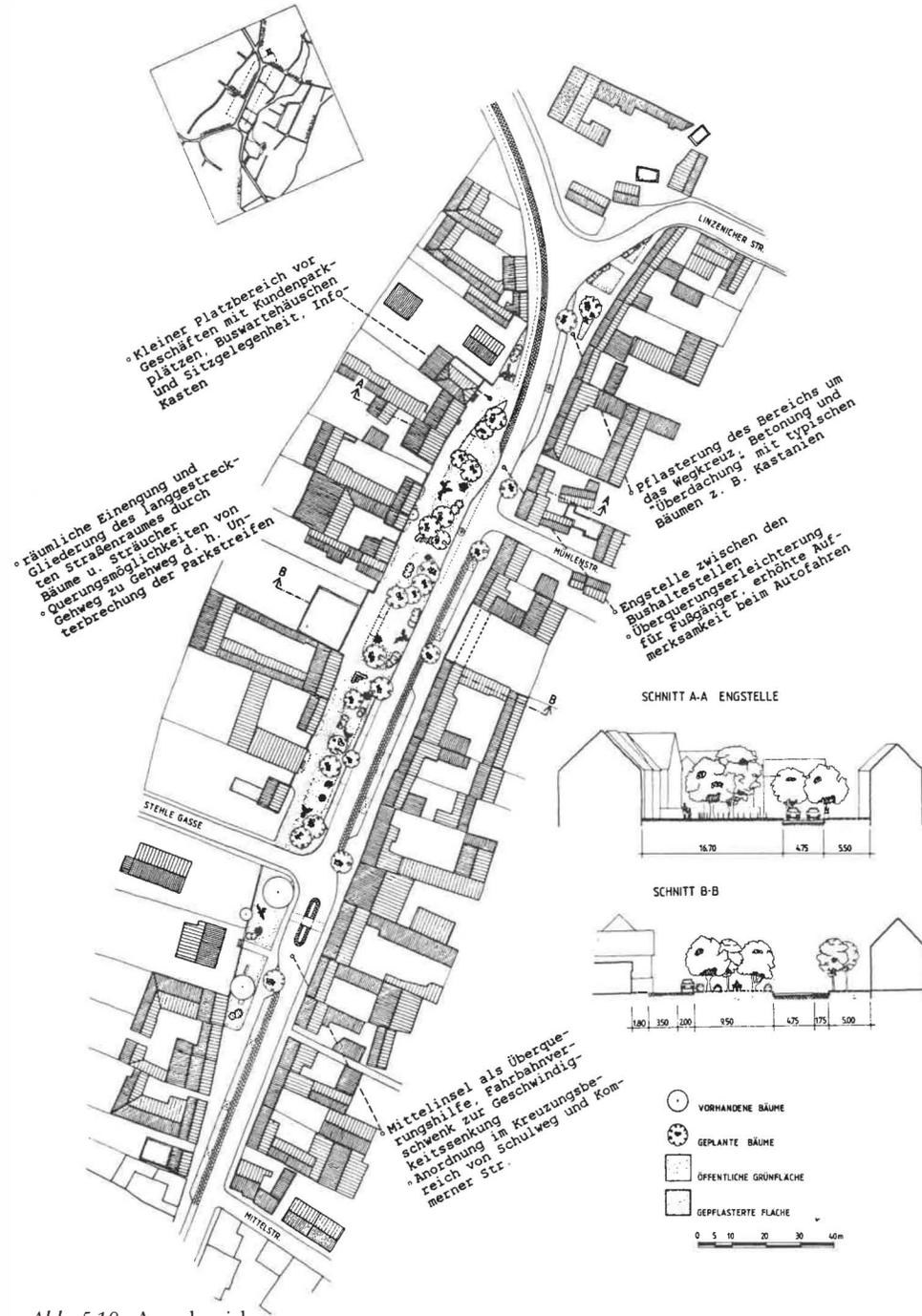
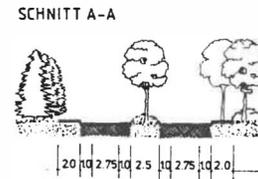


Abb. 5.10 Angerbereich

- Verdeutlichung des Ortseingangs und Geschwindigkeitsreduzierung durch: Mittelinsel mit Bäumen, Fahrbahnverschwenk, Verschmälerung der asphaltierten Fahrbahn, Beginn des Mehrzweckstreifens
- Mittelinsel zusätzlich als Überquerungshilfe für Radfahrer



- "Abtrennung" der Anliegerstr. Weingartgarten durch eine Aufpflasterung auf Bürgersteigniveau
- räumliche Einengung des Kreuzungsbereichs durch Bäume und Bebauung

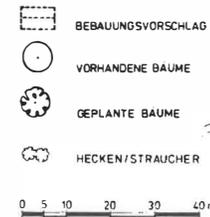


Abb. 5.11 Nördlicher Ortseingang

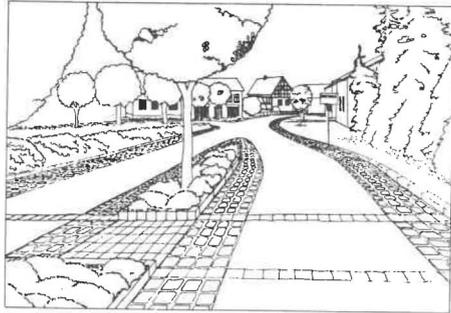


Abb. 5.12 Nördlicher Ortseingang

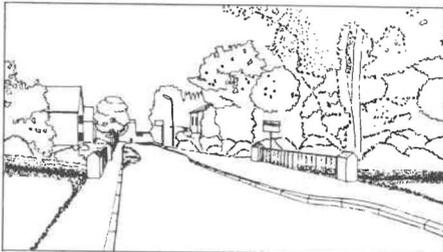


Abb. 5.13 Südlicher Ortseingang

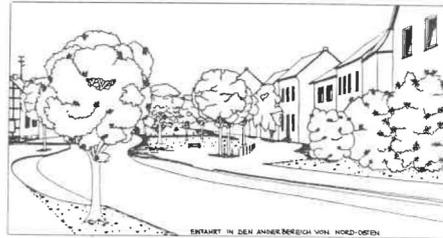


Abb. 5.14 Angerbereich

- Erweiterung des Grünstreifens zu einer öffentlichen Grünfläche in zentraler Lage
- Rasen- und Pflasterflächen gehen ineinander über und bilden zusammen einen Aufenthaltsbereich
- Bepflanzung mit Gruppen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern, räumlich wirksame Einzelbäume an einigen Stellen.  
Bäume: Linden, Kastanien, Bergahorn, Ulmen, Blutbuchen  
Sträucher: Flieder, Forsythie, Wildrosen, Hasel
- Bänke an geschützten Stellen

## 6. Dorfökologie

Dem ländlichen Raum wird vielfach die Funktion eines ökologischen Ausgleichsraumes für die Ballungsgebiete zugewiesen, in den die dort hervorgerufenen Ver- und Entsorgungsprobleme und Umweltbelastungen transportiert werden. Hier sollen die Abfälle beseitigt oder fehlende Erholungsflächen ausgeglichen werden.

Dieses Konzept, welches die Probleme der städtischen Entwicklung verlagert und die Ressourcen des ländlichen Raumes selbstverständlich in Anspruch nimmt, steht in großem Widerspruch zu einer wirksamen gesamtökologischen Verbesserung. Die Lösung der städtischen Umweltprobleme (Stichwort Müllvermeidung, Versiegelung etc.) und nicht deren Verlagerung sind ebenso notwendig, wie die Lösung der »eigenen« Umweltprobleme des ländlichen Raumes: die Gefährdung durch unsachgemäß angelegte Mülldeponien, Gefährdung der Grundwasservorräte durch die Überdüngung in der Landwirtschaft oder in Teilräumen die noch unzureichende Abwasserbeseitigung.

Auch das Wohnen auf dem Lande mit städtischem Arbeitsplatz stellt ein »ökologisches« Problem dar, da aufgrund der unzureichenden ÖPNV-Erschließung der Zwang zur Pkw-Benutzung be-

steht. Eine gesamtökologische Planung muß auch in raum- und verkehrsstrukturellen Überlegungen eingebunden sein. Dorfökologie darf nicht vor dem schicken Holzhaus mit Sonnenkollektoren haltmachen, wenn die Bewohner täglich mit dem Erst- und Zweitwagen in die Stadt pendeln.

### *Das Dorf – ideal für ökologische Planung*

Für eine ökologische Ortsplanung bietet gerade das Dorf gute Voraussetzungen. Im Gegensatz zur Stadt finden sich hier geringere Bebauungsdichten und Versiegelungsgrade und kaum luftklimatische Probleme. Die kleinteiligeren, dezentralen Strukturen bieten sich zudem für ökologische Energie- und Abwasserkonzepte an. Der verstärkte Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung mit höherer Ausnutzung des Energieeinsatzes oder die Nutzung regenerativer Energiequellen (wie Biogasanlagen in der Landwirtschaft) stellen für den ländlichen Raum leistungsfähige und kostengünstige Ansätze dar. Für kleine Dörfer bietet der Bau einer Binsenkärlanlage zudem eine Alternative zu dem teuren und oft erst zu Ende des Jahrzehnts herzustellen-

Anschlusses an eine zentrale Kläranlage.

Energie- und Abwasserkonzepte sowie siedlungsökologische Beiträge müssen Bestandteil der gemeindlichen Entwicklungsplanung werden. Die Flächennutzungspläne müssen auf ihre ökologische Eignung im Sinne von Belastbarkeit und Verträglichkeit der ausgewiesenen Nutzungen vom Gewerbegebiet bis zum Naherholungsbereich überprüft werden. Die Berücksichtigung dorfköologischer Ziele bei der Dorfentwicklungsplanung wird in der Praxis häufig noch eine zu geringe Bedeutung beigemessen und die Auffassung vertreten, daß unter »Dorfökologie« im Schwerpunkt Naturschutz und Landschaftspflege im Außenbereich zu verstehen sind.

Während die v.g. Maßnahmen in einem gesamtgemeindlichen Entwicklungskonzept aufgegriffen werden müssen, lassen sich auf der Ebene der einzelnen Dorfplanung eine Vielzahl dorfköologischer Planungskriterien direkt umsetzen:

- stärkere Berücksichtigung von Elementen des ökologischen Bauens von der Materialwahl bis zur Energieplanung
- Reduzierung der versiegelten Flächen bei Um- und Neuplanungen sowie Erschließungsmaßnahmen
- stärkere Regelungen hinsichtlich der Befestigungsart der Stellplätze und Hausvorbereiche
- Erhaltung und Anpflanzung von Bäumen, Büschen, Hecken etc.
- Integration und Verflechtung des Dorfbereiches mit der Landschaft
- Förderung der innerdörflichen Biotopvernetzung mit Anschluß an die Land-

schaft sowie Erneuerung der Ortsränder

- Renaturierungsmaßnahmen und landschaftstypische Gestaltung und Erhaltung
- Strategie einer ökologisch vernünftigen Innenentwicklung durch Verzicht auf neue Flächen im Außenbereich
- Verbesserung des Kleinklimas und der Lebensbedingungen von Flora und Fauna etc.

Die Berücksichtigung ökologischer Belange mit dem Ziel der Behebung der Defizite bei der Ortsrandgestaltung, der Erhaltung charakteristischer Landschaftsbilder des Biotop- und Artenschutzes sowie des Biotopverbundes und der Grünordnung sind notwendiger Bestandteil einer an ganzheitlichen Lösungen orientierten Dorfentwicklungsplanung (Abb. 6.1).

Eine besondere Bedeutung kommt den Landschaftsplänen der Gemeinden zu, deren Aussagen zu den Ortsrandbereichen der Dorfentwicklungsplan aufnimmt und im Innern des Dorfes als Grünordnungsplan fortsetzen kann. Der Grünordnungsplan als Bestandteil der Dorfentwicklungsplanung kann von der Gemeinde als Selbstbindungsplan nach BauGB beschlossen werden. Bei der Durchsetzung der Maßnahmen und bei den Grünordnungs- und Bepflanzungsmaßnahmen der Gemeinde kann diese eine Vorreiterrolle übernehmen.

Die Beschäftigung mit ökologischen Fragen fallen nicht von Hause aus in den Bereich der Architekten. Interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen Fachleuten in der Praxis und im Studium sind

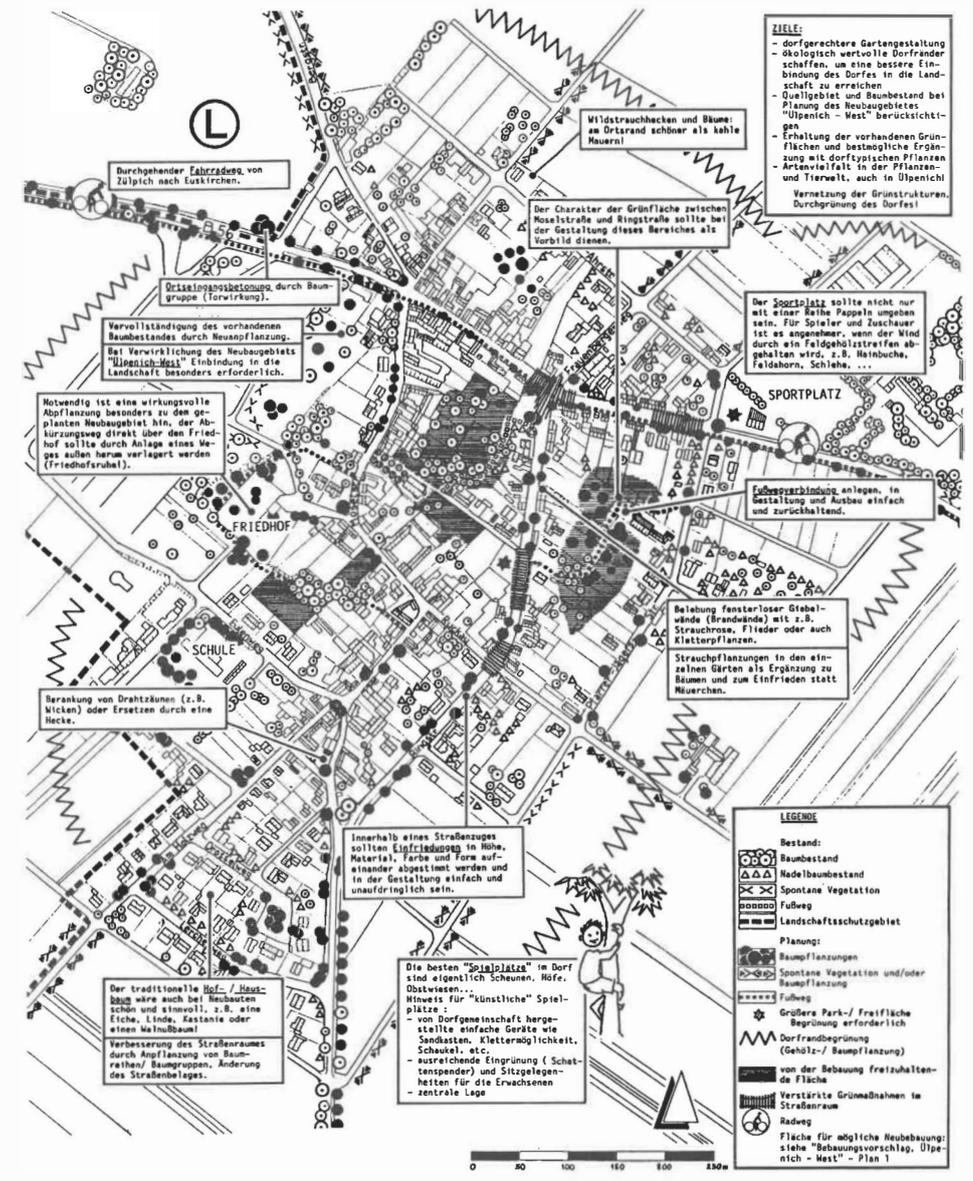


Abb. 6.1 Grün- und Freiflächenkonzept Ülpnich

unerlässlich. In Aachen konnten wir auf den Lehrstuhl für Landschaftsökologie und Landschaftsgestaltung an der Architektur fakultät zurückgreifen, mit dessen fachlicher Unterstützung z. B. durch »Übungsbegehungen« und methodischen Hilfestellungen das Thema »Dorfökologie« aufgearbeitet werden konnte. Wichtig erscheint es uns, praktikable Methoden und Herangehensweisen zu entwickeln und in eine verständliche Darstellungsform umzusetzen.

*Untersuchungspunkte Themenbereich »Dorfökologie«:*

- Naturräumliche Bestandsaufnahme / Wechselwirkung zwischen der bebauten Fläche und der Landschaft
- Wesensmerkmale des Landschaftsbildes, z. B. Topographie (Tallage, Berg rücken etc.), gliedernde Elemente (Alleen, Waldrand, Gewässer etc.),
- Kultureinflüsse und landschaftliche Eigenart
- Ortsrandgestaltung (intakte, verbesserungsbedürftige, gestörte Ortsrandbereiche sowie Verbund »Dorf – umgebende Landschaft«)
- Darstellung des Grün- und Freiflächensystems mit Aufzeigen von Konflikten und Gefährdungen und Darstellung ökologisch wertvoller bis ärmerer Bereiche
- Kartierung und Bewertung der Freiflächennutzung (Nutzgärten, Ziergärten, Hofflächen, Flächenversiegelung, Ruderalgrün etc.) (Abb. 6.2).
- Biotope

- Klima- und Wetterschutz
  - standortgerechte oder -untypische Bepflanzung
  - Wasser- und Abwassersituation
- Im Rahmen der Bürgerbeteiligung wurde auf bestehende Förderprogramme des Umweltschutzes hingewiesen, z. B. die Bezuschussung (bis zu 40% der Kosten) von Neuanlage und Wiederherstellung von Obstwiesen oder das Landesprogramm zum Schutz der Feuchtwiesen und das Schutzprogramm für Ackerwildkräuter (beide mit finanziellem Ausgleich der Bewirtschaftungseinbußen).

*Elemente der Dorfökologie*

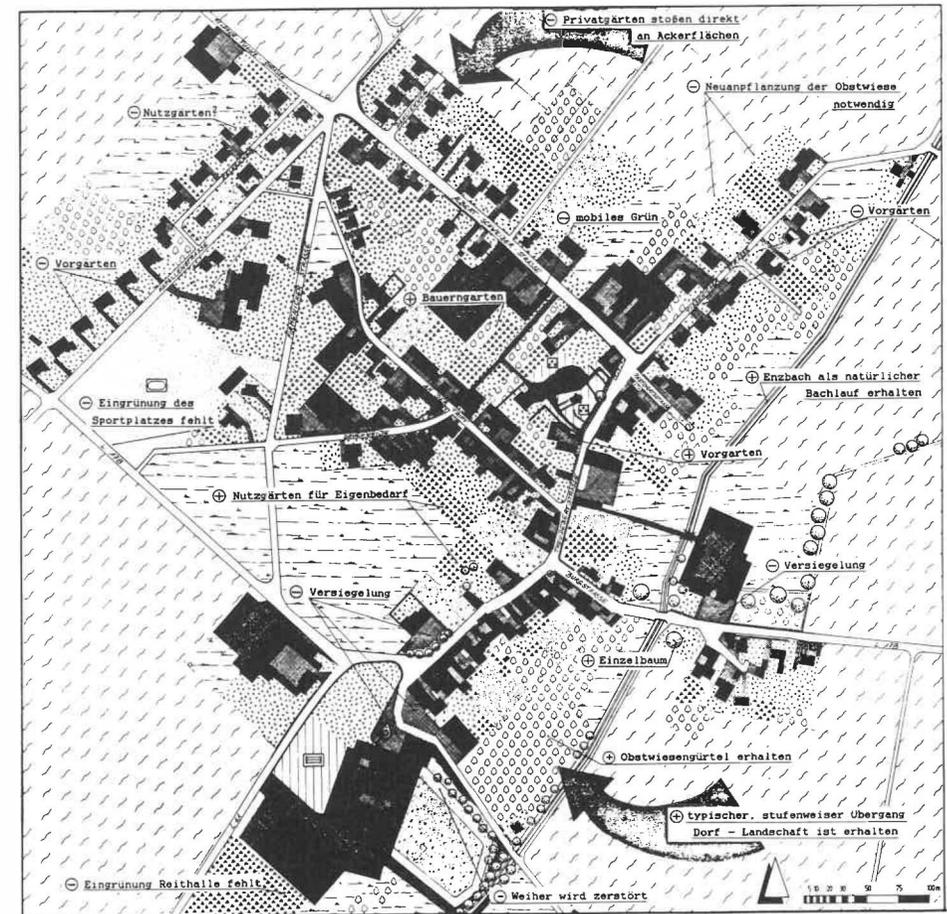
Bei der Darstellung ihrer dorfökologischen Konzepte und Maßnahmen wurden von den Studenten weitreichende Aussagen zu der Bedeutung der einzelnen »Elemente«, ihrem Schutz oder ihrer Weiterentwicklung gemacht. Informations- und Aufklärungsarbeit standen im Vordergrund der Abbildungen vom Trockenmauerwerk über Bauerngärten bis zur Versiegelung von Flächen.

*Beispiel: Auszüge aus den Themenkarten »Dorfökologie« der Gruppen Enzen, Ülpenich, Bürvenich*

*Ülpenich*

*(Text bearbeitet von Hildegard Schwab, Stephanie Hüvelmeier)*

Die großen ehemaligen Waldbestände in der Zülpicher Börde wurden schon im Mittelalter für die landwirtschaftliche



LEGENDE

Acker	Einzelbaum	Ziergarten
Weide	Hecke	Brachfläche
Obstgarten	Mauer	versiegelte Verkehrsfläche
Nutzgarten	Wiese	wassergebundene Verkehrsfläche

Abb. 6.2 Freiflächenanalyse Enzen

Nutzung gerodet. Die Bördelandschaft wirkt heute kahl und ausgeräumt.

Zusammenhängende ökologisch wirksame Grünflächen findet man, wenn

überhaupt, in den einzelnen Dörfern oder an ihren Ortsrändern.

In Ülpenich sind leider kaum noch prägende Grünbereiche vorhanden. Ein

Rückgang der Artenvielfalt in Pflanzen- und Tierwelt ist die Folge. Eine bessere Durchführung verbessert nicht nur Flora und Fauna, sondern trägt zu einem schöneren Ortsbild bei und erhöht zudem die Wohnqualität.

### 1. Bauerngärten

Der Bauerngarten hat eine wichtige Funktion für die Ökologie des Dorfes. Er war stets selbstverständlicher Teil des Bauernhofes, ermöglichte eine weitgehende Selbstversorgung mit Gemüse, Obst, Blumen etc. und trägt stark zum Erscheinungsbild des Dorfes bei (Abb. 6.3).

In den letzten Jahrzehnten nahm die Anzahl der Bauernhöfe um ungefähr die Hälfte ab, somit auch die Anzahl der Bauerngärten. Durch Verbreiterung der Dorfstraßen mußten oft Vor- und Wirtschaftsgärten dem Straßenbau weichen. In den Neubaugebieten entstanden hingegen »immergrüne« Gärten mit Koniferen und Zierrasen.

Wie man sieht hat sich dieser Trend in Ülpnich leider durchgesetzt. Die heuti-



Abb. 6.3 Bauerngarten

gen Gärten bestehen oft nur noch aus pflegeleichten Zierpflanzen, deren einziger Zweck das »Abstand-Halten zum Nachbarn« ist (Abb. 6.4).

Der Hausgarten kann und sollte wieder die Funktionsbereiche des typischen Bauerngartens enthalten.

Einteilung und Merkmale des bäuerlichen Gartens:

- a) Vor-/Ziergarten mit Zierstauden, Weinspalieren, einfachem Lattenzaun...
- b) Zierpflanzen auf dem Fensterbrett (innen und außen), Kübelpflanzen (mobiles Grün), ...
- c) Nutzgarten mit Gemüse, Kräutern, Schnittblumen, ...
- d) Feldgarten mit Grobgemüse (z. B. Kartoffel), meist am Rand des Ackers gelegen
- e) Obstwiesen: als wichtiger Bestandteil des Bauerngartens bilden sie hinter den Gehöften eine grüne Umkränzung des Dorfes (→ Ortsrand) und sind meist von Hecken umgeben.

Funktionen/Pflege der Obstwiesen:



Abb. 6.4 Standortuntypische Bepflanzung im Neubaugebiet

- nicht nur wirtschaftlich von Bedeutung
- prägen das Landschaftsbild des Dorfes
- bilden Ortsrand
- bilden interessante Biotope aus Kulturpflanzen, Wildpflanzen, umgebenden Hecken sowie einer eigenen Tierwelt
- dienen zur Grünfuttermittelgewinnung
- Beweidung, Hühnerauslauf, Wäschtrockenplatz
- pflegeleicht

Das Anlegen und Bewirtschaften eines Bauerngartens ist nicht von heute auf morgen erlernbar. Deshalb wäre eine bessere Hilfestellung (Literatur etc.) und Beratung wünschenswert.

### 2. Freilebende Tierwelt im Dorf:

Von den massiven Umwälzungen in der Natur ist nicht nur die Pflanzenwelt, sondern auch sehr stark die Tierwelt betroffen.

Die Artenvielfalt der Tierwelt ist durch folgende Faktoren gefährdet:

- a) Flächenverlust durch Besiedelung → Zerstörung naturnaher Biotope (Hecken, Streuobstwiesen, Heide, Feuchtwiesen...) hauptsächlich durch Überbauung mit Gebäuden und versiegelten Höfen / Wegen
- b) Veränderte Bauweise der Gebäude:
  - Fledermaus- und Vogelarten verlieren durch neue Bauweise bzw. renovierte Gebäude ihre Unterschlupfmöglichkeiten
  - Flachdächer: bieten keine Nistplätze

- Stützmauern: sind nicht mehr aus locker aufeinandergesetzten Natursteinen sondern aus fugenlosen Beton.

### c) Verlust an Grünstrukturen:

Die Artenvielfalt der Tierwelt ist abhängig von der Vielfalt der Grünstrukturen

- alte Bäume: wichtiger Brut- und Nahrungsbereich für viele Vogelarten, die aus dem Wald in die Dörfer eingewandert sind (Meise, Specht, Rotkehlchen, ...)
- zusammenhängende Grünstrukturen, die eine durchgehende Verbindung zwischen Dorfkern und Dorfumland schaffen (Wanderungsmöglichkeit der Tiere)
- Bauerngärten und Brachflächen: bedeutsam für die Gruppe der Insekten, Reptilien und Kleinsäuger.

### d) Verlust an Kleingewässern/Feuchtbiotopen:

- Dorfweiher nicht mehr vorhanden
- Begradigung / Kanalisierung des Dorfbaches

All diesen aufgelisteten Faktoren, die sich negativ auf die Artenvielfalt der Tierwelt auswirken (siehe auch Rote Liste), muß entgegengewirkt werden. Erhaltung und Schaffung geeigneter Lebensräume für die »dörfliche Tierwelt« sollte als wichtiger Aspekt in der Dorferneuerungsplanung mit enthalten sein.

### Bäume

Bäume können unterschiedliche Wirkungen erzielen:

- Einzelbaum: kann einen besonderen Ort markieren;

- Hofbaum: gehört traditionell in dieser Region zu jedem Bauernhof;
  - Baumreihe/Allee: können Kulissen bilden, geben der Wegführung die dritte Dimension;
  - Baumgruppe: wirkt stark plastisch;
  - Wald: in der Ebene tritt der Waldrand deutlich spürbar hervor, in der hügeligen Landschaft ist der Wald als flächendeckendes Polster wirksam.
- Bäume binden die Siedlung in die Landschaft ein, gliedern sie und bilden erlebbare Räume.

Wenn man durch Ülpenich hindurchfährt, fallen dem Betrachter nur die beiden kronenbildenden Eichen an der Straßengabelung Moselstraße/Ringstraße ins Auge.



Abb. 6.5 Raumbildend: der Einzelbaum

Ansonsten verfügt Ülpenich über sehr wenig ortsbildprägendes Grün. Das Vorhandene, eher niedrige Grün bildet nur kleine Teilräume. Erst eine Vernetzung dieser Bereiche schafft eine biologisch-ökologisch wirksame Durchgrünung des Dorfes.

Früher war es zum Beispiel üblich bei besonderen Anlässen (Hochzeit, Kindtaufe, etc.) einen Baum zu pflanzen. Es wäre schön, wenn diese alte Tradition wiederaufleben würde. Mit Hilfe eines jeden einzelnen Bürgers könnte die Grünstruktur Ülpenichs entscheidend verbessert werden (Abb. 6.5).

#### *Bürvenich*

(Text bearbeitet von Christoph Lesch, Erik Fiss, Irene Hack)

#### *Die Trockenmauer*

Neben dem ökologischen Aspekt ist die Trockenmauer im oberen Teil des Stephanusstraße in Hinsicht auf die Raumbildung von großer Bedeutung.

Die Trockenmauer besteht aus locker geschichteten Steinen ohne Mörtelfugen. Somit ist diese Mauer ein vom Menschen geschaffenes Felsbiotop. Sie stellt Gesamt- oder Teillebensstätten für zahlreiche Tierarten, z. B. Niststätten für wärmeliebende Insektenarten wie Wildbienen, Ameisen, Grab- und Töpferwespen in den bodengefüllten Mauerspalten in sonnenexponierter Lage dar. Außerdem haben sich zahlreiche Wildpflanzen hier angesiedelt.

Die Pflege dieser Mauer ist nicht sehr arbeitsintensiv. Zweimaliges Abmähen

im Jahr ist völlig ausreichend. Der Einsatz von Herbiziden ist zu unterlassen, da die Mauervegetation und der Samenvorrat völlig vernichtet würden.

Eine Vermörtelung der Fugen darf nicht geschehen, da sonst die Nistbedingungen erheblich beeinträchtigt werden. Die Befürchtung, daß Gehölze die Mauer sprengen, ist meist übertrieben. Sollte es dennoch geschehen, ist die Reparatur nicht allzu aufwendig.

#### *Mauervegetation*

Die Mauervegetation wird durch eine Vielzahl verschiedener wildlebender Pflanzen gebildet. Dazu gehört u. A. die Schwarznessel mit lila/rosafarbenen Blüten. Sie stellt eine typische Bauernpflanze dar und ihr Standort ist häufig in Mauerfugen zu finden.

Auch die Ackerwinde, die durch ihr üppiges Wachstum auffällt, wächst auf der Trockenmauer. Die Wildrose trägt mit ihren Wurzeln zur Stabilisierung des Untergrundes bei.

Als weitere Pflanzen sind noch der Rainfarn (ein Astergewächs), der Pyrenäenstorchnabel (ein Geraniengewächs), die Brennessel, die nickende Distel, die eigentlich selten im Dorf zu finden ist, sowie der Holunder zu nennen. Dieser bietet für viele Vogelarten Nahrung und wie die Heckenrose Nistplätze. Er sollte alle 5–10 Jahre zurückgeschnitten werden. Es muß also kein großer Pflegeaufwand betrieben werden.

Auch die ca. 2,40 m hohe Bruchsteinmauer, die zum Haus Piedmont gehört, bietet in ihren Mauerfugen Platz für

Spontanvegetation. Hier findet man u. a. Weidenröschen, Nelkenwurz, falschen Jasmin, Flieder und Efeu.

#### *Enzen*

(Text bearbeitet von Barbara Thiel, Marie-Theres Kruse)

Fußwege, Einfahrten und Innenhöfe sind die Lebensräume der typischen Dorf flora.

Gerade bei Hofflächen landwirtschaftlicher Gehöfte werden ästhetische und ökologische Nachteile häufig in Kauf genommen mit dem Argument, eine Hoffläche müsse funktionsgerecht und zweckmäßig gebaut sein. In »vortechnischer« Zeit waren diese Flächen meist unbefestigt und wurden bei Schlechtwetterperioden zu einem unangenehmen Morast.

Heute ist eine Befestigung selbstverständlich und unerlässlich, aber trotzdem kann auf eine Versiegelung verzich-

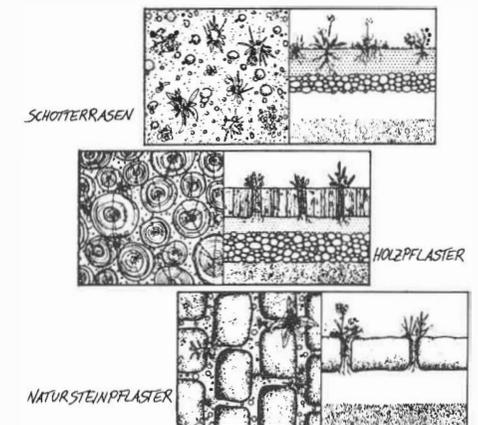


Abb. 6.6 Alternative Befestigungsarten



Abb. 6.7 Noch die Regel: hoher Versiegelungsgrad

tet werden zugunsten einer wassergebundenen Decke aus verdichtetem Splitt oder großlagig gesetztem Pflaster. An den Rändern und den Fugen können sich so typische Pflanzen spontan ansiedeln, und das Regenwasser kann anstelle

in die Kanalisation abgeführt zu werden ins Grundwasser absickern.

Die gleichen Alternativen gelten auch für Fußwege, Vorplätze und Garagenzufahrten (Abb. 6.6).

Bei jeder Hofffläche sind Funktion und gestalterische Gesichtspunkte miteinander vereinbar. Es ist möglich, die Fläche in stark beanspruchte, mäßig beanspruchte oder kaum beanspruchte Flächen zu unterteilen und dadurch eine Gestaltungsvielfalt zu erreichen: Während die Fahrflächen z. B. mit einem tragfähigen Pflaster befestigt werden reicht für die weniger belasteten Flächen ein großfugig verlegter Belag. Die übrigen Bereiche können als Grünfläche dienen (Abb. 6.7).

## 7. Dorfhistorische Untersuchungen

Über die Rekonstruktion der Dorfgeschichte und speziell der Siedlungsgeschichte zu einem frühen Zeitpunkt in der Projektbearbeitung erhalten die Studenten einen direkten Zugang zum Dorf. Die festgestellten Brüche oder Kontinuitäten in der Siedlungsstruktur lassen sich erklären; besondere kulturhistorische Werte von Bau- und Naturdenkmälern oder bedeutenden »sozialen Orten« werden deutlich. Die dorfhistorischen Untersuchungen helfen mit, Erklärungs- und Verständnismuster für heutige Phänomene wie die Herausbildung der baulich-räumlichen Strukturen, Parzellierungs- und Eigentumsformen, Bewirtschaftungsformen, sozial-kulturellen Besonderheiten oder regionalen Arbeits- und Lebensformen zu finden.

Durch die Aufarbeitung von Fragen der Dorfgeschichte wird auch der Kontakt zu den Bewohnern hergestellt. Gerade im Dorf ist die Geschichte des Ortes auch immer bewußt erlebter Teil der eigenen Geschichte, der Familiengeschichte oder der Geschichte der Hofanlagen. Bereits in den ersten Gesprächen mit den Schlüsselpersonen zeigt die Frage nach der Dorfgeschichte das Interesse des Außenstehenden, das Dorf kennenzulernen. Das Zuhören bei den Dorfgeschichten verlangt Zeit, schafft aber

auch großes Vertrauen und dem »Planer von außen« einen Einstieg.

Bei den ersten Bürgerversammlungen begannen die Studentengruppen mit einem Vortrag zur Dorfgeschichte. Es wurden »Dorfchroniken« zusammengetragen, Karten über die verschiedenen Phasen der Siedlungsentwicklung vorgestellt sowie Denkmäler, historische Gebäudeformen oder erhaltenswerte Ortsstrukturen herausgearbeitet. Diese mühevollen Arbeit wurde von den Dorfbewohnern besonders anerkannt.

Hat die Aufarbeitung der Geschichte auch den schönen Nebeneffekt einer »Vertrauensbildung«, so hat doch in erster Linie die spätere Konzeption von diesen Vorarbeiten profitiert und einen Handlungsrahmen für die Ortsbild- und -strukturplanung aufgezeigt:

Kann die Stellung der Gebäude im älteren Ortskern zu günstigen Wetter- und Klimatalagen und die Ausnutzung altbewährter Lagevorteile als Beispiel für die Ausrichtung in den neu zu erstellenden Bebauungsplänen dienen?

Müssen aus klimatischen Gründen bestimmte Muldenlagen freigehalten werden?

Liefert die Grundform des Dorfes und deren Wachstumsstufen (Straßendorf; Haufendorf; von einem Kern ausgehen-

des Wachstum etc.) Anhaltspunkte für bestimmte Raumbildungen oder Kriterien für eine Dorferweiterung?

Welche Grundzüge des Wege- und Straßennetzes haben sich in der Vergangenheit herausgebildet? Gibt es historisch bedeutsame, erhaltenswerte Grundrißformen?

Welche Phasen der Bauentwicklung prägen das Dorf? Nahm die Neubautwicklung die Grundrißform des Dorfes aus und entwickelte diese weiter bzw. zu welchen Brüchen kam es?

Wie sah der Dorfplatz z. B. vor dem Ausbau der Bundesstraße aus und lassen sich Ansätze für eine Umgestaltung in der früheren Benutzbarkeit, Gestaltung und Bepflanzung finden? usw.

Als Quellen für die umfangreichen Recherchen dienen ortsbezogene oder regionale Literatur und Chroniken, Materialien der Stadtarchive, altes Fotomaterial aus städtischen, kirchlichen oder privaten Beständen sowie die Sammlung historischer Flur- und Katasterkarten.

Die nachfolgenden Beispiele sind jeweils Auszüge aus den Themenkarten zur »Dorfgeschichte«.

*Darstellung der historischen Siedlungsentwicklung*  
*Beispiel: Niederelvenich (vgl. Abb. 7.1)*

*(Text bearbeitet von Christiane Conrady, Afra Creutz, Reiner Quabeck)*

Die Ortsanlage Niederelvenich entwickelte sich wahrscheinlich im Hochmittelalter in der Nähe einiger größerer Lehenshöfe. Diese Höfe waren Lehensträger der Abtei Prüm. In Niederelvenich lagen 4 von insgesamt 14 Prümer Lehenshöfen um Wichterich: Haus Busch, der Talhof, der Probsthof und der Weidendorfhof. Niederelvenich entwickelte sich aus unregelmäßig angeordneten Fachwerkhöfen des 17. Jh., giebelständigen Fachwerkwinkelhöfen des 18. und 19. Jh. (z. B. Wichtericherstraße 1), sowie einigen Backsteinöfen des 19. Jh. im Ortskern zur heutigen, recht dichten Bebauung im alten Ortsteil. Ältere Bausubstanz ist wegen der Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges nicht erhalten.

Die ältesten erhaltenen Zeugnisse gewerblicher Tätigkeit auf Zülpicher Gebiet sind die mittelalterlichen Mühlengräben, die vom natürlichen Bachlauf abzweigt wurden, um bei gleichmäßigerem Verlauf und Gefälle die Wasserversorgung konstant zu halten und den Wasserdruck regulieren zu können. Solche Gräben existieren auch bei Niederelvenich.

1808

Der alte Ortsteil, bestehend aus Wichtericher-, Kessel-, Tal- und Pützstraße, ist in seiner bis heute erhaltenen Struktur schon vorhanden. Die Bebauung war jedoch recht locker und für damalige Verhältnisse sehr kleinteilig.

Der Probsthof und Weidenhof, zwei der Lehenshöfe um die sich Niederelvenich entwickelt hat, lagen im heutigen Orts-

kern. Ihre exakte Lage ist jedoch in der Karte von 1808 nicht mehr zu erkennen. Als ehemals geistlicher Besitz wurden sie während der französischen Besatzung säkularisiert, im 19. Jh. parzelliert und danach abgebrochen.

Auch Haus Busch und die Buscher Mühle existierten bereits, doch gab es damals keine direkte Verbindung zwischen dem Dorf und Haus Busch.

1893

Die Bebauung an der Wichtericher Straße hat sich in Richtung Oberelvenich ausgedehnt. Überhaupt ist eine starke Verdichtung der Bebauung im gesamten Dorfbereich zu verzeichnen. Wahrscheinlich hat die inzwischen angelegte Eisenbahntrasse eine Ausdehnung des Dorfes in Richtung Norden verhindert.

1938

Die im spitzen Winkel Richtung Westen führende Ausfallstraße zwischen der heutigen Marienstraße und der Wichtericher Straße ist verschwunden. Die Ausfallstraßen Richtung Norden über die Eisenbahntrasse verlieren an Bedeutung.

Eine Brücke über den Rotbach verbindet nun Haus Busch mit dem Dorf. Die Bebauung ist im wesentlichen unverändert, sie erscheint lediglich etwas gelichtet.

1961

Der alte Ortskern hat seine Struktur erreicht, wie er auch heute noch im großen und ganzen besteht. Seit 1938 sind keine tiefgreifenden Veränderungen eingetreten. Nur der Bereich Buscher Mühle hat sich vergrößert und orientiert sich nun stärker zum Dorf.

Der Sportplatz auf der anderen Seite des Rotbachs in der Nähe des Haus Buschs ist bereits entstanden.

1968

Auf Teilen der ehemaligen Eisenbahntrasse entsteht die heutige Wilhelm-Falckenberg-Straße. Sie verläuft ungefähr parallel zur Wichtericher Straße. Damit ist die Abgrenzung im Norden aufgehoben und der Ort beginnt, sich zu vergrößern. Merkwürdigerweise wird die Neubebauung jedoch nicht an den bestehenden Ausfallstraßen, d. h. der Verlängerung der Talstraße und der Marienstraße, entlang geführt. Die Erweiterung beginnt vielmehr recht zusammenhanglos zum alten Ortskern im nordöstlichsten »Zipfel« des Siedlungsgebietes.

Im Nordwesten beginnt eine zweite Erweiterung zunächst mit öffentlichen Gebäuden. Hier entsteht 1966 eine neue Schule (heute Kindergarten) und die erste eigene Kirche Niederelvenichs.

1986

Die Anfang der 60er Jahre begonnenen Erweiterungsgebiete sind nun zum größten Teil aufgefüllt. Dabei sind die einzelnen Gebiete zwar ans Dorf herangewachsen, doch bilden sie insgesamt kein zusammenhängendes Siedlungsgefüge.

Leider wurde es versäumt, die Südstraße bis in den Ortskern hineinzuführen. Nachträglich ist diese Sackgassensituation schwer rückgängig zu machen.

Von Wichterich kommend hat das Dorf durch das ausladende Neubaugebiet keinen rechten Anfang mehr.

Die Neubauten in den Erweiterungsgebieten wurden bisher als freistehende, zurückliegende Einzelhäuser errichtet. Hierdurch weisen die »Neubaugebiete« ein vom alten Dorfkern stark abweichendes Straßenbild auf. Es ist überwiegend von Vorgärten mit standortuntypischen Gehölzen geprägt.

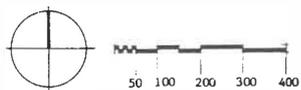
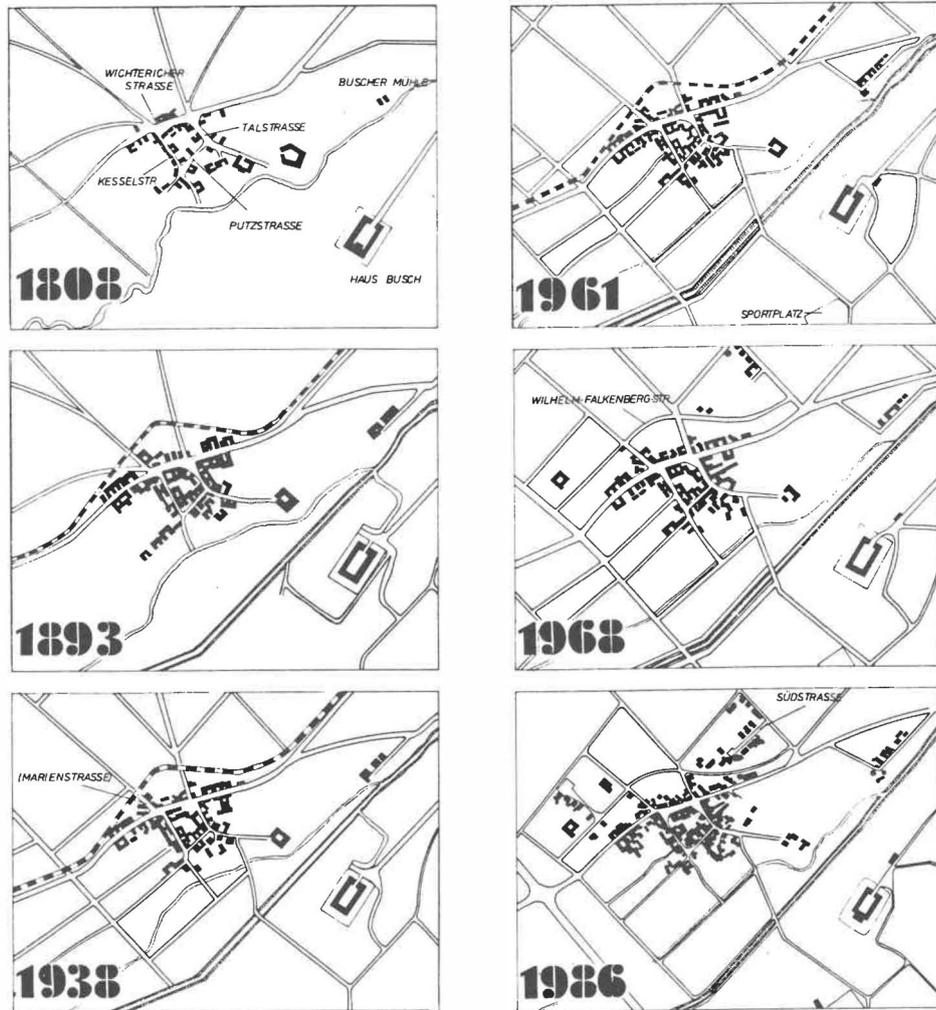


Abb. 7.1 Siedlungsentwicklung Niederelvenich

Darstellung historischer Gebäude- und Haustypen

Beispiel: Auszug Sinzenich

(Text bearbeitet von Holger Müller, Brigitte Lammertz)

Bei den in Sinzenich aus dem 17. und 18. Jahrhundert erhaltenen Häusern handelt es sich bis auf den Klosterneubau (Bruchsteinbau) um Fachwerkhäuser. Die giebelständigen Fachwerkhäuser bestehen aus 2 bis 3 Räumen: Stube und Herdraum bzw. Stube, Herdraum und Kammer. Die Häuser sind seitlich erschlossen. Das Obergeschoß war entsprechend dem Erdgeschoß in 2 oder 3 Räume aufgeteilt, die als Schlafraum oder Vorratsspeicher benutzt wurden (daher: Wohnspeicherhaus) (Abb. 7.2).

Beim Wohnstallhaus wurde an Herdraum oder Kammer in Firstrichtung ein Stall angebaut. Wohnhaus und Stall waren jedoch nie (anders als z. B. beim niederdeutschen Hallenhaus) durch eine Tür verbunden.

In Folge der Siedlungsverdichtung entstand seit dem 17. Jh. die Tendenz, ein-

zelne Gebäude zu Hofanlagen zusammenzuschließen. Als einfachste Form entwickelte sich die Winkelhofanlage: an ein giebelständiges Wohnstallhaus schloß an der Hofrückseite im rechten Winkel eine Scheune an (Abb. 7.3).

Bei Bedarf entstanden aufwendigere Hofanlagen: Drei- bzw. Vierseitenhöfe. An der 3. Hofseite wurde parallel zum Wohnstallhaus ein weiteres Wirtschaftsgebäude errichtet. Und/oder es wurde straßenseitig an das Wohnhaus ein Querflügel mit Zufahrt angebaut.

Während vor 1620 vorwiegend giebelständige Häuser entstanden, ging man von der Mitte des 17. Jh. an mehr zu der traufständigen Anordnung über. Damit wurden räumliche Veränderungen innerhalb des Hauses eingeleitet. Da das traufständige Haus den Hofraum zur Straße hin abschloß, entstanden nun überbaute Tordurchfahrten. Die Wohnhäuser wurden nicht mehr vom Hof, sondern von der Straße aus erschlossen. Vom Herdraum wurde ein Flur abgetrennt, der Herdraum wurde zur Küche (Abb. 7.4–7.5).

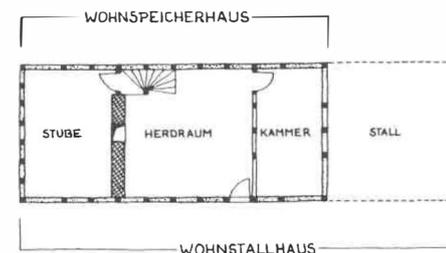


Abb. 7.2

EHEMALIGES WOHNSTALLHAUS 17. JH. KOMMERNER STR 3



Abb. 7.3



WINKELHOFANLAGE

WOHNHAUS 17. JH.  
KOMMERNER STR 74

Abb. 7.4

TRAUFSTÄNDIGES FACHWERKHAUS 18. JH.  
ÜBERBAUTE TOR DURCHFART UM 1900, KIRCHSTR 4

Abb. 7.5

Still ruht die Stadt.  
Es wogt die Flur.  
Die Menschheit geht  
auf Reisen oder wandert  
oder wandelt nur.  
Und die Bauern vermieten  
die Natur zu  
sehenswerten Preisen.  
Sie vermieten  
den Himmel, den  
Sand am Meer,  
die Platzmusik der  
Ortsfeuerwehr und  
den Blick auf die Kuh  
auf der Wiese.  
Limousinen rasen hin  
und her und  
finden den Weg nicht  
mehr zum verlorenen  
Paradiese.

Erich Kästner:  
Der Juli (1955)

## 8. Dorfgestaltung: weniger ist mehr

Die uneingeschränkte Übertragung städtischer Gestaltungsmaßnahmen und ästhetischer Leitbilder auf das Dorf wird derzeit mehr und mehr kritisiert. Nach der jahrzehntelangen Anpassung des Dorfes an städtische »moderne« Maßstäbe und der Zerstörung bestehender Strukturen, geht man nunmehr in Richtung einer erhaltenden Bewahrung des Dorfes. »Dorf soll Dorf bleiben« heißt es und gemeint ist eine Restauration des äußerlichen Bildes.

Einpassung der Baumaßnahmen in das Ortsbild, Zurückweisen von ortsuntypischen Materialien, breittufige Pflasterung des Dorfplatzes und Requisiten der Vergangenheit von der Handpumpe bis zum Wagenrad werden gefordert. Wieder will man von außen dem Dorf »etwas Gutes tun« und ist überrascht, wenn die in der Bestandsaufnahme entdeckten und überzeugt vorgetragenen »Werte« des Dorfes von den Dorfbewohnern selbst nicht gesehen werden. Zulang hat man sich bei der Modernisierung des Dorfes vom Vorteil städtischer Werte, vom Vorgarten bis zur Verwendung pflegeleichter Materialien, überzeugen lassen. Die »Verstädterung des Geschmacks« soll nun durch Bewußtseins- und Aufklärungsarbeit wieder »verländlicht« werden.

Für die Studenten stellte es eine schwierige Aufgabe dar, Gestaltungskriterien zu finden, die nicht nostalgisch verklärt eine neue »Inszenierung des Ländlichen« (Manfred Kühn, in: Kommune 11/1988) hervorbringen. Welche neuen (alten) »dörflich-ländliche« Leitbilder können der Planung zugrunde gelegt werden?

### *Gebrauchsqualität vor Gestaltqualität*

Weder planerische Ordnungsvorstellungen noch bewußter Gestaltungswille haben die Siedlungsstruktur der Dörfer entscheidend geprägt. So treten auch bei heutiger Betrachtung von außen die ästhetisch-gestalterischen Qualitäten hinter den Gebrauchswerten und Aufenthaltsqualitäten der öffentlichen und privaten »Freiräume« zurück. Charakteristisch für die Dörfer sind die zahlreichen unverplanten »Ecken und Räume«, die jederzeit eine Aneignung durch die Bewohner zulassen (z. B. Pacht). Die vielfältige Nutzung und die hieraus abgeleitete »Gestaltung« der Freiräume durch die Dorfbewohner macht den »Reiz« der dörflichen Struktur aus und läßt sich schwer in planerische Kategorien fassen. Gute Beispiele für ihre Umsetzung in Be-

bauungsplanungen sind entsprechend selten.

Die architektonischen »Werte« in der Region treten vor den Qualitäten in der Nutzung und Benutzbarkeit der privaten und öffentlichen Räume zurück. Lediglich Einzelgebäude und Details haben »Denkmalwert« (Abb. 8.1).

Die individuellen Bauformen und Gebäudegestaltungen – vor allem im Ortskern – zeigen als verbindendes Merkmal eine Unterordnung und Einbindung in das Gesamtgefüge. Im Gegensatz zu den Neubaugebieten an den Dorfrändern zeigt sich Individualität hier nicht in auffälliger Hervorhebung, sondern eher durch kleine Gesten wie handwerkliche Schnitzereien, Pilasterverzierungen beim Ziegelmauerwerk u. ä. oder durch ablesbare »Geschichten« (wie die krumme Hauswand, die aus Freude über die Nachkommenschaft unter Alkoholeinfluß aus der Flucht geriet). Die unterschiedlichen Größen der Anwesen wurden nicht durch Wohnflächenanteile bestimmt, sondern durch landwirtschaftliche oder gewerbliche Betriebsgrößen. Große Gebäude als Ausdruck von Reichtum waren so immer eng mit dem Arbei-



Abb. 8.1 Bauernhaus 17. Jh., Bürvenich

ten und Wirtschaften und nicht mit dem Wohnen verknüpft (Abb. 8.2).

#### *Historischer Entstehungskontext und naturräumliche Bedingungen*

Die jeweiligen Lebens- und Wirtschaftsweisen, die Verarbeitungstraditionen von Baustoffen und deren Verfügbarkeit und – als tiefer Einschnitt – die Industrialisierung der Baustoffproduktionen und Verarbeitungstechniken sowie deren Verbreitung über die neuen Transportmittel sind nur einige Grundvoraussetzungen für die Prägung zeittypischer, in der Region vorfindbarer baulicher Ausdrucksformen.

Neben den zeittypischen Erscheinungen von Bauprodukten und Baugestaltung (wie selbst der Einzug gründerzeitlicher Stuckverzierungen ins Dorf) haben naturräumliche Bedingungen und Besitzverhältnisse die Bauformen gerade im Dorf nachhaltig beeinflusst:

- Topografie und Klima: Bauen orientierte sich an Wasserläufen, Besonnungsverhältnissen, Wind- und Weterschutz;
- Bodenbeschaffenheit: die hochwertigen Ackerböden wurden aus der Bebauung ausgeklammert;
- Besitzverhältnisse: Realteilungsverfahren führten zur kleinteiligen, engen Dorfstruktur u. ä.

Führten diese Bedingungen zum individuellen und unverwechselbaren Erscheinungsbild der Dörfer, so lassen sich auch verbindende gestalterische Elemente feststellen: die allgemeine Wahrung von Maßstab und Proportion, eine erkenn-

bare Ablesbarkeit der Nutzungen am Gebäudemaßstab und einheitliche Dachformen und Konstruktionen.

#### *Einfache Bautypen*

Die meisten Dörfer der Region entstanden als Straßendörfer; entlang einer Straße reihten sich die geschlossenen Hofanlagen aneinander. Mit wachsender Bevölkerung und im Zuge der Realteilung wurden zwischen den Gehöften und zum Ortsrand hin weitere Gebäude errichtet, zum Wohnen aber auch mit neuer handwerklicher oder gewerblicher Nutzung. So entstanden in den Ortskernen die geschlossen wirkenden Straßenzüge, die auch heute noch das Ortsbild prägen. Aufgelockert wird die geschlossene Straßenfront durch bis zur Straße vordringende Obstwiesen, Weiden und Gärten, die zumeist durch Hecken und Mauern, seltener durch Zäune zur Straße hin begrenzt werden. Die allseitig umschlossenen Höfe liegen mit dem Wohngebäude und den typischen Toreinfahrten zur Straße hin. Oft grenzen noch zusätzlich die fast geschlossenen Mauern der Wirtschaftsgebäude an das Wohnhaus an.

Die Bebauung ist in der Regel ein- bis zweigeschossig und steht traufständig mit Satteldächern (35–40 Grad) zur Straße hin. Prägend für das dörfliche Ortsbild sind die zahlreichen Nebengebäude sowie die Spuren von Um-, An- und Ausbauten an fast allen Häusern. Die ursprünglichen Materialien der Ziegel- und Putzbauten werden daher oftmals durch moderne Materialien aus

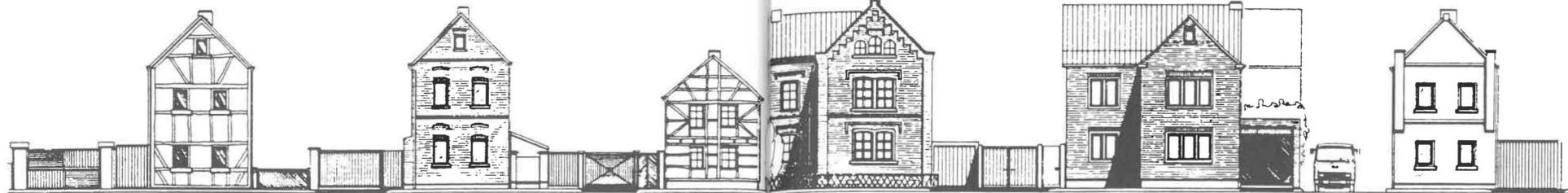
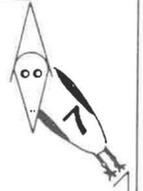
dem Baumarkt verkleidet. Insgesamt wirken sowohl die Dächer als auch die Fassaden recht glatt und geschlossen. Vorsprünge und Einschnitte stellen die Ausnahme dar. Die Bebauung im »Ortskern« erzeugt insgesamt ein Bild der Maßstäblichkeit und Einheitlichkeit trotz der »Stilbrüche« und Beliebigkeit in der Materialwahl und Detailgestaltung.

Dieses geschlossene Bild verliert sich zum Ortsrand hin: Die Neubaugebiete mit der vorherrschend offenen Bauweise stehen zumeist ohne gestalterische Bezüge zum Ortskern. Die ein- oder zweigeschossigen Einfamilienhaustypen sind oft Ausdruck der individuellen Vorstellung vom modernen Bauen und Wohnen. Gemeinsam ist ihnen mit den Gebäuden im Ortskern eine gewisse Maßstäblichkeit aufgrund der Gebäudehöhe sowie eine überwiegend einfache Konstruktions-/Bauweise. Diese konventionelle Bauweise erleichtert in besonderer Weise die Selbst- und Nachbarschaftshilfe beim Häuserbau (Abb. 8.3).

#### *Vielfältige Nutzungen*

Als »dorftypisch« sind die großen Grundstücke (35% bis 50% über 700 qm) im Ortskern anzusehen, die in der Regel einen langen und schmalen Parzellenzuschnitt haben. So wurde der Anteil am »teuren« Straßenland reduziert und das hintere Grundstück (früher meist mit direktem Zugang zu weiteren landwirtschaftlichen Flächen) für Vieh oder Garten nutzbar. Bei den Gebäuden entsteht aufgrund dieser Grundstücks-

# Die charakteristische Dorfgestalt: Summe einer typenbezogenen Entwicklung



1) Der typische, giebelständige, vielfach variierte Heustyp war ca. 4.70 m breit und hatte eine Traufhöhe von ca. 6 m. Dachneigung: 45°. Ursprünglich überwiegend in Fachwerkbauweise.

Der selbe Typ wie 1), jedoch mit verbliedtem Giebel. Die Fenster sind immer in der Senkrechten ausgerichtet. Eine stark ausgeprägte Fensterbank nehmen die profilierte Fensterbank nehmen dem Fenster den "Lochcharakter". Auch die überall geringen Traufüberstände betonen das Sich-Einfügen in den Rhythmus Haus - Mauer - Haus: Individuell im Detail u. homogen in der Gesamtheit.

Für die Mächtigkeit bedeutsame Gebäude (z.B. Pfarrhaus) nehmen den sie umgebenden Bautyp auf, variieren ihn aber entsprechend. Hier: Profilerte Werksteinfenstergerände, Backsteingmaße, Blendfeldgliederung, Überfangbögen, rossenfenster. Das nebenstehende Fachwerkhaus ist das Pfarrhaus durch seine zurückgenommene Größe entsprechend dominant wirken, obwohl das Pfarrhaus nicht größer als die normalhohe Bebauung ist.

Ecksituationen erfordern eine besondere Detailierung. Hier mit Doppelgiebel zu beiden Straßenseiten hin. Anders als bei 1), 2): Geschosweise straßenseitig verbirgt sich EIN großer Raum. Daher variierte Fensterausgestaltung. Aber auch hier: Senkrechte, stehende, ausgeprägte Werksteingewände, einheitliche Proportionen.

Grundtyp wie 1), 2), jedoch aufwendigere Detailierung: Weagerechte Backstein-Zonierung, Betonung der Senkrechten durch vorgesetzte Eckpfeiler, typische, klare Sockelausbildung.



Typische dreiflügelige Hofanlage um einen Innenhof. Die Straßenseite ist z. T. verblied. Fensterausgestaltung, Anordnung und Höhenverhältnisse wie Umgebung, jedoch 3-achsig. Fenster-Klapppläden geben dem Fenster optisch noch mehr Halt und gliedern die Fassade.

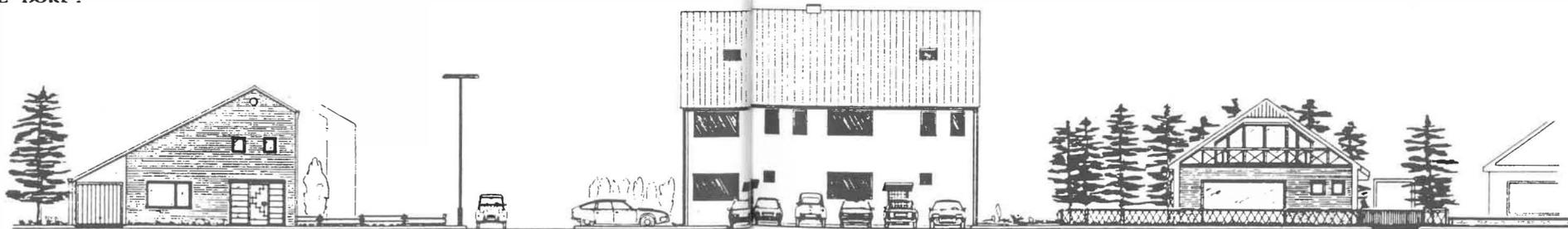
Auch dieses Haus ist ortstypisch im Rhythmus Haus-Mauer-Haus usw. eingebunden. Die profilierte abgebildeten Fenster mit den Klapppläden gliedern die sonst schlichte Fassade.

Die typische Hofanordnung mit der Tordurchfahrt an der Straßenseite bedient sich der gleichen Gestaltungsmittel wie die umliegende Bebauung. Kombinationen von Fachwerk u. Mauerwerk trifft man häufiger an. Zur Straßenseite hin wird der giebelständige Teil mit großen Formenreichtum variiert. Die Grundproportionen der Hoffront behalten jedoch immer den örtlichen Charakter.

Das Verhältnis von Straßenraumbreite zu Traufhöhe bewegt sich zwischen 0.7 und 1.7. Ist die Straße nicht zu stark befahren, reicht dies auch für das Ein- u. Ausfahren landwirtschaftlicher Maschinen. Der Straßenraum wirkt gehalten u. homogen.

## DAS NEUE DORF?

11)



Vorstadtsiedlungs-Charakter. Dieses Haus kann im Prinzip überall stehen. Keine Rücksicht im Detail auf ortstypische Gestaltung (Erschließung, Türen, Fenster). Der gepflegte Vorgarten erfordert einen Zaun. Die Einheiten wirken abgegrenzt, introvertiert. Der solitär stehende Nadelbaum verstärkt diesen Eindruck. Er ist hier NICHT Markierung eines spezifischen Teilraumes, öffentlichen u. sozialen Kontaktbereichs.

Die Straßenraumproportion ist hier ganz u. gar ortstypisch (3.3). Dieser Bereich wirkt wie "Niemandland". Die Straße büßt ihren örtlichen, ordnenden, leitenden u. sozialen Charakter ein. Der Straßenraum wirkt, noch verstärkt durch die senkrecht angeordneten Parkbuchten, heterogen.

Die Gestaltung dieses Mehrfamilienhauses nimmt keine Rücksicht auf die Umgebung, Fensterformate, Gesimse, Türen usw. werden wahllos durcheinander verwendet. Es stünde besser am Stadtrand zwischen anderen Mehrfamilienhäusern dieses Typs.

Das Einfamilienhaus inmitten eines Fichtengürtels mit Garten ist hier völlig dorftypisch. Es bezieht sich ausschließlich auf sich selbst (wie 11).



form (bis auf die Ecktypen) eine eindeutige Vorder- und Rückseite, d.h. eine der Öffentlichkeit zugewandte Straßenseite und eine private Seite, die durch die Tiefe der Grundstücke noch in verschiedene Nutzungszonen wie Hof, Ziergarten, Nutzgarten etc. eingeteilt werden kann. Insbesondere auf dieser privaten Rückseite können die Bewohner ungehindert ihre Nutzungs- und Gestaltungsvorstellungen verwirklichen, ohne daß das dörfliche Gesamtbild gestört wird. In Anbauten und Nebengebäuden kann zusätzliche Wohnfläche geschaffen werden, können Kleintiere gehalten und vielfältigen Hobby- und Freizeitbeschäftigungen nachgegangen werden. Ebenso finden gewerbliche oder handwerkliche Nutzungen hier ihren Platz. Insbesondere die alten Hofanlagen bieten auch nach der Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebes reichlich Raum für vielfältige Nutzungen, Wohnen und Arbeiten unter einem Dach oder auch das Zusammenleben mehrerer Generationen oder Familien ist hier problemlos möglich (Abb. 8.4–8.6).

Die Nutzungsvielfalt und Anpassungsfähigkeit der alten Bebauung im Ortskern stellt im Vergleich zum Neubauge-

biet eine entscheidende Qualität dar. Die meist freistehenden Einzelhäuser auf den vergleichsweise kleineren, quadratischen Grundstücken werden in der Regel nur noch monofunktional als Wohngebäude genutzt. Die nach allen Seiten offenen Grundstücke erlauben nicht den gleichen zwanglosen Umgang mit dem eigenen Besitz. Vergleichsweise »nutzlose« Vorgärten müssen hergerichtet werden. Gegenseitige Störungen durch Hobbies, Tierhaltung oder handwerkliche Tätigkeiten sind leichter möglich und zwingen zu Abgrenzungen in Form von Mauern, Zäunen, Sichtschutzwänden (Abb. 8.7).

Durch die Festlegung der Neubaugebiete auf eine einheitliche Gesamtstruktur könnte die »Willkür« vermieden werden. Gleichzeitig sollte eine an den Gebrauchsqualitäten orientierte Vielfalt der Nutzungsangebote zugelassen werden, um Monotonie zu verhindern. Eine Möglichkeit wäre es, wie im alten Dorf, die zur Dorfföflichkeit gewandte Vorderseite unter der Leitidee der »Einfügung« zu stellen; Ausdruck der privaten Rückseiten wäre die »Vielfalt«.

Mit der Erstellung einer Gestaltungsfibel (als »weicheres« Instrument im Ge-



Abb. 8.3 Straßenraumabwicklung: einfache Bautypen, Einbindung und Unterordnung in das Gesamtgefüge

gensatz zum verordneten »harten« Instrument der Gestaltungssatzung) kann eine hilfreiche Anleitung für die Beratungstätigkeit gegeben werden. Die Gestaltungsfibel sollte an die örtlichen Architekten verteilt, bei der Beratung von Bauvoranfragen/-genehmigungen herangezogen und über Verschönerungsvereine u.ä. in den Dörfern bekannt gemacht werden.



Abb. 8.4 Vielfältige individuelle Anbauten



Abb. 8.5 Nutzgärten



Abb. 8.6 Kleintierhaltung

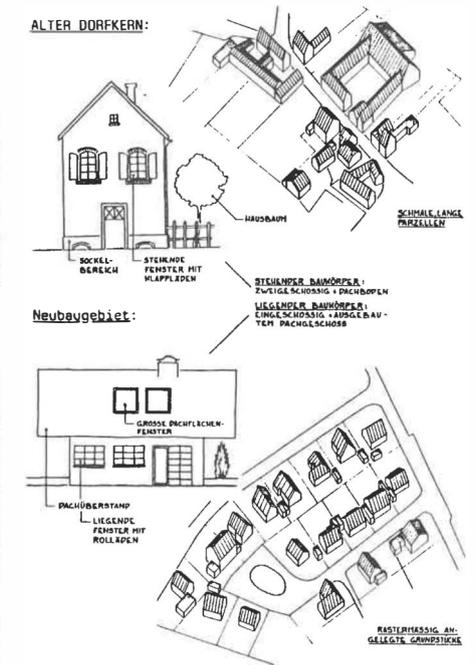


Abb. 8.7 Parzellierung Dorfkern – Dorfrand

## 9. Dorf als sozialer Raum – Sozialräumliche Elemente und ihre Gebrauchswerte –

Die verbindende Kraft im Dorf war über Jahrhunderte hinweg die ökonomische Abhängigkeit von der Landwirtschaft. Trotz unterschiedlichem Besitzstand und dem damit verbundenen Ansehen bestand für alle Dorfbewohner gemeinsam die existentielle Notwendigkeit, mit den Unwägbarkeiten der Natur fertig zu werden und das Einbringen der Ernte sicherzustellen. Durch den wirtschaftlichen Wandel verlor dieses »Aufeinander-Angewiesensein« seine Bedeutung und konnte zunehmend durch freiwillige soziale Kontakte abgelöst werden. Um die Jahrhundertwende nahm das Vereinsleben seinen Aufschwung. In den meisten Dörfern existieren heute zahlreiche – oft traditionelle – Vereine, die Gelegenheit zu sportlichen und kulturellen Aktivitäten und geselligem Beisammensein bieten. Die regelmäßig veranstalteten Dorfeste (z. B. Herbstkirmes) finden selbst bei den Zugezogenen regen Anklang.

Als Selbstverständlichkeit gelten im Dorf die gegenseitige praktische Nachbarschaftshilfe sowie handwerkliche Hilfeleistungen und Erntehilfen. Gleichbedeutend mit den »außerhäuslichen« Kontakten ist für die Dorfbewohner der familiäre Zusammenhalt innerhalb des Ortes. Wenn auch nicht mehr das Generationenwohnen unter einem Dach die Re-

gel ist, so wohnen dennoch häufig die Eltern und Geschwister »um die Ecke«. Neben den stark ausgeprägten verwandtschaftlichen Beziehungen sind es vor allem die Kontakte in Nachbarschaft und Vereinen, die die Bindung zum Dorf herstellen. Hier finden sich Formen der Nachbarschaftshilfe von der Kinderbetreuung, der Unterstützung pflegebedürftiger Personen bis hin zum Blumen gießen zur Urlaubszeit und die so bedeutende Anteilnahme an existentiellen Fragen des Lebens von Geburt bis Tod.

Das Zugehörigkeitsgefühl zum Dorf vermittelt sich darüberhinaus in starkem Maße durch die spontanen Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten (Klatsch) beim Einkaufen, Straßenfegen, der Gartenarbeit usw. Diese Kontakte im »Arbeitsalltag« benötigen entsprechende Räume.

Neben der räumlichen Überschaubarkeit, den Beeinflussungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten und den sozialen Netzen begründet sich die hohe Identität mit dem Dorf und das Gefühl von Heimat in der Unverwechselbarkeit des Dorfes und seiner eigenen Geschichte sowie der meist langen Wohndauer. Viele Bewohner sind hier schon seit Generationen ansässig. Über die Familienbande entstand eine starke Verknüpfung mit

dem Dorf und seinen Bewohnern. Das Dorf wird als »geschichts- und Geschichtsträchtiger« Raum erlebt, ist eng mit der eigenen Lebensgeschichte verknüpft und ermöglicht einen Zugang zur eigenen Herkunft. Die Möglichkeit des »Wachsens« von Strukturen und Beziehungen, verbunden mit der Möglichkeit, Haus und Garten selbst und mit anderen aufgebaut und mitgestaltet zu haben, gehören zu den stärksten Indizien für Identität und ein zur Heimat gewordenes Dorf.

Dorfleben bedeutet immer Enge und Sicherheit zugleich: Enge bei der Auswahl sozialer Kontakte im Dorf und durch die soziale Kontrolle; Sicherheit über das »Dazugehörigkeitsgefühl« und über die in Notfällen gewährte tätige Hilfestellung. Die noch häufig vorhandene Integrationskraft der Gruppen im Dorf als Ergebnis des gemeinsamen Arbeitens in der Landwirtschaft, der gemeinsamen Verantwortung für das Dorf, aber auch existentieller Abhängigkeiten (Feuer, Hungerkrisen etc.), bricht heute durch die allseitige Orientierung nach außen auseinander. Die Erwachsenen pendeln zu ihren Arbeitsplätzen in die Stadt und die Kinder mit den Schulbussen zu den zentralen Orten. Die Wohnfunktion des Dorfes überwiegt immer mehr.

Die Dorfuntersuchungen zeigen, daß gerade die Dörfer den stärksten Ortsbezug aufweisen und als intakt erlebt werden, die über mehr verfügen als über billiges Bauland und ländliche Umgebung. In der Attraktivität wachsen die Ortsteile, die die tägliche Versorgung sicherstellen, über Kindergarten und Grund-

schule verfügen und in denen noch landwirtschaftliche und handwerkliche Betriebe vorhanden und damit keine reinen »Schlafdörfer« sind.

### *Räumliche Voraussetzungen für eine Dorfgemeinschaft*

Bieten die historisch gewachsenen und überschaubaren sozialen Strukturen gute Bedingungen für ein homogenes Gemeinschaftsleben, so stellen die baulich-räumlichen Strukturen vor allem im Ortskern hierzu günstige Voraussetzungen bereit. Die nach verschiedenen »Öffentlichkeitsgraden« gestaffelten Nutzungsmöglichkeiten der langgestreckten, großen Parzellen von dem streng abgegrenzten Hof bis zu den mehr offenen Nutzgärten und hinteren »Mistwegen« lassen sowohl Privatheit als auch zwanglose Kontaktmöglichkeiten zu. Ebenso läßt das Angebot an Nebengebäuden und die hier ausgeführten Aktivitäten von der Autoreparatur, Kleintierhaltung und sonstigen handwerklichen Hobbies eine kreative, selbstbestimmte Freizeitgestaltung zu. Diese Bereiche liegen nicht streng privat abgegrenzt, sondern meist an Nahtstellen zur »Öffentlichkeit« mit Einsicht und begrenzter Zugänglichkeit von außen. Viele der Tätigkeiten im Außenraum stellen so eine dorftypische »Arbeits-Öffentlichkeit« her (Abb. 9.1–9.4). In der Dorfentwicklungsplanung sollten solche Angebote der Freizeitbeschäftigung und Kommunikationsmöglichkeit gesichert und bei Umnutzung und Neuplanung ausgebaut werden:



Abb. 9.1 Höfe als Übergänge zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich



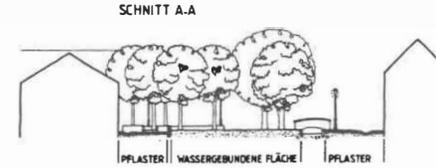
Abb. 9.2 Gäßchen und hintere »Mistwege« erschließen die großen Baublöcke



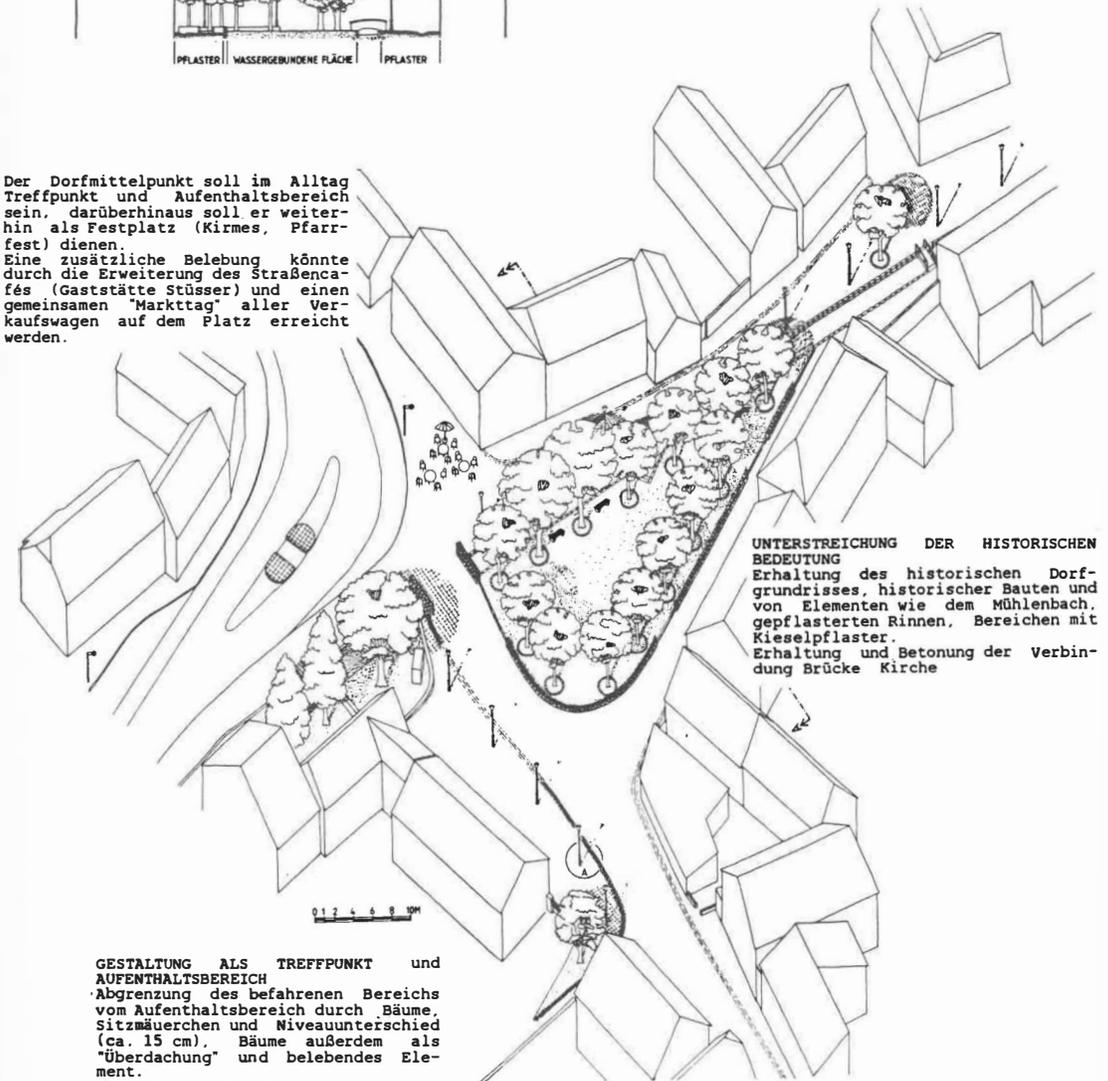
Abb. 9.3 Anbauten mit individueller Gestaltung



Abb. 9.4 Treffpunkt Dorfladen



Der Dorfmittelpunkt soll im Alltag Treffpunkt und Aufenthaltsbereich sein, darüberhinaus soll er weiterhin als Festplatz (Kirmes, Pfarrfest) dienen. Eine zusätzliche Belegung könnte durch die Erweiterung des Straßencafés (Gaststätte Stüsser) und einen gemeinsamen »Markttag« aller Verkaufswagen auf dem Platz erreicht werden.



**UNTERSTREICHUNG DER HISTORISCHEN BEDEUTUNG**  
Erhaltung des historischen Dorfgrundrisses, historischer Bauten und von Elementen wie dem Mühlenbach, gepflasterten Rinnen, Bereichen mit Kieselplaster. Erhaltung und Betonung der Verbindung Brücke Kirche

**GESTALTUNG ALS TREFFPUNKT und AUFENTHALTSBEREICH**

- Abgrenzung des befahrenen Bereichs vom Aufenthaltsbereich durch Bäume, Sitzmüerchen und Niveaunterschied (ca. 15 cm). Bäume außerdem als »überdachung« und belebendes Element.
- Beleuchtung des Platzes.
- Neugestaltung des Mühlenbachs durch Natursteinverkleidung der Betoneinfassung, neue Fußgängerbrücken und Stufen zum Bach.

**ÖKOLOGISCHE VERBESSERUNGEN**

- Durch Entsiegelung der gesamten Fläche (Pflasterung u. wassergebundene Fläche) Verminderung des Oberflächenabflusses und bessere Lebensbedingungen für die vorhandenen Bäume (Bodenfeuchtigkeit und -belüftung).
- Durch Neuanpflanzung von Bäumen und wassergebundene Fläche Ausgleich des Klimas (Luftfeuchtigkeit und Staub).

Abb. 9.5 Dorfplatzgestaltung Sinzenich: Betonung historischer Elemente und Ausbau unter dem Gesichtspunkt ökologischer Verbesserungen

- Angebot an Gemeinschaftsflächen und -häusern
- Sicherung und Ausbau der Nutzungsqualität der privaten und öffentlichen Freiräume
- Erhalt bzw. Berücksichtigung der vielfältigen Nutzungen
- Ausbau des Bildungs- und Kulturangebotes.

#### *Dorfplätze und Gestaltung der Ortsmitte*

Gestaltungsvorschläge für die Dorfplätze wurden von allen Gruppen mit dem Ziel aufgestellt, der dörflichen Gemeinschaft auch eine räumliche Mitte zu geben und die zum Teil brachliegenden, ungestalteten oder durchasphaltierten Flächen aufzuwerten und nutzbar zu machen (Abb. 9.5–9.6)

Die Dorfmitte sollte als baulich-räumlicher und sozialer Identifikationspunkt des Dorfes zurückgewonnen werden. Mit einer Erhöhung der Aufenthaltsqualität sollte der Dorfplatz wieder Treffpunkt oder Festplatz werden und nicht

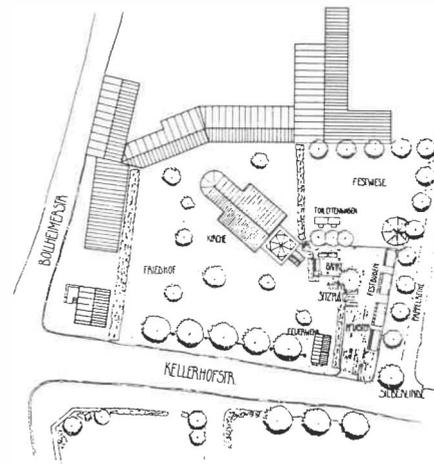


Abb. 9.6 Herrichtung eines Dorf- und Festplatzes mit einfachen Mitteln in Oberelvenich

wie so oft als reiner Parkplatz dienen. Eine aufwendige Gestaltung und Durchpflasterung der Plätze stand bei den Entwürfen nicht im Vordergrund, sondern hier wurde mehr vom Grundsatz »weniger ist mehr« ausgegangen. Teilmaßnahmen wie Bepflanzung und/oder Möblierung sind mit möglichst geringerem finanziellen Aufwand oder in Eigeninitiative der Bewohner umsetzbar.

## 10. Hilfen zur Selbsthilfe – Dorfentwicklung jenseits staatlicher Förderung –

Der in den Maßnahmevorschlägen der Dorfentwicklungspläne für Zülpich festgestellte Erneuerungsbedarf ist immens und aus eigener Kraft einer finanzschwachen »Ausgleichstockgemeinde« nicht zu bewältigen. Aber auch bei Aufstellung einer sorgsam ausgewählten Prioritätenliste ist die Planungsrealisierung noch weit, da die Schere zwischen der Anzahl der gestellten Förderanträge und einer in Aussicht stehenden Mittelbewilligung weit auseinanderklafft. Die erforderliche Erhöhung der Dorferneuerungsmittel wird zudem durch den Finanzbedarf für Projekte in den neuen Bundesländern nicht wie erwartet erfolgen. Angewiesen auf die ministeriellen Finanztöpfe sind die Maßnahmen zur Dorfentwicklung daher nur langfristig zu realisieren.

Die Verweilbereitschaft in den Dörfern steigt jedoch nicht durch Vertröstungen und die Hoffnung auf Verbesserungen in ferner Zukunft. Es erscheint notwendig, daß die Gemeinden nicht alleine den Weg der Mittelbeantragung gehen, sondern eigene, auch unkonventionelle Wege für die Finanzierung und Durchsetzung der Maßnahmen beschreiten sowie wirtschaftliche und ideelle Bündnispartner für die Verwirklichung der Aufgaben suchen. Vor allem die Unterstützung und Aktivierung der betroffenen Bewohner und deren Eigeninitiative sind be-

deutsam. Untersuchungen des BMBau ergaben, daß in den kleineren Dörfern dem sog. nichtinvestiven Bereich und der Aktivierung der Bewohner in Anknüpfung an ihre Selbsthilfetraditionen eine wesentliche Bedeutung zukommt. Durch solche Maßnahmen der kleinen Schritte sollten Zeichen gesetzt werden.

In Hessen wurde ab 1985 den Planern zur Auflage gemacht, ein Gemeinschaftsprojekt bei der Dorfentwicklungsplanung aufzuzeigen, das in Eigeninitiative der Bewohner durchgeführt werden und das Sozialleben stärken sollte. Diese »verordnete« Beschäftigung mit dem Selbsthilfepotential verlangt von den Bearbeitern ein hohes Maß an Ortskenntnis und eine große Einsatzbereitschaft, so daß die Praxis häufig von der programmatischen Aufgabenstellung abweicht. Dennoch zeigt die Aufnahme des Aspektes der Selbsthilfe in den ministeriellen Förderbestimmungen die ihr zugeordnete große Bedeutung.

Neben den Lösungsvorschlägen der Dorfentwicklungspläne, die aus öffentlichen Fördermitteln finanziert werden müssen, wurden in dem Zülpich-Projekt von den Studenten Ideen zusammengetragen, die »Hilfen zur Selbsthilfe« geben sollten. Die Beispiele setzten vor allem an den vorgefundenen Qualitäten der Dörfer und ihrer Umgebung an.

Gleichzeitig griffen die Maßnahmen der »Ideenbörse« auch neue Aufgabenstellungen auf, wie die Dorfökologie oder die Notwendigkeit struktureller Verbesserungen im Arbeits- und Ausbildungsbereich (siehe auch das unter 2. aufgeführte Ausbildungsprojekt »Restaurierungswerkstatt Zülpich«). Damit sollte auch deutlich eine Ebene verlassen werden, die in der Unterstützung von Selbsthilfe und Eigeninitiative im wesentlichen an der Dorfverschönerung interessiert ist.

Die zusammengestellten Konzepte der »Ideenbörse« wenden sich an die verschiedenen Gruppen und Institutionen: Verwaltung und politische Gremien der Stadt Zülpich; Naturschutzverbände, Geschichts- und Heimatverein und Dorfverschönerungsvereine; Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern; Volkshochschule und Allgemeinbildende Schulen etc.

Alle Maßnahmen sind ohne große Kosten und in Zusammenarbeit mit interessierten Gruppen aus der Bevölkerung, Umweltschutzverbänden etc. durchführbar. Bei diesen wie bei vielen anderen Maßnahmen gilt es, Träger zu finden, die die Dorferneuerung in kleinen Schritten und von verschiedenen Stellen aus angehen und damit die Verantwortlichkeit für die Zukunft des Dorfes nicht allein der Zentralgemeinde überlassen, sondern wieder mehr der Bevölkerung übertragen. Neue »Akteure« in den Dörfern und Bewohnerinitiativen müßten der Stadt willkommen sein und bei Rat und Verwaltung möglichst breite Unterstützung finden.

Die Maßnahmenvorschläge der »Ideenbörse« sind im folgenden kurz zusammengefaßt. Beispielfhaft werden zu einigen Vorschlägen Auszüge aus der Projektbroschüre abgebildet:

### 1. Ortseingänge und Landschaftsschutz

Hinsichtlich des Landschaftsschutzes wurde den Dorfentwicklungsplanungen der Landschaftsplan der Stadt Zülpich zugrunde gelegt. Die Vorschläge zum Schutz und zum weiteren Ausbau der Landschaft sind im Rahmen dieses Planes umsetzbar; da der Landschaftsplan jedoch den bebauten Ortsbereich ausklammert, wurde innerdörflich die Freiraum- und ökologische Situation gesondert untersucht.

Die Probleme dorftypischer Bepflanzung sind überwiegend durch private Maßnahmen zu beheben, da durch die privaten Flächen und Gärten das Ortsbild am stärksten geprägt wird. Aufklärungsarbeit über Dorfökologie könnten durch Informationsschriften, Kurse der Volkshochschule, Führungen durch die Verschönerungsvereine und Naturschutzverbänden etc. geleistet werden. Bei Maßnahmen im öffentlichen Raum ist auf eine »vorbildhafte« Planung und Durchführung besonders Wert zu legen.

### 2. Obstwiesen

Die Obstwiesen sind von besonderer ökologischer und landschaftsgliedernder Bedeutung und bieten klimatischen Schutz. Diese Bedeutung der Obstwiesen sollte in einer Aufklärungskampagne (In-

formationsblätter etc.) herausgestellt werden.

Die Obstwiesenbestände sollten gesichert und weiter ausgebaut werden (Standorte siehe Dorfentwicklungspläne). In Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden (z. B. Patenschaften) sollten die Obstwiesen einer neuen wirtschaftlichen Nutzung (Aktivierung / Neugründung von Mostereien und Keltereien) zugeführt werden. In einer wirtschaftlichen Nutzung wird der beste Schutz des Bestandes und für Neuanpflanzung die größten Durchsetzungsmöglichkeiten gesehen (Abb. 10.1).



Abb. 10.1 Lebensgemeinschaft der Tiere im Obstbaum, aus: »Schützt die Obstwiesen« Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft NRW, 1986

### 3. Ökologischer Lehrpfad

Weiterhin wurde für die »Rotbachtal« von Sinzenich bis Niederelvenich ein »Ökologischer Lehrpfad« in Verbindung mit einem Radwegenetz aufgezeigt. Hier sollen die vorhandenen positiven wie negativen Landschaftsbestandteile entlang des Rotbaches, Fragen der Bachbegradigung, der Flurbereinigung, der Artenvielfalt, Funktion eines Feuchtbiotopes etc. dargestellt werden. Es sollen Informationstafeln aufgestellt und die Wegstrecke z. B. in einem von der Stadt herausgegebenen Führer dargestellt werden. Der Radweg wurde zum größten Teil auf vorhandene Wirtschaftswege gelegt. Für Schulen bietet sich so die Möglichkeit eines Ökologieunterrichtes vor Ort. Dies trägt dazu bei, Dorfökologie und Landschafts- und Naturschutz den Kindern und Jugendlichen nahezubringen und öffnet ihren Blick für die Bedeutung der umgebenden Landschaft.

Die Initiative für die Verwirklichung des »Ökologischen Lehrpfades« könnten Schulen, Dorfgemeinschaften, Naturschutzverbände etc. ergreifen. Bei den Bürgerversammlungen z. B. in Oberelvenich wurde diese Idee sehr begrüßt.

Beispiel: Projektbeschreibung »Ökologischer Lehrpfad« (Abb. 10.2)

(Text bearbeitet von Christiane Conrady, Afra Creutz, Reiner Quabeck)

Der ökologische Lehrpfad durch das Rotbachtal soll dem interessierten Naturfreund eine erste Einführung in die Öko-

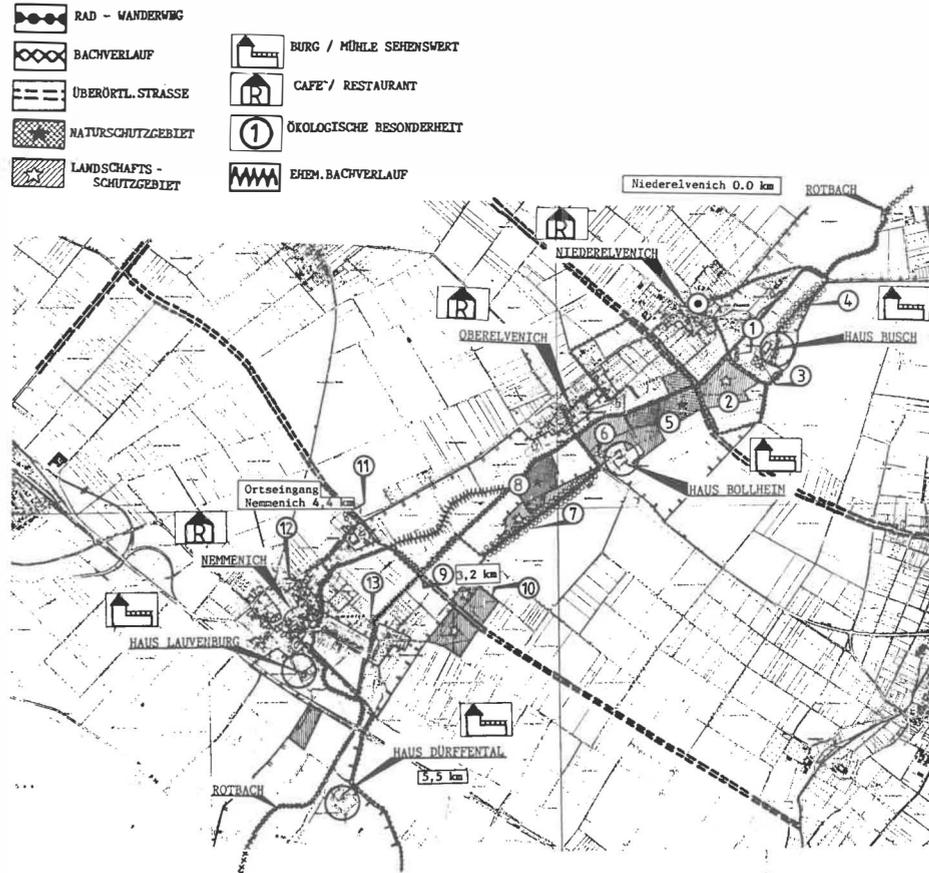


Abb. 10.2 Ökologischer Lehrpfad Rotbachtal (Auszug)

logie der Feuchtbiotope geben. Größere Teile des zu durchwandernden oder zu durchfahrenden Gebietes, sind Landschaftsschutzgebiete oder Naturschutzgebiete, weil dieses Feuchtgebiet, gleich allen Feuchtgebieten weltweit, einer akuten Gefährdung in der Gegenwart unterliegt.

Infolge der fortgesetzten Entwässerungen von Sümpfen, Mooren und Feuchtwiesen, der Flußregulierungen und Begradigungen, sinkt der Grundwasserspiegel in den zivilisierten Ländern ständig, durch Raubbau an Wäldern und Trockenlegen von Sumpfwiesen sind viele Quellen versiegt.

Auch auf unserem Lehrpfad können wir solche Vorgehensweisen beobachten. Der Rotbach, er macht seinem Namen alle Ehre, wenn zur Regenperiode sich sein Wasser rot verfärbt, weil er rote Erde aus der Voreifel mit sich führt, prägt diese Gegend. Auch hier wurde, zum Teil durch Straßenbau und Drainage der Feuchtwiesen, die Natur geschädigt. Dem mäandrierenden Bach im Wiesengrund mißgönnte man die paar Quadratmeter zusätzlichen Landes, man begradigte ihn, schnitt seinen Mäander ab und entwässerte ihn. Damit aber setzt man eine Lawine in Gang, denn der begradigte Bach gräbt sich, bedingt durch die höhere Strömungsgeschwindigkeit, alsbald ein; vor allem wenn das Ufergehölz entfernt wurde, unterspült er sein Ufer, das Grundwasser sinkt. Um Schlimmeres zu verhindern wurden besonders wertvolle Bereiche unter Schutz gestellt.

Wegbeschreibung

① Standort: Dorfmitte Niederelvenich (Am Kreuz). Von hier fährt man die Talstraße runter zu den Auen des Rotbachtals. Man überquert den Rotbach und sieht auf der linken Seite das erste *Naturdenkmal*: Eine Reihe Eichen und Pappeln. In den Pappeln sitzen Misteln, Halbschmarotzer, welche die Pappel als Lebensraum und Nahrungsquelle benutzen, jedoch noch selbst assimilieren können.

Ein Stück weiter auf der rechten Seite liegt ein Kleingewässer, welches zum Schutz auch als *Naturdenkmal* ausgezeichnet ist. Die Tümpelquelle die hier liegt, füllt sich von unten mit Wasser. Das besondere an einer Quelle ist, daß ihre Wassertemperatur, sommers wie winters, ungefähr dem Jahresmittelwert der Lufttemperatur der jeweiligen Umgebung entspricht. Sie sind im Sommer relativ kalt, frieren jedoch im Winter nie zu. Man kann sich vorstellen, daß dies ein Spezialstandort für Pflanzen ist.

Auf einem kleinen Rundgang um »Haus Busch« können wir noch zwei *Naturdenkmäler* betrachten: Eine Baumreihe aus Eiben und Kastanien. Die Eibe ist ein einheimischer, bei uns selten gewordener Baum, der wegen seines widerstandsfähigen Holzes andere Arten überdauert. Höchstalter 1000 Jahre. Und eine schöne Allee aus Ahorn und Eschen. Beide Bäume bevorzugen feuchte Standorte, wobei die Esche auf einem tiefgründigen, basischen Boden hinweist. Die Esche trägt kein Herbstkleid, der Ahorn seine Blüten vor den Blättern.

Auf der linken Seite (Richtung Oberelvenich auf der B 264) liegt ein *Naturschutzgebiet* – auch hier sind Quellfluren mit großem Schilfrohrbestand. Das Schilfrohr ist mit 4 m Höhe der Riese unter den einheimischen Gräsern. Es kann bis zu 3 m in das Wasser vordringen, doch müssen Blätter und Blüten unbedingt an der Luft sein. Die luffterfüllten hohlen Halme versorgen

die Wurzeln und noch viele Mikroorganismen im Schlamm reichlich mit Sauerstoff. Die Schilfpflanze sondert keimtötende Stoffe ab, die Bakterien abtöten. Daher wirkt es deutlich wasserreinigend.

Die an die Quellfluren angrenzenden Feuchtwiesen beherbergen eine Reihe seltener und vom Aussterben bedrohter Pflanzen. Diese Wiesen müssen mindestens alle fünf Jahre gemäht werden, sonst verbuschen sie und gehen ein.

Durch Oberelvenich, die Bollheimerstraße weiter – hier stehen auf der linken

- ⑦ Seite eine *Schwarzpappel* und eine *Pappel*. Pappeln gehören zu den Weidengewächsen. Sie wachsen schnell und gut an feuchten nährstoffreichen Standorten. Die Schwarzpappel ist ein typischer Baum für europäische Flußauen. Man biegt nun in die Allee, welche mit *Roteichen* gesäumt ist ein. Die Roteiche ist die beliebteste, häufigste, wüchsigste (32 m) und gewiß auch die anspruchsloseste unter den 500 Arten.

- ⑨ Mitte der Allee, auf der rechten Seite, liegt ein *Erlenbruchwald*. Er steht unter *Naturschutz*. Erlenbruchwälder entstehen oft aus ehemaligen Flußschlingen und werden wegen ihrer räumlichen Nachbarschaft zu den Auen mit diesen zusammen gefaßt. Im Gegensatz zu den Auen, die immer an das fließende Wasser gebunden sind und regelmäßig überschwemmt werden, ist der Boden der Bruchwälder von hochanstehendem, sauerstoffarmen Grundwasser ständig durchnäßt. Dieser Erlenbruch ist vom »Trockenfallen« bedroht. Ein immer weiter absinkender Grundwasserspiegel nimmt diesem Lebensraum mit seiner reichen typischen Bodenvegetation sein wichtigstes Element: das Wasser.

- ⑩ Hier machen wir einen *Abstecher* und fahren die neugeplante, sich im Bau befindende Straße entlang und kommen an ein
- ⑪ *Gebiet*, welches in seinem *gesamten Bestand geschützt* ist. Im Landschaftsplan,

der eigens für dieses Gebiet erstellt wurde, können wir lesen: Zur Minderung zukünftig zu erwartender Immissionen (Abgase, Staub, Lärm), sollen Schutzpflanzungen beidseitig der Autobahnstraße vorgenommen werden. Hier urteile bitte jeder selber, was er davon halte.

- ⑫ *Naturdenkmal*: zwei Kastanien.

Kurz vor Nemmenich biegen wir links ab, in einen kleinen Feldweg. Rechts ein

- ⑬ *Obstbaumgürtel*, wie er für diese Gegend typisch ist. Am Rotbach entlang, ins Dorf hinein.

- ⑭ *Naturdenkmal*: drei Eichen.

#### 4. Kampagne für handwerkliches Bauen und regionale Baustoffe

Eine solche Kampagne soll helfen, die planlose Verwendung verschiedenster Baumaterialien und Baustoffe, die Verwendung ortsuntypischer Materialien, unangepaßter Bau- und Dachformen etc. im Neubau als auch im Modernisierungsbereich zurückzudrängen. Ein Ansatz für eine solche Kampagne kann die Herausgabe einer Informationsbroschüre sein, zu der die Studenten einen Vorschlag entwickelten. Einleitend werden hier die positiven wie negativen Merkmale des Ortsbildes aufgezeigt. Es ist das erklärte Ziel des Vorschlages, auf das ortsansässige Bauhandwerk aufmerksam zu machen, die Betriebe und Arbeitsplatzangebote zu stützen und durch Hinweise auf regionale, traditionelle Baumaterialien das dörfliche Ortsbild zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Die Informationsbroschüre nimmt die Themen Wandaufbau, Türen, Tore, Fenster und Dach auf.

Träger dieser Kampagne sollte das ört-

liche Gewerbe, die Stadt Zülpich, die Handwerks- und Industrie- und Handelskammern und auch die Architektenschaft vor Ort werden. Ansatzpunkte wurden sowohl in handwerklich gut hergerichteten Altbauten gesehen als auch in örtlichen »Besonderheiten« wie dem Schwerfener Ziegel.

*Beispiel: Projektbeschreibung  
»Kampagne für handwerkliches Bauen  
und regionale Baustoffe«*

(Text bearbeitet von Holger Müller,  
Brigitte Lammertz)

#### Auszug: Ortsbildanalyse Neubaugebiete

Ein Fertighaus mit vorgesetzter Fachwerkfassade, leicht erkennbar an den fehlenden Verstrebrungen. Ortsuntypisch sind die Ausfachung mit Klinkern und das schwere Krüppelwalmdach (Abb. 10.3).

Ähnlich ist die Situation in den gewachsenen Ortskernen. Da bei Renovierungen, Um- und Anbauten meistens praktische Überlegungen im Vordergrund stehen, werden oft alte Fassaden durch neue Materialien überdeckt bzw. völlig ersetzt oder Fassadengliederungen zerstört.

Vor die Giebelwand des Fachwerkhäuses wurde hier eine ungegliederte Klinkerwand gesetzt, dadurch wurde die frühere Fassadengliederung zerstört. Durch das neugebrochene, große Fenster im Erdgeschoß ist die Lage der alten Fensteröffnungen nicht mehr erkennbar (Abb. 10.4).



Abb. 10.3



Abb. 10.4



Abb. 10.5

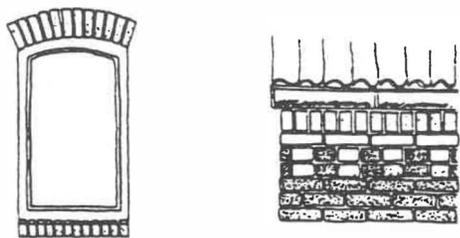


Abb. 10.6 Z.B. gemauerte Bögen oder z.B. Traufgesimse, Fensterbänke

ken. Durch ihre Strukturen, Muster, und Farben (hier: hellgrün) stören sie das eigentlich von traditionellen Wandbaumaterialien geprägte Ortsbild (Abb. 10.5).

#### Auszug: Vorschlag für eine Informationsbroschüre

Wollen Sie neu-, um- oder anbauen?

Dann informieren Sie sich über:

Vorteile handwerklichen Bauens und regionaler Baustoffe

#### Zum Thema Außenwand

Beispiel: Handwerklich erstelltes Mauerwerk aus Backstein.

Der Backstein war im 19. Jahrhundert das am häufigsten verwendete Wandmaterial, darum prägen neben Fachwerkhäusern Backsteinbauten die Dörfer. Neubauten oder Erweiterungsbauten aus Backsteinmauerwerk fügen sich deshalb meistens gut ins Ortsbild ein.

Der handwerklich vermauerte Backstein bietet individuelle Gestaltungsmöglichkeiten für Ihre Fassade (Abb. 10.6).

Viele Vorteile hat der mit Kalkmörtel vermauerte Backstein für das Wohnklima:

– er ist luftdurchlässig

- er trocknet schnell aus
- er speichert Wärme
- er ist frei von Schadstoffen
- er absorbiert Luftschadstoffe
- er hat eine niedrigere natürliche Radioaktivität als z. B. Beton
- er lädt sich nicht elektrisch auf

Von seiner Haltbarkeit zeugen zahlreiche noch vorhandene Backsteinbauten aus dem 19. Jahrhundert.

#### Beispiel: Fachwerkbauweise

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts war Fachwerk die übliche Wandbauweise. Auch heute noch beleben die durch das Holzskelett gegliederten, zweifarbigen Fassaden die alten Dorfkern.

Besonders am Holzskelett gibt es viele Gestaltungsmöglichkeiten wie z. B. Zierfachwerk, Schnitzereien und vorspringende Bauteile.

Heute wird die Fachwerkbauweise vor allem wegen ihrer baubiologischen Vorteile wieder aktuell. Es entstehen wieder Neubauten in Fachwerk mit Ausfachungen aus neuen Materialien wie Gasbeton, Leichtziegeln und anderen Leichtbaustoffen. Baubiologisch sind aber vor



Abb. 10.7 Neubau in Fachwerkbauweise in Schwerfen

– allem die traditionellen Lehmausfachungen empfehlenswert (Abb. 10.7).

Die baubiologischen Vorteile des traditionellen Fachwerks sollten aber vor allem bei Sanierungen von historischen Fachwerkhäusern erhalten bleiben. Darum sollte man sich vor einer Sanierung von kundigen Baufachleuten beraten lassen.

#### Zum Thema Dach

Die traditionelle, regionale Dacheindeckung sind schwarzglasierte Tonziegel. Sie wurden lange Zeit in Schwerfen und heute noch von einer Ziegelbrennerei in Obergartzem hergestellt.

Die »Schwerfener Dachziegel« sind das adäquate Material für die Neueindeckung oder Ausbesserung von Dächern denkmalgeschützter oder historischer Bauten.

Sie empfehlen sich aber ebenso für Neubauten, denn sie zeichnen sich durch folgende Eigenschaften aus:

- wegen ihrer natürlichen Rohstoffe sind sie baubiologisch empfehlenswert
- gegenüber Betondachsteinen sind Tonziegel wesentlich länger haltbar
- sie sind als Hohlziegel für steilere Dä-



Abb. 10.8 Links: Eindeckung mit »Schwerfener Ziegel«

Rechts: Eindeckung mit Betondachstein

cher und als Flachdachpfannen für flachere Dächer geeignet

- durch die Form und die spiegelnde Oberfläche glasierter Ziegel ergeben sie als Dachdeckung ein lebendiges Bild (Abb. 10.8).

#### 5. Bauhistorischer Führer

Die bauhistorischen Werte auch der kleinen Orte sollen in einem bauhistorischen Führer zusammengestellt werden, um den »Wert« auch nach außen zu dokumentieren, und Interessierte im Bereich Freizeit/Tourismus in die Dörfer zu bringen. Die Befestigung z. B. von Plaketten als Auszeichnung für gut erhaltene Gebäude, die Erwähnung nicht nur der denkmalgeschützten, sondern auch denkmalwürdigen Bereiche/Ensemble etc. sollen die Bedeutung nach außen sichtbar machen und den »Stolz« der Bewohner/Besitzer hervorrufen.

Ansatzpunkte sind genug vorhanden: die Kirchen und Burgen, die typischen Hausformen. Vorschläge für den bauhistorischen Führer wurden für die Ortsteile Langendorf, Juntersdorf, Sinzenich und Füssenich dargestellt. Eine Initiative in dieser Richtung könnte von der Stadt Zülpich in Verbindung mit dem Landesamt für Denkmalpflege und den örtlichen Geschichts-/Heimatvereinen erfolgen. Der kürzlich herausgegebene Denkmalband über die Stadt Zülpich bietet hierzu bereits gute Anhaltspunkte. Eine Verbindung (Werbung und damit auch Finanzierung) wäre über eine Kopplung mit einem Gaststättenführer möglich (z. B. Ausbau der Dorfkneipe in Sin-

zenich direkt am Denkmalbereich mit Kaffeeausschank und Kuchenverkauf am Wochenende).

*Beispiel: Auszug aus der Projektbeschreibung »Bauhistorischer Führer«*

*(Text bearbeitet von Karolin Fehl, Heike Nienaber)*

Wie ein solcher Führer aussehen könnte, wollen wir beispielhaft an den Dörfern Juntersdorf und Langendorf aufzeigen.

#### *Juntersdorf*

Juntersdorf (Abb. 10.9), ein einzeliges kleines Straßendorf am hochwasserfreien Südhang des Neffelbaches, erstreckt sich mit seinem historischen Ortskern zwischen Burg und Kirche.

Die lockere Reihung kleiner, meist giebelständiger Fachwerkhöfe auf schmalen Parzellen, die enge Dorfstraße, Reste der ehemals umgebenen Baumgärten sowie die einigermaßen ungestörte Gesamtsituation führen noch anschaulich die sicher auf spätmittelalterliche Ursprünge zurückgehende Form und den Charakter eines kleinen Straßendorfes vor Augen, dessen weitsichtbare Dominante die hochgelegene Kirche ist. Die historische Substanz prägt zwar noch den Maßstab, ist aber weitgehend modern überformt.

Die älteste, zum Teil mittelalterliche Substanz befindet sich an Burg und Kirche; die Höfe des Dorfes haben keine vor das 17. Jh. zurückreichende bauliche Bestandteile.

Lediglich der Gilleshof in der Dorfmitte, ein wohl ehemaliges Pachtgut, ist

von überdurchschnittlicher Ausführung und mit seinem freistehenden großen Wohnhaus des 17. Jh. von bereits herrschaftlichem Charakter, der durch die bäuerliche Bauweise (verputztes Fachwerk) kaum geschmälert wird. Hoffor-

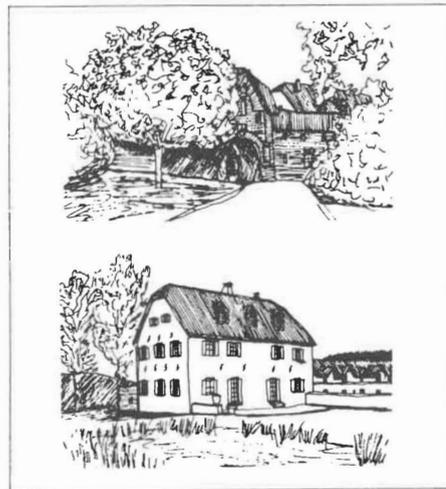
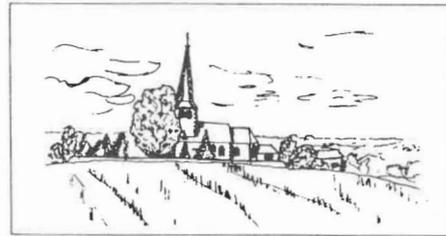


Abb. 10.9 Juntersdorf: Gertrudiskirche mit Turmbau aus dem 12. Jh., Burg Juntersdorf und typisches Fachwerkhaus

men des 18. Jh. und 19. Jh. werden von den Häusern Astreastraße 19, 34 und 35 sowie Gertrudisstraße 4 repräsentiert.

#### *Langendorf*

Das einzelige Straßendorf ist über seine historische Siedlungsform und Größe nie hinausgewachsen. 893 als Besitz der Abtei Prüm erwähnt, dürfte es auf eine fränkische Gründung zurückgehen – vielleicht ein Gut mit Kapelle, das aus Königsbesitz an Prüm kam.

Keimzelle des Dorfes war die Kirche und das zugehörige, längst verschwundene Gut, von dem ausgehend an der Straße nach Wollersheim sich die bäuerli-

che Wohnhaus- und Wohnbebauung ansiedelte.

Zwischen Burg und Kirche erstreckt sich Langendorf auch noch heute, geprägt von kleinmaßstäblicher Reihenbebauung aus Hofanlagen meist des 18. und 19. Jh., von denen nur wenige ein historisch einigermaßen anschauliches Erscheinungsbild bewahrt haben. Auch die Geschlossenheit der Straßenfronten hat durch hinter Vorgärten zurückgelegte Neubauten bereits an einigen Stellen gelitten, doch ist die Dorfgesamtheit mit den charakteristischen baulichen Schwerpunkten Kirche, Pfarrhaus, Schule und Burg noch deutlich ablesbar.

## 11. Ohne Bürger läuft nichts. – Bürgerbeteiligung will erlernt sein –

Die Bürgerbeteiligung in der Dorfentwicklungsplanung stellt anerkanntermaßen die Grundlage für die Planungsdurchsetzung dar. Gerade hier gilt der Satz »Ohne Bürger läuft nichts!«, da sich im Dorf politischer Widerstand gegen oder Akzeptanz von Planung unmittelbar auswirken. Die zumeist hohe Identität der Bewohnerschaft mit dem Dorf führt allgemein zu einem großen Interesse an Planungsfragen. In den überschaubaren dörflichen Strukturen mit ihrem weit gespannten Netz von Kommunikationsformen ist eine breite Information – anders als in der Stadt – gesichert. Im Rahmen des Studienheftes soll jedoch keine Betrachtung über Hemmnisse oder begünstigende Faktoren dörflicher Bürgerbeteiligung erfolgen oder den Fragen nachgegangen werden, welche Personengruppen sich im Dorf zu Wort melden oder welche sich nach wie vor nicht an Planungsdebatten beteiligen (z. B. die Frauen). Als Plädoyer für eine »Praxiserfahrung Bürgerbeteiligung im Studium« sollen knapp Herangehensweise und Erfahrungen im Projekt dargestellt werden.

Für die Studenten ging es bei der Zusammenarbeit mit den Bewohnern, als »ein« Aufgabenbestandteil unter vielen, darum, zu lernen, ihre Ideen zu vermit-

teln, die zahlreichen Wünsche und teilweise widersprüchlichen Interessen zu verarbeiten und eine eigene Position zu beziehen. Die politische Durchsetzungsfähigkeit von Personen oder Gruppen galt es zu erkennen und in die planerische Durchsetzungsstrategie einzubinden und auch die »Blockierer« auszumachen. D. h. es sollte sich ein Verständnis von »Planung als konflikthafter Prozeß« herausbilden und eine Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle des Planenden in diesem Prozeß stattfinden.

In dem Studentenprojekt stellte die Zusammenarbeit mit den Dorfbewohnern und die geforderte Durchführung von mindestens zwei Bürgerversammlungen als Bestandteil der Aufgabenstellung also ein wichtiges didaktisches Lernziel dar, welches in der Regel nicht Gegenstand der Ausbildung ist.

In Hessen ist in den programmatischen Leitlinien des Landes der Punkt »Stärkung der dörflichen Lebensgemeinschaft, ihrer Eigeninitiativen und Eigenständigkeit über eine über das übliche Maß hinausgehende Bürgerbeteiligung« verankert. In der Praxis bewegt sich häufig diese Bürgerbeteiligung weiter auf der formalen Schiene, da Planungsverfahren, die den Betroffenen eine Chance geben, ihre Wünsche und Bedürfnisse

Die TH in Aachen hilft mit 30 Mitarbeitern bei Erneuerung der Zülpicher Ortsteile

## Studenten gehen über die Dörfer 14 Orte bekommen ein neues Gesicht – Pläne werden der Bevölkerung vorgestellt

Von unserem Redakteur  
Otto Becker

**Zülpich** – Nachdem die Sanierung der Zülpicher Kernstadt vor ihrem Abschluß steht, richtet sich das Augenmerk von Rat und Verwaltung auf die Sanierung der Dörfer.

Bisher ist nur Merzenich ein „Vorzeigedorf“, das im Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ Gold auf Bundesebene gewinnen konnte. In anderen Dörfern sieht es zum Teil noch „traurig“ aus: doch das soll sich bald ändern.

Studenten und Studentinnen der Technischen Hochschule Aachen haben in 14 Zülpicher Ortsteilen mit einer Bestandsaufnahme begonnen, die den Rahmen für das „Dorferneuerungskonzept“ bilden soll. Leiter der Studienarbeit ist Diplomingenieur Westerheide, Bauassessor am Lehrstuhl für Städtebau und Landesplanung der Technischen Hochschule (TH) Aachen. Die Kosten für die Vorarbeiten sind auf rund 8 000 Mark veranschlagt worden. Die Stadt Zülpich hofft, daß das Landesamt für Agrarordnung in Münster diesen Betrag übernimmt.

An dem Projekt sind 30 Studenten beteiligt. Nach Angaben des Ingenieurs Westerheide im Planungsausschuß der Stadt will die TH Aachen im Rahmen ihrer Studienarbeiten jenen Gemeinden helfen, die finanziell nicht gut ausgestattet und auf Zuschüsse aus dem kommunalen Ausgleichsstock angewiesen sind.

Bei dem Rundgang durch die Dörfer hören die Studenten neben interessierten Bürgern auch die Ortsvorsteher, alle Vereinsvorstände und Vertreter der Landwirtschaft an, selbstverständlich auch die Stadtverwaltung und die zuständigen land-



DAS ENZENER ORTSBILD läßt noch einiges zu wünschen übrig. Die Dorferneuerung soll den Ort entscheidend verschönern.  
Bild: Otto Becker

wirtschaftlichen Dienststellen. Bis Ende Juli soll die Befragung abgeschlossen sein.

Die Studenten wollen bei ihren Rundgängen herausfinden, wo im jeweiligen Ort die Konflikte und wo die Besonderheiten und „Schokoladenseiten“ liegen.

Aufbauend auf dem Grundkonzept werden Verbesserungsvorschläge für die Dörfer gemacht. Dabei geht es unter anderem auch um die Anlage von Grünflächen, um eine vernünftige Behausungsstruktur und die Verkehrsplanung.

Die Pläne werden später den Bürgern vorgestellt, damit sie Anregungen geben oder Bedenken vortragen können. Ingenieur Westerheide rechnet damit, daß die Arbeit bis Ende April nächsten Jahres abgeschlossen sein wird.

Grundsätzlich wurde das Vorhaben von den Zülpicher Aus-

schußmitgliedern und der Verwaltung begrüßt. Die Fortentwicklung der Ortsteile in geordneten Bahnen wird für notwendig gehalten. Zu den Dörfern, in denen auf diesem Gebiet der Nachholbedarf besonders groß ist, muß Enzen gerechnet werden. Das Enzener Ortsbild gehört nach Meinung von CDU-Fraktions Sprecher Heinrich Marx zu den „schlechtesten“ im Zülpicher Stadtgebiet.

Eine kritische Stimme kam von CDU-Vertreter Karl Kloock aus Geich, der von Beruf Landwirt ist. Er warnte vor einer „Dorfrückentwicklungsplanung“ und verwies auf die Schwierigkeiten in Mülheim-Wichterich beim Ausbau der Ortsdurchfahrt und der damit verbundenen Verkehrsberuhigung. Bis heute sei dort der Ärger noch nicht ausgestanden. Kloocks Fraktionskollege Ernst Wollenweber begrüßte dagegen das Vorhaben. Wichtig sei, so Wollenweber, daß besonders die Bürger in den Dörfern mitmachen.

einzubringen, kaum entwickelt sind. Auch die Ausbildung muß hierzu Hilfestellungen geben.

### Phasen der Bürgerbeteiligung

Die erste Bürgerversammlung wurde zu Ende der Analysephase durchgeführt. Dadurch sollte eine frühzeitige Diskussion mit den Bewohnern über die Problemeinschätzung der Studentengruppe in Gang gesetzt und die Wünsche und Einwände in die Konzeption einbezogen werden. Die Ankündigung erfolgte durch Handzettel, Ankündigungspakete, die örtliche Presse und gezielte persönliche Einladung der befragten »Schlüsselpersonen« etc. Die mit sehr viel Herzklopfen vorbereiteten Bürgerversammlungen wurden nach einem ähnlichen Schema aufgebaut: Vortrag über die Dorf- und Siedlungsgeschichte, problemorientierte »Spaziergänge« durch das Dorf mit Dias, zusammenfassende Darstellung der festgestellten Qualitäten und Mängel aus Studentensicht.

Zum Ende der Bearbeitung wurden alle Ergebnisse in Form von Ausstellungsplakaten (DIN A 1) vor Ort in einem Zeitraum von 3–10 Tagen ausgestellt und in einer abschließenden Bürgerversammlung, an der auch die Vertreter von Politik und Verwaltung teilnahmen, vorgestellt. Jeder Bewohner hatte die Gelegenheit, zum Selbstkostenpreis die verkleinerten Ergebnisse der Arbeit (DIN A 3-Broschüre) zu bestellen. Hiervon wurde rege Gebrauch gemacht, was für uns die Gewähr darstellte, daß die Ergeb-

nisse nicht in der Verwaltungsschublade versickern.

Auch in der Wahl der Darstellungstechniken spielte die auf die Bewohner ausgerichtete Planung eine große Rolle: verständliche Texte, viele Fotos und verdeutlichende Skizzen und Perspektiven, Darstellung des Dorfgrundrisses als Isometrie usw.

Die Resonanz in den Ortsteilen auf die Bürgerbeteiligung war ganz unterschiedlich. In einem Dorf stellte die Bürgerversammlung die erste Zusammenkunft der Bewohner seit Jahren dar; in einem anderen blockierte der Ortsvorsteher geschickt die Arbeit der Studenten, indem er den Termin für die Bürgerversammlung auf den Tag des dörflichen Sportfestes legte und so die Anzahl der Zuhörer entsprechend gering war. Die Beteiligung reichte von einem »schwachen« Besuch von nur 20 Einwohnern bis hin zu einer Versammlung mit Festcharakter (so wurde in Ülpenich der Vortrag durch musikalische Einlagen des »Tambour- und Fanfarenkorps Loreley-Ülpenich unterteilt).

In vier Dörfern konnten Arbeitskreise gebildet werden, die sehr rege an der Konzeption mitarbeiteten und die auch nach Abschluß des Projektes weiter bestehen und die Geschehnisse des Dorfes in die Hände genommen haben. Aus den Arbeitskreisen heraus wurden Bürgeranträge zur Verwirklichung einzelner Maßnahmen gestellt; einige Anregungen wurden in Selbsthilfe umgesetzt.

Die Studenten stellten sich auf die Stufe von Beratern, die lernbereit Anregungen aus den Dörfern annahmen.

Oktober 1988

Liebe Ülpenicher!

Unser 1. Arbeitsschritt ist nun weitgehend abgeschlossen. In ihm haben wir versucht das Dorf zu analysieren und charakterisieren.

In der Bürgerversammlung, zu der wir Sie hiermit herzlich einladen, möchten wir Ihnen die bisher erarbeiteten Ergebnisse vorstellen.

Der 2. Arbeitsschritt soll nun beginnen. Neben der weiteren Ausarbeitung sollen Verbesserungsvorschläge erstellt werden.

Wir freuen uns, wenn Sie die Bürgerversammlung zum Anlaß nehmen, um uns auf Problempunkte hinzuweisen und Anregungen zu geben.

Datum: 26. 10. '88

Ort : GASTSTÄTTE BOHN

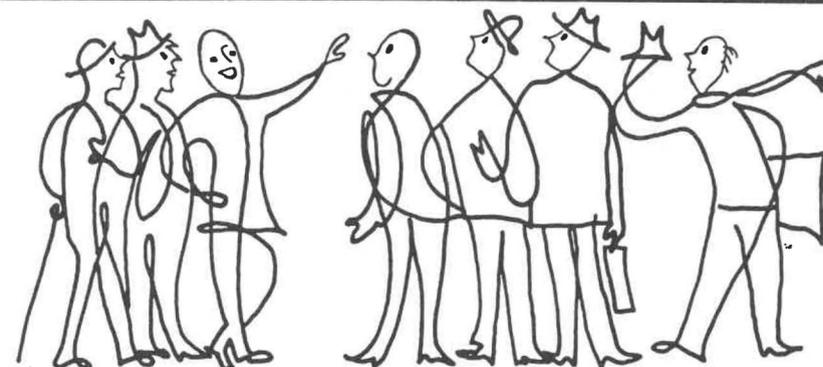
Zeit : 19.00 Uhr

unter Mitwirkung einiger Ortsvereine

Mit freundlichen Grüßen

H. Stunz

A. Hübner



## BÜRGERVERSAMMLUNG IN ÜLPENICH

Abb. 11.2 Einladung zur 1. Bürgerversammlung in Ülpenich

## Zwei Studentinnen stellen Planungskonzept vor

Enzener Bürger sind am Dienstag in der „Linde“ zu einer Informationsversammlung eingeladen

aci Enzen/Zülpich. Ein Jahr lang haben sich die Studentinnen und Studenten der RWTH Aachen intensiv mit neun Zülpicher Ortsteilen beschäftigt. Nun können sie ihre Planungskonzepte zur Entwicklung der Dörfer vorstellen.

Den Beginn machen Barbara Thiel und Marie-Theres Kruse am Dienstag, 23. Mai, in der Enzener Gaststätte „Zur Linde“. Dort sind seit Donnerstag bereits die Ergebnisse ihrer Studienarbeit in einer interessanten Ausstellung zu sehen.

Die beiden Studentinnen hoffen natürlich, daß zu der Bürgerversammlung am Dienstag möglichst viele Besucher, insbesondere Enzener Bürger, erscheinen. Eingeladen sind alle interessierten Zülpicher.

Dieses Studienprojekt war den Studentinnen und Studenten von der Hochschule angeboten worden. Es war keine Pflichtveranstaltung.

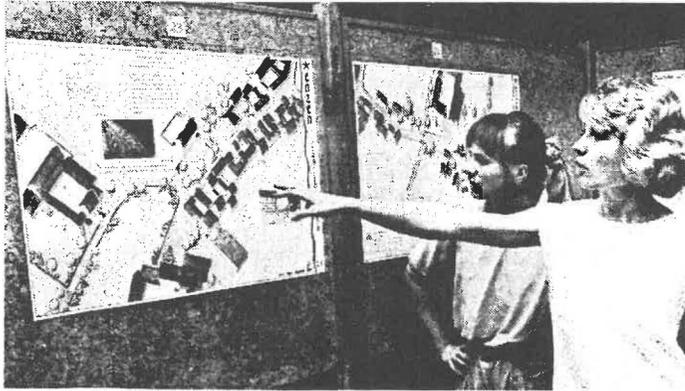
Den beiden Architekturstudentinnen Barbara Thiel und Marie-Theres Kruse hat die Arbeit in Enzen sehr viel Freude gemacht. Sie hätten anhand dieses Projekts die Möglichkeit gehabt, die Arbeit in der Praxis und Realität kennenzulernen.

Besonders während der Phase der Bestandsaufnahme ha-

ben sich die beiden jungen Damen oft in Enzen aufgehalten und zahlreiche Kontakte mit den Dorfbewohnern gehabt. Dieses Dorf zu durchleuchten, so meinen sie, sei aufgrund der Gegebenheiten besonders interessant gewesen. Bei ihrer Arbeit haben die

Studentinnen die Erfahrung gemacht, daß die Durchgangsstraße hinsichtlich aller anstehenden Planungen und aller Aktivitäten der Anwohner einen besonderen Knackpunkt darstellt. Mit ihrem Ausbau stehe und falle die weitere Entwicklung im Dorf. So lange sich in

dieser Richtung nichts tue, könne man von den Bürgern keine Eigeninitiative erwarten. Natürlich haben die Studentinnen sich ihr eigenes Bild gemacht und interessante Vorschläge entwickelt. Die werden sie am Dienstag in der Infoveranstaltung vorstellen.



Marie-Theres Kruse und Barbara Thiel vor einer Ausstellungstafel in Enzen.

Foto: Becker

Abb. 11.3

Gleichzeitig handelten sie nicht im Auftrag der Stadt oder waren an politische Ziele gebunden, so daß sie sich noch stärker zum Anwalt des Dorfes machen konnten. Die Bewohner stellten große fachliche Anforderungen an die Studenten, die bis zur Kostenschätzung einer Verkehrsberuhigungsmaßnahme reichten. Die meisten nahmen diese Herausforderung an und stürzten sich noch intensiver in die Arbeit.

Die Verbindung einer eigenen prakti-

schen Erfahrung bei der Bürgerbeteiligung mit Rückkoppelung zu den Erfahrungen der anderen Gruppen (viele besuchten die Bürgerversammlungen der anderen Bearbeiter als Protokollanten und Helfer) als auch die theoretische Reflexion im Projektplenum waren sehr wichtig. Nicht zuletzt wurde diese konkrete »Praxiserfahrung« mit der Bewohnerbeteiligung als die positivste Erfahrung im »Zülpich-Projekt« angesehen.

## 12. Anhang

### Dorfentwicklungskonzepte Zülpich

Bearbeiter/innen:

1. *Bessenich*: Otfried Jaeger/Matthias Schütz
2. *Bürvenich*: Christoph Lesch/Erik Fiss/Irene Hack
3. *Enzen*: Barbara Thiel/Marie-Theres Kruse
4. *Dürscheven*: Regina Götze/Christiane von Reinersdorf
5. *Juntersdorf*: Karolin Fehl/Heike Nienaber
6. *Langendorf*: Andreas Decker/Gabriela Hogeweg
7. *Linzenich*: Andrea Erken-Stolzenbach/Hedi Faßbender
8. *Lövenich*: Birgit Lemmen/Reinhold Weiss
9. *Merzenich*: Christiane Brandt/Birgit Bartsch
10. *Nemmenich*: Frauke Markmann/Dorothea Davidson/Bernd Hilgert
11. *Niederelvenich*: Christiane Conrady/Afra Creutz/Reiner Quabeck
12. *Oberelvenich*: Christiane Conrady/Afra Creutz/Reiner Quabeck
13. *Sinzenich*: Holger Müller/Brigitte Lammertz
14. *Ülpnich*: Hildegard Schwab/Stephanie Hüvelmeier

### »Ideenbörse« Dorfentwicklungsprojekt Zülpich

Bearbeiter/innen

- Ökologischer Lehrpfad*: Christiane Conrady/Afra Creutz/Reiner Quabeck  
*Obstwiesen*: Andreas Decker/Gabriela Hogeweg  
*Landwirtschaft und Ökologie*: Christoph Lesch/Erik Fiss/Irene Hack  
*Bauhistorischer Führer*: Karolin Fehl/Heike Nienaber  
*Gestaltungsfibel*: Otfried Jaeger/Matthias Schütz  
*Kampagne für handwerkliches Bauen...*: Holger Müller/Brigitte Lammertz  
*Neues Bauen im alten Dorf*: Barbara Thiel/Marie-Theres Kruse/Hildegard Schwab/Stephanie Hüvelmeier  
*Ummutzungsvorschläge...*: Andrea Erken-Stolzenbach/Hedi Faßbender  
*Mobile Versorgung*: Birgit Lemmen/Reinhold Weiss  
*Bildung und Kultur*: Regina Götze/Christiane von Reinersdorf

## Die Autoren

Dipl.-Ing. HILDEGARD SCHRÖTELER-VON BRANDT, geb. 1952, Architekturstudium an der RWTH Aachen mit Studienschwerpunkt Städtebau. Nach freiberuflicher Tätigkeit und Mitarbeit in einem Verkehrsplanungsbüro seit 1984 Wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Planungstheorie an der Architektur fakultät der RWTH Aachen

Dipl.-Ing. BAUASSESSOR ROLF WESTERHEIDE, geb. 1952, Architekturstudium mit Studienschwerpunkt Städtebau an der

RWTH Aachen mit anschließendem Städtebaureferendariat. Nach Abschluß als Bauassessor seit 1983 Wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl für Städtebau und Landesplanung der RWTH Aachen.

Neben der Betreuung zahlreicher Studienprojekte zum Thema »Dorfentwicklung« führten beide Herausgeber 1987 ein Kolloquium »Neue Wege braucht das Land – Möglichkeiten und Chancen der Dorfentwicklung in NRW« an der RWTH Aachen durch.

## Tagungsberichte

### Schadet die Wissenschaft dem Dorf? \*

*Die politische Behandlung des ländlichen Raumes ist mehr und mehr zu einer urban-zentralistischen Fremdsteuerung durch die Großbürokratien geworden. Dies hat in Gemeinden und Dörfern zu nachhaltigen Defiziten geführt, vor allem bezüglich der demokratischen Selbstbestimmung und der öffentlichen und privaten Infrastruktur. Raumordnung und Landesplanung und die verschiedenen Fachressorts des Bundes und der Länder haben durch diverse »Reformen«, z. B. im Schul-, Post-, Bahn-, Polizei-, Agrar- und Kommunalbereich, Kompetenzen und Einrichtungen zentralisiert, d. h. aus zahllosen Dörfern abgezogen. Die ländlichen Siedlungen, in der Raumordnung und Landesplanung oft als »Fläche« behandelt und damit diskriminiert, erfahren somit eine ständige Schwächung ihrer Bestände an Autonomie, Infrastruktur und Arbeitsplätzen.*

Welche Rolle spielt die Wissenschaft in diesem Prozeß?

#### 1. Wissenschaft – ein Erkenntnis- und Steuerungsfaktor der Zentralen

Die Wissenschaft arbeitet und gedeiht überwiegend nicht auf dem Lande und nicht in den Dörfern, sondern im Bezugfeld der Städte, der wirtschaftlichen und politischen Zentren. Urbanzentrale Verhaltensmuster prägen somit die wissenschaftliche Arbeit. Damit entfremden sich die in der Wissenschaft Tätigen auch als Personen in der Regel von den ländlichen Lebenswelten. Es ist wichtig zu wissen, daß Wissenschaft überwiegend vom Staate finanziert wird, d. h.

\* Zusammenfassung der Ergebnisse des 7. interdisziplinären Essener Dorfsymposiums in Bleiwäsche, Kreis Paderborn, vom 7. und 8. Mai 1990

sie steht in Abhängigkeit von ihren zentralen Geld- und Auftraggebern. Wissenschaft spiegelt insofern die hierarchischen Machtstrukturen des Staates wider, sie organisiert sich selbst hierarchisch und läßt den Aufstieg von Nachwuchskräften nur in Anpassungsvorgängen zu. Urbanzentrale Forschungsinhalte und -strategien sind daher in der Wissenschaft dominant.

Traditionelles ländliches Leben basiert überwiegend auf dem komplexen Fundus von Erfahrungswissen. Im herkömmlichen Forschungsprozeß ist aber jedes Erfahrungswissen kritisierbar; die allein nach rationaler Analyse mit meßbaren Methoden arbeitende Wissenschaft bildet ihre eigenen Vorstellungen bzw. Sinnprovinzen, die von den realen Gegebenheiten und Lebenswelten des ländlichen Raumes sehr weit entfernt sein können. Dadurch entsteht eine immer größere Entfremdung zwischen der wissenschaftlichen und bürokratischen Intelligenz der Städte von den Erfahrungskompetenzen und Selbststeuerungsmöglichkeiten des ländlichen Raumes.

Spätestens seit dem Ausgang des letzten Jahrhunderts prägt die nicht-agrarische Wirtschaft die übrigen Lebensbereiche. Mit der Entwicklung der Industriegesellschaft gehen weltweit Konzentrationsprozesse einher, wobei mehr die urbanen Zentren dominieren. Der ländliche Raum, dessen herkömmlichen »Machtpotentiale« Bevölkerung und Landwirtschaft rapide an Bedeutung verloren haben, erfährt allein durch den ökonomischen Prozeß zunehmend eine urbanzentralistische Fremdsteuerung.

Die Wissenschaft ist zum Wegbereiter und Mitträger dieser politisch-wirtschaftlichen Fremdbestimmung des Dorfes geworden. Sie folgte in der Regel opportunistisch den wechselnden Steuerungsidealen der zentralen Bürokratie. Sie setzte meist auf das, was gerade aktu-

ell ist, und unterstützte jeweils die externen Modernisierungs- oder Erhaltungsschübe für den ländlichen Raum, ohne das reiche Lebenswissen der Dörfer hinreichend wahrzunehmen bzw. zu respektieren.

Sehr geschadet hat dem Dorf das in den Raumwissenschaften und in der Politik als Ordnungsideal und Steuerungsmittel dominierende Zentrale-Orte-Konzept. Das in den 1930er Jahren von Walter Christaller entwickelte Modell, das anschließend als Konzept zur »Beherrschung des Raumes« eingesetzt wurde, wird überwiegend immer noch als ein quasi wissenschaftliches »Naturgesetz« betrachtet. Das zentralörtliche Raumordnungskonzept, das eine Umverteilung von Ressourcen zugunsten der Zentren anstrebt und vielfach bewirkt hat, basiert eher auf Ideologie und weniger auf Wissenschaft: Die Wirklichkeit der von Menschen geschaffenen vielgestaltigen Siedlungs- und Infrastrukturlandschaft muß sich einer »Theorie« unterordnen, nach der Städte und Dörfer sich aufgrund zentral von oben gesetzter Normen zu entwickeln haben.

Da die große Masse der deutschen Dörfer vom Zentrale-Orte-Konzept als »Nichtzentrum« abqualifiziert wurde, kam es hier zu einem »planvollen« Abbau« gewachsener Infrastruktureinrichtungen und Arbeitsplätze. Zahlreiche zentralistische Reformen (s. o.) haben diesen Abbau ausgelöst oder beschleunigt. Die weit überwiegende Mehrheit der ländlichen Siedlungen wurde damit durch staatliche Planung zu Wohnpendlerstandorten ohne Autonomie, Infrastruktur und Arbeitsplätze degradiert. Daß Politik und Wissenschaft sich von den Vorstellungen und Bedürfnissen der Menschen vor Ort entfernt haben, wird den Bürgern dadurch zunehmend bewußt. Viele flüchten in Resignation oder Abkehr von lokal-politischen Fragen und Aufgaben. Gegenüber wissenschaftlichen Tätigkeiten und Planungen hat sich in der ländlichen Bevölkerung deswegen vielfach Skepsis und Abwehr entwickelt, weil die Diskrepanz zwischen externen Experten und dörflicher Alltags- und Lokalkompetenz immer deutlicher wird.

Die überwiegend den urban-zentralistischen Steuerungskraften der Politik und Wissenschaft

verpflichtete Wissenschaft hat dem ländlichen Raum ohne Zweifel geschadet. Vor allem hat sie das Lebens- und Alltagswissen der Bevölkerung zu wenig wahrgenommen, die Kompetenz und Selbststeuerungskraft des Dorfes unterschätzt und untergraben.

## 2. *Wie kann die Wissenschaft »für das Dorf« arbeiten?*

Die inhaltlich wichtigsten Ergebnisse des Symposiums lauteten: Die durch die bisherige politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Fremdbestimmung entmündigten Dorfbewohner und -politiker müssen wieder größere Verantwortungs- und Gestaltungsspielräume erhalten. Das herkömmliche Zentrale-Orte-Konzept zur Steuerung der Entwicklung ländlicher Regionen ist – wenn es nicht durch etwas Besseres ersetzt werden kann – zumindest zugunsten der insgesamt 16000 »nichtzentralen« Dörfer in der BRD zu modifizieren oder zu ergänzen. Hier kann und muß die Wissenschaft ihre Bemühungen intensivieren.

Zunächst ist es notwendig, von den absoluten zentralistischen Standardlösungen Abstand zu nehmen. Im Interesse des ländlichen Raumes ist der Blick auf die kommunale und lokale Ebene zu richten. Vorrangig ist, daß die für den ländlichen Raum tätigen Wissenschaften die Ressourcen, Kompetenzen und Selbstverantwortungspotentiale des ländlichen Raumes und seiner Bevölkerung durch Analysen verdeutlichen und durch Beratung, Moderation und Motivierung aktivieren.

Als erfolgsversprechende wissenschaftliche »Zugänge zum Dorf« wurden die wiederzubelebende Nutzung hermeneutischer Methoden und die sogenannte Handlungsforschung vorgestellt. Die Hermeneutik versucht die charakteristischen Eigenarten und Strukturen des Dorfes und die Lebenserfahrung seiner Bewohner durch Beobachtung, Gespräche und historische Spurensicherung zu ermitteln. Der Forscher bekennt sich dabei zu einer subjektiven, qualitativen Vorgehensweise, die weitgehend auf extern gesetzte Vorgaben und Normen verzichtet, aber

das eigene Arbeiten ständig und sorgsam reflektiert. Die Handlungsforschung nutzt ebenfalls die qualitativen Methoden der teilnehmenden Beobachtung und des freien Interviews; die klassischen Untersuchungskriterien wie »Objektivität« und »Normen« werden hintangestellt. Durch einen ständigen »Diskurs« (Gespräche, die methodisch und inhaltlich fortschreiten und zu Schlußfolgerungen gelangen) will die Handlungsforschung vor allem eine Aktivierung des Gemeinwesens Dorf erreichen.

Da die heute vielfach propagierte »ganzheitliche Wissenschaft« in der vorherrschenden europäischen Wissenschaftstradition offenbar nicht erreichbar ist, sollte Spezialisierung wenigstens nicht mehr nur auf das Einzelne bezogen sein, sondern auch auf Zusammenhänge bzw. vernetzte Strukturen. Das verlangt, die Erfahrungen ländlicher Lebenswelten und die Bedürfnisse der Menschen als fortwährenden Lernprozeß in die Forschungsziele für den ländlichen Raum einzubeziehen. Solche Forschung akzeptiert, daß das Untersuchte nicht nur Objekt ist, sondern zugleich ein Subjekt, das den Forschenden ständig beeinflusst. Qualitative, umfassende Forschung und das Verständnis des Forschungsprozesses als Diskurs können die Fremdbestimmung ländlicher Räume durch Wissenschaft herkömmlicher Ausprägung mindern helfen und den in den Wissenschaften Tätigen verdeutlichen, daß sie nicht objektferne intellektuelle Avantgarde, sondern verantwortliche Akteure sind.

Auf diese Weise kann zum einen der Gefahr einer neuen Romantisierung des Dorfes und des ländlichen Raumes im Sinne einer verklärenden Heimattümelei entgegengewirkt werden. Denn in dieser Hinsicht überaktive Forscher werden selbstkritisch erfahren können, wie die realen Probleme und Potentiale des ländlichen Raumes aussehen. Zum anderen können Wissenschaftler aus der Erkenntnis von räumlichen und strukturellen Vernetzungen Einflüsse auf Politik und Wirtschaft nehmen, wenn dort ausschließlich zentralistische Steuerungsmuster weitergepflegt werden.

Nachdem die Notwendigkeit der Abkehr vom herkömmlichen Zentrale-Orte-Konzept in der

Raum- und Infrastrukturplanung weitgehenden Konsens fand, wurde über innovative Bedarfskonzepte für die große Masse der »nichtzentralen« Orte nachgedacht. Die bisher von der Ministerialbürokratie starr fixierte »Mindestgröße« dörflicher Einrichtungen wurde heftig kritisiert, weil sie den »nichtzentralen« Orten kaum Chancen zur Entwicklung einer gleichwertigen Lebensqualität ermöglicht. Die Planung und Standortfixierung von Infrastruktur waren bislang im wesentlichen an bevölkerungsstatistischen Orientierungszahlen ausgerichtet, die man aus großstädtischen Gegebenheiten ableitete. Man geht aber heute zunehmend davon aus, daß derartige Durchschnittswerte von potentiellen Nutzern pro Einrichtung als Maßstab für »Versorgung« untauglich sind, daß diese in erster Linie quantitativen Kriterien durch die tatsächlichen qualitativen Versorgungsbelange vor Ort abgelöst werden müssen. Grundsätzlich sollten die Entscheidungen über Standorte und Qualitäten der dörflichen Infrastruktur wieder auf die regionale und lokale Ebene übertragen werden, um flexiblere und angepaßte Lösungen zu ermöglichen. Abschließend wurden einige konkrete, z. T. schon erprobte Beispiele und Modelle für eine dorfgerechte Infrastrukturpolitik vorgestellt:

- die vielgenutzte Möglichkeit in Baden-Württemberg, eine dörfliche Grundschule ab 40 Kindern zu eröffnen (in NRW derzeit erst ab 112 Kindern möglich!),
  - die Einrichtung von Verwaltungsnebenstellen oder Bürgerbüros in eingemeindeten Dörfern,
  - die Übertragung von Zusatzfunktionen auf Dorfläden oder Gasthöfe (Post, Lotto, Bargeldversorgung u. a.),
  - die Eröffnung bürgereigener Lebensmittelläden in kleinen Dörfern,
  - die Gründung »dörflicher« Telestuben, um die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu nutzen.
- Ohne Zweifel wird es schwierig sein (schon aufgrund des Beharrungsvermögens der zentralen Bürokratien und der herrschenden Wissenschaftskreise), das herkömmliche Zentrale-Orte-Konzept durch modifizierte, d. h. dezentralere und flexiblere Planungsleitbilder zu erset-

zen. Eine Zukunft haben die Dörfer jedoch nur, wenn dieser Paradigmenwechsel vollzogen wird. Die Wissenschaft wird deshalb aufgerufen, ihre Arbeit an derartigen Planungskonzepten

## Denkmalpflege und Tourismus\*

»Übermaß schadet« oder »Maßlosigkeit zerstört« – diese beiden uralten Sprichwörter können das Verhältnis der Denkmalpflege zum Tourismus kennzeichnen.

Es besteht kein Zweifel an folgenden Fakten – das haben die beiden vorausgegangenen Tagungen ergeben und das hat die diesjährige Tagung bestätigt:

### 1. Kulturdenkmäler

Seien es einzelne herausragende Bauten oder ganze historische Stadtbilder, seien es bedeutende Museen oder bemerkenswerte ländliche historische Strukturen, Kulturdenkmäler sind die wesentliche Grundlage, sind die »Attraktionen« touristischer Ziele. Ohne diese Kulturdenkmäler gäbe es keine Kulturlandschaft und ohne Kulturlandschaft keinen Kultur-Tourismus. Alle öffentlichen wie privaten Investitionen an Kulturdenkmälern dienen also grundsätzlich der Förderung des Tourismus.

In touristisch bislang nicht besonders attraktiven Regionen können sinnvolle und behutsame

\* III. Internationales Symposium »Denkmalpflege und Tourismus« vom 7.–10. November 1990 in Trier

ten bzw. Entwicklungsmöglichkeiten zu intensivieren, um den ökonomischen und politischen Zentralisierungstendenzen – zugunsten der ländlichen Lebensräume – entgegenzuwirken.

Investitionen an oder in Kulturdenkmäler neue touristische Entwicklungen anregen und aufblühen lassen. Voraussetzung ist, daß alle Restaurierungen und Maßnahmen aus den Denkmälern selbst, d. h. aus ihren historischen Gegebenheiten und Möglichkeiten entwickelt werden, und daß nicht ein vorgegebenes Programm von außen gewaltsam »überstülpt« wird.

Mit anderen Worten: Es gilt, das vorhandene kostbare Kapital der Kulturdenkmäler zu entfalten, nicht selbstzerstörerisch auszubeuten. Diese Forderung gilt ganz besonders auch für die fünf neuen Bundesländer, das Gebiet der ehemaligen DDR, die einen ungeheuer reichen, wenn auch teilweise desolaten Schatz an wertvoller Denkmalsubstanz besitzen, der zu einem wertvollen Bestandteil eines künftigen blühenden Tourismus in diesem östlichen Teil der Bundesrepublik werden kann, der aber ebenso leichtfertig und unbedachtsam vertan werden kann.

Das Verhältnis Denkmalpflege und Tourismus wird in dem Augenblick fatal, wo Kulturdenkmäler wegen einer machtvoll angestrebten Tourismusförderung »mißbraucht« werden, d. h. so verändert, umgenutzt, aufpoliert, technisch vervollkommen werden, daß ihre historischen Zeugniswerte mehr oder weniger verloren gehen.

### 2. Tourismus

Tourismus ist – neben vielen anderen Gegebenheiten – eine Möglichkeit zur finanziell-wirtschaftlichen Erhaltung von Kulturdenkmälern. Die Spannweite reicht von Eintrittsgeldern über gastronomische Nutzung bis hin zu Spenden und öffentlichen Investitionen aufgrund der allgemeinen Wirtschaftsförderung einer Region durch Tourismus. Diese Chance, Kulturdenkmäler durch Tourismus zu erhalten, ist so lange anerkennens- und unterstützenswert, wie in einer vertretbaren und verantwortbaren Weise die historisch-kulturellen Zeugniswerte eines Kulturdenkmals touristisch präsentiert werden, und nicht umgekehrt das Kulturdenkmal zum Dienen gemacht wird, d. h. zu etwas, was man ausnutzen, ausbeuten kann, weil man ja dafür bezahlt. Statt des irreführenden Begriffs »sanfter Tourismus« müßte deshalb richtiger von »rück-sichtsvollem« oder »angemessenem Tourismus« die Rede sein.

### Ergebnisse und Anregungen

Denkmalpfleger und Landschaftsschützer können nur immer wieder mahnend auf die negativen Folgen des »Nicht-Maßhaltens« im Verhältnis Denkmalpflege und Tourismus hinweisen und zu den notwendigen wirtschafts- und kulturpolitischen Entscheidungen aufrufen. Dazu gehört die *politische Bereitschaft*, die nachfolgenden Anregungen, Vortrags- und Diskussionsergebnisse umzusetzen:

1. Jeder freie Bürger hat Recht und Anspruch auf Bildung, also auch auf Bildungserlebnisse durch Kulturreisen. Zu diesem Recht gehört aber andererseits auch die Pflicht zur ausreichenden Information über das besuchte Andersartige und Fremdartige – denn nur das, was man kennt und damit anerkennt, kann man achten und schonen. Weiterhin gehört dazu eine Bewußtseins-schulung über die Folgen und Auswirkungen, auch die negativen, des eigenen touristischen Handelns. Die systematische, wissenschaftliche Dokumentation und Erforschung der Kulturdenk-

mäler (wozu den Denkmalämtern einschließlich Archäologie vielfach die Voraussetzungen fehlen) ist notwendige Grundlage einer soliden breiteren Information. Zur touristischen Aufarbeitung und Weitergabe dieses Wissens sind alle am Tourismus Beteiligten aufgerufen, von Schule und Ausbildung über den Verleger, die Medien, den Reisenden selbst und den Reiseveranstalter bis zum Gastgeber.

2. Der touristische Gast ist nicht nur mit einer »idealen Kunstlandschaft« und »heilen Naturwelt« zu locken, sondern man muß ihn teilhaben lassen an der ganzen – auch widersprüchlichen – Erlebnisvielfalt des gastgebenden Landes, wozu der kundige Blick in die Vergangenheit ebenso gehört wie das offene Auge für die Gegenwartsprobleme (es gibt allerorten gefährdete Kunst und bedrohte Natur).
3. Es kommt darauf an, touristische Zentren aus kulturhistorischen oder bauhistorischen Vorgaben zu schaffen, die nicht nur rein kommerziell funktionieren – diese Basis erschöpft sich allzusehr –, sondern die eine geistig-schöpferische und auch didaktische Ausstrahlung auf die gesamte umliegende Region bewirken, diese damit produktiv und letztlich bleibend prägen (die Geschichte kennt viele solcher geistiger, landschaftsprägender Kulturzentren, die heute Angelpunkte des Tourismus sind).
4. Bei den durch Massentourismus akut gefährdeten Spitzenwerken unserer Kultur sind gegebenenfalls durch organisatorische Maßnahmen Besucherbeschränkungen zu realisieren, notfalls Teilsperren hinzunehmen oder Ersatzlösungen zum Schutz der wertvollen Originale anzubieten. (Im Naturschutz sind Reservate als Schutzbereiche längst selbstverständlich.)
5. Eine dichte, gewachsene Kulturlandschaft darf nicht durch die Schaffung neuer künstlicher, modischer touristischer Zentren »vermarktet« und damit verbraucht werden, sondern sie ist durch vorhandene freie oder ungenutzte Kapazitäten zu beleben, d. h. z. B. kon-

ekret statt steriler, künstlicher »Ferienghetos« Ferien in den vorhandenen, aber sich allmählich besonders in ihrem historischen Bestand entleerenden historischen Orten und Dörfern.

6. Die belastenden Tourismus-Konzentrationen auf einzelne Denkmäler oder Regionen können dadurch entzerrt werden, daß in touristisch nicht oder weniger aktivierten Kulturlandschaften vorhandene, aber noch nicht geübte Möglichkeiten erschlossen und genutzt werden. Ein rhythmischer 2- oder 3jähriger oder jahreszeitlicher Wechsel von Angeboten oder Schwerpunkten oder auch Sonderprogrammen kann ebenfalls helfen, das Massenproblem zu entflechten.
7. Kultur- und Bildungstourismus sollte auf das ganze Spektrum historischer Kulturzeugnisse hinführen, von der Kathedrale bis zur Wohnsiedlung, vom Schloß bis zum Industriedenkmal, also nicht nur das herausragende, besonders gefahrenanfällige Kunstwerk, sondern auch Denkmäler und Denkmallandschaften im Sinne des heutigen gesetzlich umschriebenen Denkmalbegriffs.

#### *Europäische Perspektiven*

Der Tagungsort Trier ermöglichte grenzübergreifende Überlegungen, besonders für den Raum Luxemburg, Belgien, Lothringen und das westliche Rheinland-Pfalz, seit ca. 200 Jahren politisch getrennt, aber seit über 2000 Jahren kulturell verwoben. Ziel ist:

1. das Bewußtmachen eines touristisch wenig entwickelten, doch kulturell reichen, weitgehend ländlich geprägten Raumes.
2. das Herausarbeiten sowohl der kulturellen Gemeinsamkeiten wie der kulturellen Eigenständigkeiten der verschiedenen Regionen und
3. die Erarbeitung grenzübergreifender Gemeinschaftsprojekte, z. B. Kulturrouten.

Bei der Umsetzung dieser Ziele gelten selbstverständlich ebenso die dargelegten Ergebnisse und Anregungen des Symposiums. Vor Pauschalangeboten ist zu warnen; Differenzierung auf ei-

nem mehrspurigen Tourismus und Selektierungen oder Kanalisierung der Tourismusströme nach Interessen und Zielen sind geboten.

#### *Deutsche Perspektiven*

Die deutsche Vereinigung bedeutet in den fünf östlichen Bundesländern für Denkmalpflege und Tourismus große Chancen und Gefahren zugleich.

1. der äußerst reiche Bestand an Kulturdenkmälern und historischen Stätten sowie die langjährige Abgeschlossenheit begründen einen großflächigen touristischen Bedarf und ein drängendes Verlangen, Versäumtes nachzuholen. Die derzeit noch unzureichende Infrastruktur und der vielfach schlechte Bauzustand der Denkmäler wirken dabei zur Zeit noch hemmend.
2. Diese geschilderten Voraussetzungen werden schon bald ein rasant wachsendes Investitionsinteresse der Tourismusbranche hervorrufen (z. B. derzeit viele große Hotelprojekte in kleinteiligen Altstädten, in historischen Baudenkmalern sowie an oder in historischen Parkanlagen). Es drohen schnelle Erfolgs- und Gewinnabsichten, statt behutsam-organischer Entwicklung in einer Region, in der die Vorstellung »Kommerzialisierung des Tourismus« bislang unbekannt war und die damit zur Zeit überfordert wird – die Kulturdenkmäler und die Kulturlandschaften werden das Opfer sein, wenn nicht Gewinnstreben durch Verantwortungsbewußtsein gesteuert wird.

Die Tagungsteilnehmer stimmten, ausgehend von den Vorträgen und sehr regen Diskussionen, diesem Resümee zu und verabschiedeten die beiden nachfolgend abgedruckten Resolutionen:

#### *Aufruf von Trier zur Denkmalpflege in den neuen Bundesländern*

Das III. Internationale Symposium »Denkmalpflege und Tourismus« – Mißtrauische Distanz

von Nöten. Insbesondere die Sicherung und Sanierung der Dächer muß Priorität haben.

Die Vorträge und Diskussionen der Tagungsteilnehmer sowie die abendliche Podiumsdiskussion mit dem Präsidenten des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Herrn Prof. Dr. Breitenbach, Kultusminister des Saarlandes, machten deutlich: Eine rücksichtsvolle Tourismusstrategie hilft ebenso wie eine gezielte Wohnungsbaupolitik Denkmale, historische Stadt- und Ortskerne zu bewahren; denn die touristische Erschließung ist eine Chance für den Denkmalschutz und die Denkmalpflege in den fünf neuen Bundesländern.

#### *Ein Votum für das Rheintal*

Die Teilnehmer des III. Symposiums für Denkmalpflege und Tourismus vom 7. bis 10. November 1990 in Trier wurden unterrichtet, daß zur Zeit eine raumordnerische Überprüfung für den Standort eines großen Ferienzentrums oberhalb von Oberwesel bei Langscheid durchgeführt wird. Ohne den Ergebnissen dieses Raumordnungsverfahrens vorgreifen zu wollen, soll diese Resolution zu einer objektiven fachlichen Beurteilung des Vorhabens beitragen.

Die landesplanerischen Zielsetzungen für den historisch bedeutsamen Raum der mittelrheinischen Kulturlandschaft sehen eine, den Bedürfnissen von Landschaft und Bevölkerung angemessene, maßstäbliche Entwicklung vor. Diesen Zielsetzungen widerspricht das Gran Dorado-Ferienzentrum in mehrfacher Hinsicht:

1. Die künstliche, nicht in der Landschaft gewachsene Siedlung sprengt durch Größe und Standort den vorgegebenen Maßstab der Kultur-Landschaft.
2. Das Heranrücken von Teilen der Siedlung an die Abbruchkante des Rheintales ist ein nicht mehr tolerierbarer Eingriff in die Kulturlandschaft. Der Maßstab, den die Dorflandschaften auf der Höhenterrasse und die Städte Oberwesel, Kaub mit Pfalzgrafenstein und Bacharach im Rheintal setzen, erfordert ein sensibles Eingehen auf diese Voraussetzun-

oder fruchtbare Partnerschaft – 7. bis 10. November in Trier, an dem über 200 Kulturpolitiker, Denkmalpfleger, Kunsthistoriker, Tourismus-Theoretiker und -Praktiker und – nicht zuletzt – auch private Denkmaleigentümer aus Mitteleuropa teilgenommen haben, hatte sich in besonderem Maße der Denkmal- und Tourismussituation in den neuen deutschen Bundesländern gewidmet.

Dabei wurde rasch deutlich, wie gefährdet die große Menge der Denkmale in diesen Ländern ist und zugleich, welche reiche Kultursubstanz dort trotz jahrzehntelanger verfehlter Politik noch vorhanden ist. Die Betonung liegt auf *noch*; denn die Denkmalsubstanz in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen ist extrem gefährdet.

Ein massiver Verlust von historisch wertvoller Bausubstanz in den Städten und Dörfern Mittel- und Ostdeutschlands, insbesondere in den historischen Stadt- und Ortskernen, dürfte nicht ohne Rückwirkung bleiben auf das historische und kulturelle Bewußtsein und die Identität der dort Wohnenden. Die Teilnehmer des Symposiums waren sich einig, daß schnelle Hilfe Not tut, und zwar als Hilfe zur Selbsthilfe. Voraussetzung ist die schnelle Verabschiedung von Denkmalschutzgesetzen in den fünf neuen Bundesländern.

Das Wissen und die handwerkliche Kunst der ostdeutschen Restauratoren, Bauhandwerker und Denkmalpfleger ist zu aktivieren, zu bündeln und durch gezielte Weiterbildung zu fördern. Die kollegiale Hilfestellung und Beratung vor Ort durch westliche Baupolitiker, Denkmalpfleger und Verwaltungsfachleute ist wertvoll und muß gezielt stadt- und objektbezogen systematisiert und verstärkt werden.

Es gilt Anreize zu schaffen, daß sich auch qualifizierte Fachleute, Baubetriebe und Bauhandwerker sowie Restauratoren aus anderen europäischen Regionen zusätzlich in den fünf östlichen Bundesländern niederlassen und mithelfen, diese gewaltige Aufgabe der Rettung der historischen Bausubstanz zu bewältigen.

Rasche, zielgerichtete, finanzielle Hilfen sind

gen, die durch die jetzt bekanntgewordene Ausformung der Siedlung keinesfalls aufgenommen werden.

3. Das Rheintal ist durch bauliche Maßnahmen in den letzten Jahrzehnten so stark zersiedelt worden, daß weitere Eingriffe, vor allem in der Dimension des Gran Dorado-Ferienzentrums, in dieser Landschaft nicht mehr verantwortet werden können. Daneben würde die Genehmigung eines solchen Projekts einen Präzedenzfall darstellen, der bei den derzeit laufenden Überlegungen zum Ausbau von Loreley, Burg Katz und Ferienpark Dörscheid eine starke, diese Projekte fördernde Wirkung hätte.
4. Auf weitere, bei der Abwägung sicher einzubringende Güter sei nur am Rande hingewiesen, da sie nicht Gegenstand des Trierer Symposiums waren. Es sind dies die Folgen für die Umwelt aus den erforderlich werdenden

Infrastrukturmaßnahmen zur Ver- und Entsorgung dieses Gebietes, die durch den Betrieb von Anlagen zu erwartenden Immissionen und die zu vermutenden Umsatzeinbußen des regionalen Einzelhandels durch die massive Konkurrenz aus dem Gran Dorado-Ferienzentrum.

5. Ferner ist zu vermuten, daß die Aufnahme des Mittelrheins in die UNESCO-Liste des Weltkultur- und Naturerbes in Frage gestellt wird.

Die Teilnehmer des III. Symposiums für Denkmalpflege und Tourismus erwarten in der Abwägung zu diesem Verfahren eine Gewichtung, die der Bedeutung dieser Landschaft für die ganze deutsche Nation entspricht. Diese Landschaft des Mittelrheins ist ein Teil der Identifikation unserer Natur. Sie darf keinesfalls durchsichtigen ökonomischen Interessen geopfert werden.

## Notizen

### *Berlin-Visionen*

»Ideen für das Herz einer Großstadt« ist Titel einer Ausstellung, die bis zum 24. März 1991 im Frankfurter Architekturmuseum zu sehen ist und danach auf die Reise nach Turin, London und New York geht. 17 Architekten stellen ihre Entwürfe den realen Planungen der Stadt gegenüber. Fast durchgängig im Vordergrund steht dabei das stadtplanerische Wieder-Zusammenfügen der einstigen Metropole.

Zu einer »Verbrückung« der Gebäude zu beiden Seiten der ehemaligen Mauer mit schwungvollen Stegen rät der Franzose Bernard Tschumi. Mario Bellini will den mittelalterlichen Stadtkern neu beleben. Weitere Lösungen sind unter anderem ein breiter Boulevard zwischen Kurfürstendamm und Alexanderplatz, ein öffentlicher Park im Bereich der abgerissenen Mauer, aber auch eigenständige »Stadtinseln«.

### *Veranstaltungen*

#### *Forschungsinstitut für Realienkunde*

Zum Thema »Visualisierung städtischer Ordnung. Zeichen – Abzeichen – Hoheitszeichen« führt das Forschungsinstitut für Realienkunde am Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg eine Tagung durch.

Seit dem 11. Jahrhundert schlossen sich die Stadtbewohner zu Genossenschaften zusammen und schufen sich Leitungsorgane. Das Stadtregiment bediente sich differenzierter Funktions- und Amtsträger namentlich im Bereich der Verwaltung und des Gerichts. Charakteristisch für diese neu geschaffenen Ämter ist nicht zuletzt der regelmäßige personelle Wechsel der Amtsinhaber nach festgelegten Zeitabschnitten. Dadurch potenzierte sich die Möglichkeit für den

Bürger, unbekanntem Amtsträgern gegenüberzustehen – wie für den Amtsträger, nicht hinreichend bekannt zu sein. Auf der Tagung soll die Frage gestellt werden, welche Konsequenzen diese neue Situation im Bereich der Realien hatte, welche Mißstände zur Festlegung besonderer Zeichen führten, wie diese Regelungen sich bewährten und was gegebenenfalls zu deren Beseitigung führte. Angesichts des interdisziplinären Charakters der Tagung basieren die Beiträge auf Schriftquellen, bildlichen Zeugnissen sowie Realien.

Behandelt werden Themen aus folgenden Bereichen: Rat und Gerichtsherren, Gericht, städtische Amtsträger, Kontrolle städtischer Normen: Maße, Gewichte, Münzen, Randgruppen und Minderheiten.

Das Tagungsprogramm ist erhältlich bei: Forschungsinstitut für Realienkunde, Germanisches Nationalmuseum, Postfach 9880, 8400 Nürnberg 1; Tel. (0911) 1331-174.

#### *Institut für Städtebau und Wohnungswesen München*

Im Herbst 1991 führt das Institut für Städtebau und Wohnungswesen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung nachstehende Fachtagungen durch. Die Teilnehmergebühr beträgt je nach Veranstaltung zwischen 140,- und 300,- DM:

»Planung in Klein- und Mittelstädten: Entwicklungs- und Erneuerungsfragen, Verkehr und ökologische Aspekte«, vom 18.–20. 9. in München.

»Denkmalpflege und Städtebau: Wertmaßstäbe und Rechtswerkzeuge des Denkmalschutzes und der Bauleitplanung«, vom 23.–25. 9. in Nürnberg.

»Abrechnung von Sanierungsmaßnahmen: Erfahrungen und Empfehlungen«, vom 26.–27.9. in München.

»Aktuelle Fragen des Planungsrechts: Erfahrungen, Rechtsprechung, Bezug zu Umwelt- und Denkmalschutzrecht«, vom 7.–8.10. in München.

»Stadtentwicklungsperspektiven und Gewerbestandorte«, vom 9.–11.10. in München.

»Erschließungsbeitragsrecht«, vom 14. bis 16.10. in München.

»Stadt- und Regionalplanung unter ökologischen Gesichtspunkten – Möglichkeiten und Grenzen an Fallbeispielen«, vom 16.–18.10. in München.

»Computereinsatz in der Stadt- und Regionalplanung: Erfahrungsaustausch zum aktuellen Stand von CAPL«, vom 21.–23.10. in München.

Anmeldung und Information: Institut für Städtebau und Wohnungswesen München, Steinheilstraße 1, 8000 München 2; Tel. (089) 521061.

#### Deutsches Institut für Urbanistik

Im 1. Halbjahr 1991 führt das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin folgende bundesweit ausgeschrieben Seminare durch:

»Vollzugs- und Planungsinstrumente des kommunalen Umweltschutzes« (6.2.–8.2.); »Wohnungssicherung und Wohnungsversorgung« (18.2.–22.2.); »Die marktgerechte Stadt. Dynamik der Veränderung und kommunalpolitische Kontrolle« (18.3.–21.3.); »Altlasten in der Bauleitplanung« (15.4.–18.4.); »Abfall vermeiden. Welche Handlungsspielräume haben Kom-

munen?« (22.4.–25.4.); »Multikulturelle Gesellschaft und kommunale Ausländerpolitik« (13.5.–16.5.); »Kommunale Kooperation in Deutschland« (26.5.–28.5.); »Kinder in der Stadt« (10.6.–14.6.).

Die Seminare finden in den Tagungsräumen des Deutschen Instituts für Urbanistik statt. Anforderungen von Einzelprogrammen, Anfragen und Anmeldungen an: Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 110, Postfach 126244, 1000 Berlin 12; Tel. (030) 390 01-258.

#### Center for Urban Well-Being

Vom 2.–6. Juli 1991 findet in Venedig die »10th International Making Cities Livable conference« statt. Die Konferenz wendet sich an Kommunalpolitiker, Architekten, Stadtplaner, Stadtgeographen sowie Sozialwissenschaftler.

Informationen: Suzanne H. Crowhurst Leonard, Ph.D. (Arch), IMCL Conference, P.O. box 7586, Carmel, Ca 93921, USA; Tel. (408) 626-9080.

#### Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt

Regionaltagung 1991 in Minden/Westf. vom 24.–26. Mai zum Thema »Minden: vom Bedeutungswandel einer Stadt«.

Internationale Städtetagung 1991 in Weimar vom 26.–29. September zum Thema: »Die alte Stadt in Ostdeutschland. Probleme, Praktiken, Prognosen.«

Anmeldung und Information: Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt, Marktplatz 16, 7300 Esslingen, Tel. (0711) 357670.

## Besprechungen

Kersten Krüger (Hrsg.), *Europäische Städte im Zeitalter des Barock. Gestalt – Kultur – Sozialgefüge (Städteforschung. Veröffentlichungen des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster, Reihe A: Darstellungen, Bd. 28), Köln: Böhlau 1988, zahlr. Abb., 1 Faltkarte, XX u. 449 S., DM 98,-.*

Wie viele Bände der Reihe »Städteforschung« ist auch der vorliegende Band aus einer Tagung hervorgegangen, die am Institut für vergleichende Städtegeschichte in Münster stattfand. Eine relativ lange Zeit, vier Jahre, liegt zwischen dem Kolloquium (vom 2. bis 4. April 1984) und der Publikation der Beiträge, die sich damit nicht mehr auf dem neuesten Forschungsstand befinden. Das Rahmenthema des Kolloquiums bzw. der Publikation entspricht nicht ganz dem Inhalt. In räumlicher Hinsicht liegt der Schwerpunkt eindeutig auf mitteleuropäischen Städten. Zeitlich beziehen sich die meisten Beiträge auf das 17. Jahrhundert, das »Zeitalter des Barock«. Die Verwendung eines kunst- und literaturgeschichtlichen Epochenbegriffs wie »Barock« statt eines allgemeinhistorischen ist jedoch fragwürdig, da sich nur wenige Autoren diesem Aspekt widmen.

Das Themenspektrum der insgesamt 14 Beiträge, die der Herausgeber in einem Vorwort vorstellt, ist recht vielfältig. In zehn Fällen stehen einzelne Städte oder Städtegruppen im Mittelpunkt von Untersuchungen, die sich mit Detailproblemen befassen oder auch Überblickscharakter besitzen. Die vier übrigen Aufsätze, die die Edition einleiten, widmen sich allgemeineren Aspekten. Der Frankfurter Kunsthistoriker Gerhard Eimer eröffnet die Publikation mit Ausführungen zum künstlerischen Erscheinungs-

bild der Barockstadt anhand der frühesten Modellsammlungen. Er beklagt mit Recht, daß diesen Modellen in der Wissenschaft und in der Museumsrepräsentation nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wurde, obwohl ihre Anfertigung zu den charakteristischen »Planspielen« der europäischen Fürsten des Frühabsolutismus gehörte. Heinz Stooß, der Herausgeber der Reihe »Städteforschung«, legt eine vergleichende Studie zur Stadtbefestigung in der frühen Neuzeit vor. In ihr erhalten wir einen fundierten Überblick über das Erscheinungsbild der europäischen Städte, aber auch des Bürgertums, dessen Wirtschaftskraft und politisches Bewußtsein in der äußeren Gestalt zum Ausdruck kam.

Mit demographischen Aspekten des frühneuzeitlichen Städtewesens befaßt sich Arthur E. Imhof, ein ausgewiesener Kenner der Materie. Er zeigt an interessanten Beispielen, insbesondere zur Mortalität, die Möglichkeiten und die großen Defizite auf dem Gebiet der städtischen Historischen Demographie. Auf die Ebene von Theorie und Begriffsgeschichte begibt sich anschließend der Osnabrücker Literaturwissenschaftler Klaus Garber. Er wirft die Frage nach der Eignung und Deutung des Barockbegriffs auf. Sie stellt sich für ihn angesichts der Kontinuität, die die Literaturgeschichte zwischen Humanismus und Aufklärung aufweist. Unter Abstraktion von dieser Kontinuität das 17. Jahrhundert als Barockepoche zu bezeichnen, wäre für ihn nicht legitim.

Der Mainzer Emeritus Ludwig Petry macht den Anfang mit den stadtgeschichtlichen Fallstudien des Bandes. Er handelt von Breslau in der frühen Neuzeit, d.h. zur Habsburgerzeit (1526–1740). Die größte schlesische Stadt bezeichnet er als Metropole des Südostens. Wie Politik, Wirtschaft und Religion die inneren und

äußeren Lebensbedingungen Breslaus beeinflussen, wird in einem souveränen Überblick skizziert. Einer Großstadt von europäischem Rang, der Reichsstadt Nürnberg, gilt die Studie von Rudolf *Endres*. Sein Hauptaugenmerk gilt der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Führungsschicht der Stadt.

Mit österreichischen Städten befassen sich die beiden folgenden Autoren. Der Grazer Rechtshistoriker Helfried *Valentinič* zeigt die Bedeutung der Türkenabwehr für die Gestalt und die Bevölkerung der innerösterreichischen Städte im 17. Jahrhundert. Verluste und Gewinne hielten sich in Grenzen. Während Grundherren und Großunternehmer einen Gewinn aus der militärischen Bedrohung zogen, war dies für die städtischen Bürger kaum der Fall. Reinhard Rudolf *Heimisch* beschreibt Gesellschaft und Kultur im barocken Salzburg. Als Hauptstadt des gleichnamigen Erzstiftes war die Stadt ein politisches, administratives und kulturelles Zentrum, das in musikalischer Hinsicht allerdings erst mit Wolfgang Amadeus Mozart seinen Höhepunkt erreichte.

Mit der Sozialtopographie westfälischer Städte in der frühen Neuzeit befaßt sich Hartwig *Walberg*, der sich bereits durch seine Münsteraner Dissertation über lippische Städte (1980) auf diesem Gebiet ausgewiesen hat. Forschungsstand und -perspektiven werden in diesem Beitrag aufgezeigt, wobei die preußischen Urkataster des 19. Jahrhunderts in ihrem Quellenwert eine verdiente Würdigung erhalten. Methodisch und inhaltlich verdienstvoll ist die Abhandlung über die politische Elite Hannovers im 17. Jahrhundert, die von Siegfried *Müller* vorgelegt wird. Wer in der Stadt die ökonomische und wer die politische Macht besaß und wo die Häuser der Elite lagen, wird von Müller statistisch und kartographisch sehr anschaulich und differenziert herausgearbeitet. Der anschließende Beitrag des Münsteraner Historikers Bernhard *Sicken* über die Fremdenpolitik in der geistlichen Residenzstadt Würzburg am Ende des 18. Jahrhunderts fällt aus dem in der Publikation sonst gesetzten zeitlichen Rahmen. Würzburg besaß eine starke Anziehungskraft für »arme« Fremde, deren Zuzug von der Obrigkeit meist

vergeblich einzuschränken gesucht wurde. Das Geflecht sozioökonomischer, rechtlicher und humanitärer Faktoren wird vom Autor minutiös analysiert.

Mit dem Finanzwesen der Stadt Schleswig 1660 bis 1670 befaßt sich der Wirtschaftshistoriker Hermann *Kellenbenz*. Die Struktur von Einnahmen und Ausgaben einer kleinen unter dänischer Herrschaft stehenden Stadt wird hier deutlich. Burchard *Scheper* handelt von den schwedischen Plänen zur Gründung von Carlsburg an der Weser und Kersten *Krüger* schließlich von der Befestigung, Bombardierung und dem Wiederaufbau Ratzeburgs 1689 bis 1695. Beide Aufsätze beruhen, wie die meisten übrigen, auf Archivstudien. Der wissenschaftliche Wert des Bandes ist nicht zuletzt deshalb hoch einzuschätzen. So heterogen die Publikation nach Inhalt und Methode auch ist, die Stadtgeschichtsforschung erhält durch sie eine willkommene Bereicherung.

Münster

Peter Burg

*Franziska Bollerey / Gerhard Fehl / Kristina Hartmann (Hrsg.), Im Grünen wohnen – im Blauen planen. Ein Lesebuch zur Gartenstadt (Stadt – Planung – Geschichte 12), Hamburg: Christians 1990, 470 S., DM 69,—.*

Kaum noch zu bewältigende Verkehrsprobleme, Wohnungsnot und zu Einkaufszonen heruntergekommene Stadtzentren drängen seit einigen Jahren Stadtplaner wieder verstärkt zur Suche nach Alternativen. Daß dabei auch auf Anregungen durch historische Modelle zurückgegriffen wird, ist wenig verwunderlich. So wird auch das von dem englischen Parlamentsstenographen Ebenezer Howard um die Jahrhundertwende entwickelte Konzept der »Garden-City«, das nicht zuletzt im deutschsprachigen Raum viele Nachahmer fand, jüngst wieder verstärkt – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der ökologischen Debatte – erörtert.

Ganz in diesem Sinne als Anregung verstehen auch die Herausgeber ihr Lesebuch zur Garten-

stadt: »Der Reformgedanke der Gartenstädter könnte uns heute durchaus auf die Sprünge helfen« heißt es im Nachwort. »Lesebuch« ist dabei durchaus als konzeptionelles Programm zu verstehen, denn der Band will weder umfassende Monographie noch streng wissenschaftlicher Sammelband sein, sondern verbindet in losem Zusammenhang fachliche Beiträge, zeitgenössische Dokumente aus der Gartenstadtdiskussion seit der Jahrhundertwende, Bildmaterial und Graphiken aus der Pionierzeit der Gartenstadtbewegung. Ergänzt wird das vielfältige Material durch eine ausführliche Einleitung der Herausgeber in Form eines historischen Abrisses, der auch dem nicht mit der Materie vertrauten Leser eine rasche und gleichwohl fundierte Orientierung ermöglicht, zumal sich das Buch mindestens so sehr an Architekten und Stadtplaner wie an die Fachhistoriker wendet. Hervorgegangen sind die vierzehn Fachbeiträge aus dem vom 6.–8. März 1986 im niederländischen Delft durchgeführten Forschungs-Kolloquium »Die Gartenstadt – Neubewertung ihrer historischen Entwicklung und Überprüfung ihrer aktuellen Bedeutung«, das einen intensiveren Austausch zwischen den meist sehr vereinzelt und überdies in verschiedenen Fachdisziplinen arbeitenden Gartenstadtforschern anregen wollte.

So spiegelt die thematische Vielfalt der Beiträge von »Im Grünen wohnen – im Blauen planen« die aktuelle Forschungssituation zur Gartenstadt wider. Trotz einiger grundlegender, umfassender Arbeiten der letzten Jahrzehnte (so beispielsweise: K. Hartmann: Die deutsche Gartenstadtbewegung. Kulturpolitik und Gesellschaftsreform, München 1976; W. L. Creese: The Search for Environment. The Garden City Before and After, New Haven und London 1966) und einer Vielzahl von Einzelstudien, die vor allem die Geschichte einzelner Gartenstadtprojekte an Hand des in der Regel reichlich vorhandenen Quellenmaterials gründlich aufgearbeitet haben (vgl. im vorliegenden Band etwa die Beiträge von Dieter Scheeren über die Gartenstadt Karlsruhe-Rüppurr und von Gundela Lemcke über das nichtrealisierte Projekt der Gartenstadt Braunschweig), ist man von einer wirklichen Gesamtbewertung der Gartenstadtbewegung in

ideengeschichtlichem und politischen Horizont, vor allem auf gesamteuropäischer Ebene noch weit entfernt.

Bei ihrer Auswahl haben sich die Herausgeber von folgendem Gesichtspunkt leiten lassen: Hatte Howard seine Gartenstadt ursprünglich als ein Modell für eine umfassende Reform des gesellschaftlichen Lebens gedacht, so wurde im Laufe der Rezeptionsgeschichte die Gartenstadt auf ein »Städtebau-Reformmodell« reduziert, das Howards technischen Planvorschlag von seinen politischen Vorstellungen löste und diesem nun andere politische und gesellschaftliche Vorstellungen unterlegt werden konnten. Gartenstadt wurde so zur Leitidee für eine ganze Reihe sehr disparater politischer Gruppierungen. Der unterschiedliche Umgang mit dieser Leitidee bildet die lockere Klammer der einzelnen Aufsätze im Buch.

Wolfgang Voigt berichtet in seinem Beitrag »Die Gartenstadt als eugenische Utopie« beispielsweise über die Rolle der Rassehygieniker innerhalb der Deutschen Gartenstadtgesellschaft und in der Städtebaudiskussion von den 20er bis in die 50er Jahre. Hier verstand man die Gartenstadt als Instrument zur Verwirklichung des Ideals einer höherwertigen Rasse. Eine ganz andere Art der Rezeption dagegen belegt Thomas Hafner in seiner Untersuchung »Sozialdemokratie und Gartenstadtbewegung im deutschen Kaiserreich«. Auf beträchtliche Teile der Arbeiterbewegung wirkte die Gartenstadt so anziehend, weil man auf sie die Hoffnung setzte, ein gemeinschaftlich und genossenschaftlich organisiertes Leben in Einklang mit der Natur verwirklichen zu können.

So verständlich schon aufgrund der Forschungslage die Beschränkung des Lesebuchs auf die deutsche Rezeption der Gartenstadt ist, so sehr ist sie doch auch zu bedauern. Immerhin hatte Howards Konzept in praktisch allen europäischen Staaten und darüberhinaus eine beträchtliche Anhängerschaft gefunden, was sich unter anderem in der Gründung entsprechender Vereinigungen niederschlug. Immerhin gibt der Beitrag von Franziska Bollerey einigen Aufschluß über die niederländische Adaption der Gartenstadt, und Marcel Smets informiert über

die Situation in Belgien. Zwei kurze, zeitgenössische Dokumente, die sich auf die Sowjetunion beziehen, lassen ahnen, wie interessant ein ausführlicherer Blick über den nationalen Gartenzaun gewesen wäre. Für die künftige Forschung zur Gartenstadt gibt es, um einen Begriff der Herausgeber zu verwenden, noch genug »Brachflächen«, die auf Bearbeitung warten. Das betrifft sicher auch die Frage nach Beziehungen der Gartenstadtidee zu anderen planerischen Konzepten und Stadttypen wie etwa den Großstadtplänen Le Corbusiers und anderen. Unter ideengeschichtlichem Gesichtspunkt wäre die Gartenstadt auch auf ihre Beziehung zu den zeitgenössischen Strömungen in Philosophie und Naturwissenschaft noch einer gründlicheren Prüfung zu unterziehen.

Schwäbisch Gmünd Bernd Kleinhans

*Klaus Andrä u. a., Marktplätze, hrsg. vom Institut für Städtebau und Architektur, Bauakademie der (ehem.) DDR, Berlin: Henschel 1990, zahlr. Abb., DM 98,-.*

Das hier angezeigte Buch über historische Marktplätze in Städten der »neuen« Bundesländer kommt nicht nur gerade zum rechten Zeitpunkt, es schließt vor allem eine Lücke für den Stadtgeschichtler, den Stadtplaner, den städtebaulich interessierten Leser im deutschsprachigen Raum und veranlaßt, nach einer vergleichbaren Veröffentlichung über Marktplätze in den »alten« Bundesländern, in Österreich, der Schweiz oder auch Südtirols zu suchen bzw. zu rufen.

Das vielfach ausgesprochene Bedauern über den baulichen Zustand der historischen Stadtkerne vieler Städte in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen läßt vielfach vergessen, welche kulturellen Werke in den mitteldeutschen Städten zwischen Ostsee und Erzgebirge trotz allem erhalten worden sind. Hier setzt der von Klaus Andrä und seinem Autorenkollektiv gestaltete Band ein. Anhand von Text und einem hervor-

ragend ausgesuchten Bildmaterial werden die historischen Marktplätze von Dresden, Freiberg, Görlitz, Güstrow, Halle, Jena, Leipzig, Naumburg, Quedlinburg, Schwerin, Sömmerda, Stralsund, Torgau, Weimar und Wittenberg in ihrer Baugeschichte, vom Zeitpunkt ihrer Entstehung bis zur Gegenwart dargestellt. Die ausführlichen Beschreibungen der jeweiligen städtebaulichen Entwicklungen der einzelnen Stadt werden dem Leser durch zahlreiche Karten, Pläne, Modellfotos und Detailaufnahmen besonders plastisch vor Augen geführt. Insbesondere der Stadtplaner wird beim Studium des Bandes manche Vergleiche vornehmen wollen mit historischen Stadtplätzen, die ihm aus seiner Beschäftigung mit Städten westlich der Elbe bekannt sind. Ihm wird dabei deutlich werden, daß »die Faszination, die von historischen Marktplätzen ausgeht, wo auch immer sie liegen, wohl aufs engste mit ihrer Fähigkeit zusammenhängt, das Wesen des Städtischen mit besonderer Intensität und in einmaliger, bis zur künstlerischen Vollen- dung, gesteigerter Form erlebbar zu machen«.

Nach dem Studium des Bandes wird dem Leser aus dem Bereich der »alten« Bundesrepublik dreierlei klar geworden sein:

- »Marktplätze« ist eine Einladung in die uns vielfach unbekanntem mitteldeutschen Städte zwischen Elbe und Oder. Der Besucher wird »dort« zahlreiche Zeugnisse deutscher Baugeschichte vorfinden, die »hier« verloren gingen.
- »Marktplätze« läßt die Stadtgeschichte vieler deutscher Städte anhand ihrer Stadtbaugeschichte deutlich werden, ermöglicht Vergleiche mit anderen deutschen Städten und ist insoweit ein fachbezogener Beitrag zum Zusammenwachsen der bisherigen »zwei« Deutschlands. Insoweit ist es erstaunlich, daß das Buch gedanklich bereits Jahre vor der »Wende« in Angriff genommen werden konnte.
- »Marktplätze« enthält (noch) eine Reihe von Elementen und Gedanken aus vergangener, sozialistischer Zeit. Der Leser wird darüber hinweggehen und diese auch der Geschichte zuordnen, der Stadtgeschichte, die ohnehin voller Widersprüche und Spannungen war und sein wird.

Das Buch wird dem Stadtgeschichtler und Stadtplaner, oder auch dem stadtschichtlich interessierten Reisenden empfohlen.

Trier/Köln Reinhard Heinemann

*Gottfried Kiesow, Einführung in die Denkmalpflege, Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft, 2. verb. Aufl. 1989, 221 S., DM 48,- (Mitglieder DM 32,-).*

Die 1982 erstmals veröffentlichte »Einführung in die Denkmalpflege« von G. Kiesow liegt nun in 2., verbesserter Auflage vor. Das in Gegenstand und Methode der Disziplin einführende Werk setzt sich mit dem komplexen Verständnis des Denkmals auseinander und untersucht das rechtliche Instrumentarium, auf dessen Grundlage der Schutz historischer Bausubstanz durchgeführt wird. Daß dies kritisch und an Hand vieler Beispiele geschieht, liegt nicht zuletzt an den fundierten Kenntnissen der denkmalpflegerischen Praxis, die der Autor als Leiter des Landesamtes für Denkmalpflege in Hessen einbringt.

Seine besondere Aktualität gewinnt dieses Standardwerk angesichts der extremen Bedrohung historischer Bausubstanz auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, durch die die Denkmalpflege aufs äußerste gefordert ist. Planwirtschaftliche Neubau-Investitionen in Plattenbauweise führten zu systematischer Vernachlässigung denkmalwerter Einzelbauten und vollständiger Ensembles. Deren Verfall und das Fehlen eines auf ihren Erhalt spezialisierten Bauhandwerkes sowie wirkungsvoller Schutzgesetze sind die Folge. So kann es an vielen Orten zunächst nur um reine Substanzsicherung mit einfachsten Mitteln gehen, bis auf Länderebene das neue Recht greifen wird, die Eigentumsfragen geklärt und Rahmenplanungen sowie Erhaltungskonzepte, eine wichtige Basis denkmalpflegerischer Entscheidungen, entwickelt sind. Neben der Erlangung des bautechnischen und rechtlichen Know-hows erfordert die derzeitige Situation vor allem ein Bewußtsein für den Wert historischer Bauten und ihre Bedeutung als Kulturzeugen. Nur so können die Fehler, die in der Nach-

kriegs-BRD gemacht wurden, verhindert werden. Hier bietet sich Kiesows Buch in besonderem Maße an, nicht nur für Denkmalpfleger, Architekten, Restaurateure und Bauhandwerker, sondern auch für Bauherren und die politisch Verantwortlichen.

Das erste Kapitel des Buches gibt einen kurzen geschichtlichen Abriss der Denkmalpflege. Kiesow zeigt, daß im 19. Jh. zwar die Grundlagen für den gesetzlich verankerten Denkmalschutz entwickelt wurden, der Schutzgedanke sich jedoch ganz im Verständnis der Romantik zunächst nur auf erhabene Großdenkmäler beschränkte und in der Folge auf eine staatsstragende Funktion reduziert wurde. Erst um 1900 wurde der Denkmalbegriff auf private Bauten als Zeugen der bürgerlichen Kultur ausgedehnt und fand breite Resonanz in der Öffentlichkeit. Kriegszerstörungen und der Wiederaufbau der 50er und 60er Jahre wirkten einem kontinuierlichen Erhalt entgegen, und erst in den 70er Jahren erfolgte der Durchbruch zur städtebaulichen Denkmalpflege. Es kam zur Verabschiedung der Denkmalschutzgesetze in den Bundesländern sowie zu erhöhter finanzieller und personeller Ausstattung. Eine breite Öffentlichkeitsarbeit, die verbesserte Ausbildung von Architekten und Handwerkern und die Entwicklung neuer technischer Verfahren sieht Kiesow als die vordringlichsten Aufgaben der Zukunft.

Im zweiten Kapitel wird der derzeitige, in den Gesetzen der Länder inhaltlich im wesentlichen gleich definierte Denkmalbegriff erläutert. Hier wird deutlich, wie sich die Kriterien für den Denkmalwert eines Einzelbauwerkes oder eines Ensembles über den rein künstlerisch-ästhetischen Wert hinaus gewandelt haben und nun die geschichtliche, städtebauliche, technische und wissenschaftliche Bedeutung sehr wohl den Erhalt rechtfertigt. Kiesow weist eindringlich darauf hin, daß der Erfolg bei der Rettung bedrohter Denkmäler wesentlich davon abhängt, ob der Denkmalwert den verantwortlichen Politikern oder dem Eigentümer bewußt gemacht werden kann.

Das dritte Kapitel stellt die gesetzlichen Grundlagen des Denkmalschutzes dar. Die für die Praxis vorrangigen Denkmalschutzgesetze

der Bundesländer regeln die Zuständigkeiten nicht einheitlich, und entsprechend unterschiedlich ist ihre Wirksamkeit. Die strikte Trennung der Unterschutzstellung eines Denkmals einerseits und der Entscheidung über sein Schicksal andererseits ist dabei ein wesentliches Kriterium, um Manipulationen des Denkmalbegriffes zu vermeiden. In seiner detaillierten Untersuchung zeigt der Autor auf, daß in Bayern, Hessen, Bremen und Schleswig-Holstein zur Zeit die wirkungsvollsten Gesetze existieren. Darüber hinaus steht den Gemeinden ein umfangreiches bau- und planungsrechtliches Instrumentarium für den Ensembleschutz zur Verfügung, sei es der Erlaß von Ortsstatuten über Gestaltungsdetails oder die Ausweisung von Erhaltungsgebieten im Bebauungsplan. Die mangelnde Anwendung gerade von Erhaltungsfestsetzungen wird von Kiesow zurecht kritisiert.

Das vierte Kapitel ist dem Denkmalschutz als Teil des Städtebaus gewidmet. Diese sorgfältige Analyse jener Elemente, die die Stadt als komplexes Gebilde ausmachen und die Maßnahmen, die Kiesow für die behutsame Steuerung von notwendigen Entwicklungsprozessen anführt, machen deutlich, daß wichtige denkmalpflegerische Voraussetzungen bereits in der Bauleitplanung, Verkehrsplanung sowie in Sanierungs- und Dorferneuerungsplänen geschaffen werden. Die Lektüre sei allen an diesen Planungen Beteiligten empfohlen.

Das folgende Kapitel formuliert Grundsätze für die Behandlung von Baudenkmalern. All die in der Praxis immer wieder auftretenden Probleme der Nachbildung, Rekonstruktion oder Instandsetzung eines Baudenkmales sowie einer adäquaten, die originale Substanz möglichst erhaltenden Nutzung werden hier behandelt. Auch die Frage, welcher Zustand erhalten oder wiederhergestellt werden soll, wenn ein Bauwerk interessante Spuren späterer Veränderungen aufweist, wird nicht ausgelassen.

Die nachfolgenden Kapitel geben Empfehlungen zu praktischen Fragen der Restaurierung und zu technischen Problemen bei historischen Gebäuden. Da die Forderung nach Anpassung an heutige DIN-Vorschriften sehr häufig zur Vernichtung originaler Details wie Treppen und

Stuckdecken führt, appelliert Kiesow dringend an die tolerantere Auslegung der starren Neubau-Normen durch die Baurechtsämter. (Man denke nur an die jüngst in zahlreichen Gemeinden versagten Genehmigungen zur Aufteilung denkmalgeschützter Häuser in Eigentumswohnungen, sofern die rigorosen Brandschutzforderungen nicht erfüllt werden.)

Ein Überblick über die Aufgaben der wissenschaftlichen Forschung und der Öffentlichkeitsarbeit, über finanzielle und steuerliche Fördermöglichkeiten sowie wichtige Informationen für angehende Denkmalpfleger schließen das Buch ab.

Das Werk wurde um die seit 1982 veränderten Rechtsgrundlagen und Fördermaßnahmen aktualisiert. Ebenfalls wurden die Fortschritte in der Handwerker Ausbildung sowie neue Entwicklungen der Ursachenforschung und Bekämpfungsmethoden von Materialverfall berücksichtigt. Die Literaturhinweise im Anhang bieten einen guten Überblick über das Spektrum an Veröffentlichungen und wurden insbesondere um neue technische Untersuchungsberichte ergänzt. Daß die Literatur zur Geschichte der Denkmalpflege überwiegend aus den ersten zwei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts stammt, liegt – wie Kiesow einräumt – an der noch nicht ausreichend erfolgten kunstwissenschaftlichen Aufarbeitung dieses Themas. Wünschenswert wäre, über die kurzen Hinweise im Text hinaus, eine Auflistung der Organisationen, Fachbehörden und Verlage, die sich in ihren Zeitschriften und Broschüren mit denkmalpflegerischen Themen befassen. Das Buch kann als Einführung in die komplexe Thematik der Denkmalpflege viele Aspekte nur streifen. Trotz der komprimierten Form gelingt es dem Autor, die vielschichtigen Probleme allgemeinverständlich und anschaulich darzustellen. Damit löst er den Anspruch ein, den Denkmalschutz als öffentliche Aufgabe zu verstehen, mit der sich nicht nur die professionellen Denkmalpfleger auseinandersetzen sollten.

Köln

Ute Beatrix Sardemann

Thomas Sieverts (Hrsg.), *Zukunftsaufgaben der Stadtplanung. Mit Beiträgen von Hams und Marianne Adrian, Gerd Albers u. a., Düsseldorf: Werner 1990, 229 S., DM 48,-.*

Wenn im Jahre 1990 eine Veröffentlichung über die zukünftigen Aufgaben der Stadtplanung auf den Markt kommt, so wird sie vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation auch daran gemessen werden müssen, ob sie den »neuen« und bei Abfassung der Beiträge meist noch nicht erahnbaren Aufgaben zukünftiger Planung ansatzweise gerecht wird oder »nur« auf eine dann doch nicht eingetretene Zukunft zugeschnitten war, soweit man das heute überhaupt schon absehen kann.

Die von Th. Sieverts geleitete inhaltliche Einführung in die Thematik spitzt die neuen Aufgaben für den Städtebau im alten (West-)Europa auf die neue Begrifflichkeit der »Leitrealität Ökologie« zu und gerät damit wahrscheinlich zukünftig erst einmal ins Hintertreffen, denn in dem partiell maroden neuen Nationalstaat ist die Renaissance der schon überwunden geglaubten Leitrealität Ökonomie zumindest vorübergehend kaum mehr wegzudiskutieren. Um so wichtiger sind die neu zu interpretierenden Fragestellungen von Sieverts zum Verhältnis Stadt/Natur, zur Entschärfung der sozialen Fragen und zur kollektiven Identität der Stadt: Ein bisher lapidarer Kernsatz wie »Stadtplanung muß der sozialen Segregation entgegenwirken« erhält zukünftig eine ganz andere Wertigkeit und es geht bei der Zielrichtung jetzt nicht nur um die neu zu verwirklichende Mischung von Nutzungen, sondern um die drohende Entmischung sozialer Schichten in den fünf neuen Ländern.

Inwieweit die beispielhaft angeführten Planungsstrategien der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park bzw. die anskizzierte Problematik der Metropolentwicklung im Rhein-Mainischen Städtedreieck auch weiterhin als das zentrale Aufgabenfeld räumlicher Planung Bestand haben werden, sei erst mal dahingestellt. Trotz offenkundiger struktureller Unterschiede stehen die Beispiele aber auch für die beiden zukünftig zentralen Problemfelder der Pla-

nung, nämlich der ökonomischen und ökologischen Revitalisierung verbrauchter Industrieregionen (wie z. B. in Sachsen) und die Entstehung und Entwicklung einer neu in das Konzert der Weltstädte tretenden Metropole wie die der beiden Berlins.

In einer kurzen Rezension kann natürlich nicht auf alle in dem Sampler vorhandenen Beiträge mit gleicher Intensität eingegangen werden, wie z. B. zum sozialen Wandel und der daraus abzuleitenden weiteren Polarisierung auf dem Wohnungsmarkt (E. Spiegel), zum Neben- und Miteinander von Stadt- und Landschaftsplanung mit dem immanenten Konfliktfeld zwischen ökonomisch motivierter Aktivität und Naturschutz als zunehmend im Mittelpunkt stehendem umweltpolitischen Ziel (H. u. M. Adrian), zum Denkmalschutz und dem trotz erkennbarer Konvergenzbereiche nach wie vor vorhandenen Interessensgegensatz zur Stadtplanung (N. Huse) oder zum Wandel der Verfahren und Entscheidungsstrukturen in der Stadtentwicklung und Stadtplanung (U. I. Küpper).

Herausgehoben werden muß allerdings angesichts täglich steigender PKW-Zulassungszahlen das Thema Verkehr. Die im letzten Jahr fast flächendeckend veränderte Verkehrssituation zeigt zu deutlich und für jedermann hautnah erlebbar auf, daß im städtischen Bereich mit Baumaschinen nichts mehr zu verbessern ist. Wenn man der Stadt eine Zukunft als urbanem Ort eröffnen will, so muß man die von H. Holzappel formulierten »Konzepte zur Reduktion der Ursachen von Verkehrsbelastung« ernst nehmen und entsprechend organisatorisch, planerisch umsetzen. Unter dem programmatischen Schlagwort »Verkehrsvermeidung« lassen sich beispielsweise normative Ansprüche an die stadträumliche Situation von Straßen formulieren (z. B. betreffs Sicherheit, Lärm, Luftschadstoffen, Überquerbarkeit und dem Nebeneinander alternativer Verkehrsmittel), die zu einer Reduzierung der Belastbarkeit im Bereich Geschwindigkeit und auch Anzahl der Fahrzeuge führen.

Aufgrund der dem Ansatz der Verkehrsvermeidung innewohnenden politischen Brisanz besitzen die beiden eher strukturell auf die Verkehrsmittelwahl und die Gestaltung des Verkehrsab-

laufes einwirkenden Ansätze größere Chancen der Akzeptanz. Nicht mehr schnell und flüssig mit eigenen Beschleunigungsspuren darf das Ziel eines stadtverträglichen Verkehrsablaufes sein, sondern die langsame und gemächliche Betriebsweise mit höchstens Tempo 30 für den individuellen Fahrzeugverkehr und die durch intelligente und aufeinander abgestimmte Maßnahmen erst noch zu ermöglichende wirklich freie Wahl des Verkehrsmittels überhaupt; hier ist die Gesamtreisezeit zwischen Quelle und Ziel bei der Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs der entscheidende und bisher kaum beachtete Faktor, abgesehen vom Preis. »Zur Rettung von Stadt gehört eine andere Verkehrsplanung« ist das recht simpel scheinende Fazit von *Holzappel*, dahinter stecken aber recht komplexe Strategien zur Veränderung gegenwärtiger Trends.

Nicht weniger beachtenswert ist der Beitrag von R. *Stich* zu den erweiterten Zukunftsaufgaben des Stadtplanungsrechtes; die Umweltverträglichkeitsprüfung für die Bauleitplanung steht als zunehmend an Relevanz gewinnende Aufgabe vor der Tür der Planungsämter, auch wenn die UVP im Baugesetzbuch von 1986 begrifflich nicht enthalten ist. Die Verzahnung verschiedener Planungsebenen (Bauleitplanung, Landschaftsplanung) vor dem Hintergrund voneinander abhängiger gesetzlicher Grundlagen (BauGB, BauNVO, EG-Richtlinie, BNatSchG, BImSchG) wird von *Stich* in ihrer zukünftigen planerischen Beachtlichkeit aufgezeigt.

Die generelle Einbindung der planerischen Einzelaspekte leistet der als historischer »Rundumschlag« konzipierte Beitrag von G. *Albers*, der leider an den Schluß der Veröffentlichung verschoben wurde. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation des Jahres 1990 ist dieser Überblick über die Entwicklung der Stadtplanung im 20. Jahrhundert als eine gelungene Kurzeinführung in die Thematik und den augenblicklichen Stand der »Wessie-Planung« für alle beigetretenen Kollegen zu betrachten; hierin finden sich in bewundernswerter Ordnung alle Begrifflichkeiten dieses Arbeitsfeldes auf 22 Seiten vereinigt.

Zusammenfassend kann man konstatieren, daß die in diesem Sampler eher an westlichem

Standard ausgerichteten Zukunftsaufgaben der Stadtplanung die aktuelle Bandbreite natürlich nur partiell erfassen können; die entfalteten Aufgaben sind aber deshalb nicht etwa obsolet, sondern höchstens heute weniger relevant. Letztlich kann man daraus aber auch den durchaus interessanten Schluß ziehen, daß es jetzt in einem Staat nicht nur konvergente, sondern auch völlig unterschiedliche Zukunftsaufgaben im Bereich der Stadtplanung geben wird und das durchaus räumlich und inhaltlich differierende Strategien angebracht sein können.

Kassel

Ronald Kunze

*Reinhold Reith, Arbeits- und Lebensweise im städtischen Handwerk. Zur Sozialgeschichte Augsburger Handwerksge-sellen im 18. Jahrhundert 1700–1806 (Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 14), Göttingen: Otto Schwartz 1988, Diagramme, Karten, Tabellen, 305 S., DM 42.—.*

Die Studien zur Geschichte des »alten Handwerks« haben in den vergangenen vier Jahrzehnten eine erfreuliche Ausdehnung erfahren. Gegenüber der früheren Konzentration auf die Wirtschafts- und Zunftgeschichte wurden durch den Einbezug sozial- und politikgeschichtlicher sowie völkerkundlicher Aspekte zudem die Fragestellungen und Zugriffsmöglichkeiten auf handwerksgeschichtliche Themen stark erweitert. Seit Mitte der 70er Jahre ist in diesem Rahmen auch ein zunehmendes Interesse für die besondere Lage der Gesellen zu beobachten.

Reinhold Reith verbindet in seiner bereits 1987 verfaßten und zur Drucklegung überarbeiteten Dissertation die Bereiche der ökonomischen und sozialen Strukturen im Handwerk mit einer Analyse des Gesellenlebens im 18. Jahrhundert. Die Untersuchung ist auf die damalige freie Reichsstadt Augsburg, als eine der größten und bedeutendsten Gewerbestädte des Reiches begrenzt. Sie liefert damit einen Beitrag zur speziell großstädtischen Handwerks-geschichte.

Ziel seiner Arbeit ist, die Lebensweise der Ge-

sellen in ihrer Abhängigkeit von der branchen- bzw. berufsspezifischen Betriebsform und Arbeitsorganisation nachzuzeichnen. Die jeweils charakteristischen »Sozial- und Bewußtseinsformen« sollen unter der Berücksichtigung von Wandlungsprozessen sowohl auf die »Arbeitskultur« als auch auf die »materielle Kultur« des Handwerks bezogen werden. Zu diesem Zweck umreißt Reith zunächst die gewerbliche Struktur Augsburgs im 18. Jahrhundert. Handel, Manufakturen und die verschiedenen Handwerke werden hinsichtlich ihrer quantitativen Entwicklung und ihrer typischen Betriebsformen untersucht. Dabei sind die einzelnen Beschreibungen jedoch von höchst unterschiedlicher Qualität. Während Reith sich z. B. bei einigen Handwerken mit Hinweisen über sich wandelnde Betriebsgrößen und Absatzlagen begnügt, gestattet in anderen Fällen zusätzliche Informationen z. B. über den Produktionsverlauf die Beschäftigungsstruktur oder über Konkurrenzverhältnisse, Handelsbeziehungen und Verlagsabhängigkeiten einen sehr viel detaillierteren Einblick in die jeweilige Betriebsweise. Auf eine Einbindung des Themas in größere historische Zusammenhänge, wie die Mitberücksichtigung obrigkeitlicher Ordnungskonzepte, bzw. der lokalen politischen Kultur als Rahmenbedingung, verzichtet Reith allerdings. Fast ebensowenig geht er auf die Frage ein, inwieweit die wichtigsten Wirtschaftslehren des Jahrhunderts (wie z. B. der Merkantilismus) die Entwicklung der einzelnen Handwerke oder Manufakturen beeinflussten. Dadurch kommt der historische Bezug zum 18. Jahrhundert leider insgesamt zu kurz.

Im zweiten Kapitel geht Reith nochmals genauer auf die Konjunkturverläufe der einzelnen Handwerke ein. Mit der Absicht, kurz- und mittelfristige Trends erkennbar zu machen, bringt er konkrete Ereignisse wie Kriege, handelspolitische Maßnahmen oder Naturkatastrophen mit der Entwicklung bestimmter Branchen in Zusammenhang. Nach diesem Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung widmet Reith sich ausgewählten Themen zur Arbeitsorganisation im Handwerk. Hierbei verweist er mehr auf die sozialen Aspekte des Handwerkerdaseins und nimmt auch gezielter zu der speziellen Situation

der Gesellen Stellung. So behandelt er u. a. den Werdegang der Lehrlinge mit Lehrzeit, Lehrgeld und Lohn, die Aufnahme in die Gesellenschaft und die Wanderzeit. Weiterhin befaßt er sich mit Fragen des Arbeitsmarktes und mit dem je nach Branche unterschiedlichen Mobilitäts-d. h. Wanderverhalten der Gesellen einschließlich der Auswirkungen auf Gruppenkultur und Kommunikationsformen. Es folgen Hinweise zur Praxis der Arbeitsvermittlung und Kündigung. Am Ende der Betrachtung steht eine Erörterung über die Arbeitszeit und die Entlohnungsarten sowie deren Folgen für die soziale Differenzierung, das Arbeitsethos und das Konfliktpotential der Gesellen mit ihren Meistern.

In seinem letzten Kapitel schließlich spannt der Verfasser einen Bogen zwischen den Betriebsformen, der konjunkturellen Entwicklung und den Formen der Arbeitsorganisation im Handwerk. Anhand von vier Fallstudien untersucht er die Bedeutung der einzelnen Elemente für die Arbeits- und Lebensweise (vor allem) der Gesellen. Bezug genommen wird auf die Handwerke der Bortenmacher, der Goldschlager, der Maurer bzw. Zimmerer und der Schneider. Mit Ausnahme des ersten Beispiels über die Bortenmacher, bei dem er sich allzusehr auf die Auswirkungen der Mechanisierung beschränkt, gelingt es ihm hier in der Tat, ein sehr anschauliches Bild über die verschiedentlich vorhandenen Kausalverflechtungen und Abhängigkeiten zu entwerfen. Zur Sprache kommen eine Reihe interessanter Aspekte, wie z. B. der Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktübersättigung, den daraus resultierenden Konflikten innerhalb der Gesellenschaft und der sich dadurch verändernden Gruppenkultur. Das Beispiel kann nur einen kleinen Einblick in die methodische Vorgehensweise des Autors geben, es läßt jedoch erkennen, auf welche Art von Aussagen es ihm ankam. Lediglich die in seiner Einleitung versprochene Berücksichtigung der »materiellen Kultur« des Handwerks wird kaum berührt.

Wenn man von diesem Punkt absieht, so kann das eingangs erläuterte Ziel der Arbeit damit als weitgehend erreicht gelten. Dennoch hätte der Titel des Buches eine etwas ganzheitlichere Betrachtung der Arbeits- und Lebensweise der Ge-

sellen erwarten lassen. Zu denken wäre hier an einen ergänzenden zeitlichen Überblick z. B. über die Bedeutung des Zunftwesens für die Situation der Gesellen, über das Ausmaß ihrer obrigkeitlichen Bevormundung und ihre Rechtsstellung oder etwa über den Wandel ihres sozialen Status im Rahmen des aufstrebenden Kleinbürgertums. Aufgrund seines sehr eng gefaßten Untersuchungsansatzes hat Reith auf solche, das Thema abrundende Informationen verzichtet. Nicht zuletzt auch wegen der häufig nicht weiter erläuterten Fachbegriffe, bekommt seine Darstellung dadurch den Charakter eines Arbeitsbuches. Es wendet sich an ein sachkundiges Publikum, das auch ohne eine Einbindung des Augsburger Handwerks in zeitliche oder ortsgebundene Zusammenhänge auskommen kann.

Stuttgart

Silke Jagusch

*Wolf-Rüdiger Osburg, Die Verwaltung Hamburgs in der Franzosenzeit 1811–1814 (Rechtshistorische Reihe 66), Frankfurt a. M.: Lang 1988, 271 S., DM 70,-.*

Das Werk von Wolf-Rüdiger Osburg, das – schon 1988 erschienen – sich aus veraltungshistorischer Sicht mit einem relativ speziellen Thema, der Verwaltung Hamburgs während der Zeit seiner Eingliederung in das französische Reich Napoleons, befaßt, eröffnet im Jahre 1990 einige interessante Vergleichsmöglichkeiten mit aktuellsten Problemen, die sich im Zuge der deutschen Wiedervereinigung stellen: Die Problematik der Umstellung der Verwaltung auf ein neues Rechtssystem, mit einer anderen Verwaltungshierarchie und einer anderen Verwaltungstradition, die Schwierigkeit, geeignete einheimische Personen für die Verwaltungsstellen und Gremien zu finden, klingt an.

Im ersten Teil des Werkes wird die Organisation der Verwaltung, die Übertragung der französischen Verwaltungshierarchie (mit den Ebenen: Zentralverwaltung – Departement – Arrondissement – Kommune) auf Hamburg beziehungsweise das Elb-Departement geschildert.

Die alte Stadt 1/91

Im zweiten Teil stellt der Verfasser sehr detailliert und faktenreich die Verwaltungspraxis, in Kapiteln gegliedert nach Verwaltungsaufgaben, dar. Dabei wird deutlich, welche überragende Bedeutung einerseits das Steuer- und Finanzwesen, andererseits das Einquartierungs- und Verpflegungswesen in der Zeit der Verwaltung Hamburgs durch die Franzosen besaßen. Explizit erwähnt der Verfasser die enorme Belastung, der die Einwohner durch die fiskalische Plünderung (Steuern, Abgaben, Verpflegung, Einquartierung, Strafkontribution) und durch die Beschränkung ihres Handels ausgesetzt waren.

Es erstaunt, daß der Verfasser – er spricht nur von »Verwaltung« – weder das Problem der Fremdherrschaft oder Besetzung, noch das Spannungsverhältnis zwischen Verwaltung und Herrschaft ausführt. Das sehr klar gegliederte Werk ist durch eine Überfülle von Daten recht anstrengend zu lesen. Zu beinahe jedem Satz findet sich eine Fußnote (von 240 Textseiten insgesamt entfallen über 100 auf Anmerkungen). An unzähligen Stellen finden sich Verweise auf Briefe oder Protokolle; die geschilderten Vorgänge würden anschaulicher werden, wenn das eine oder andere Briefstück exemplarisch abgedruckt worden wäre.

Auch vermißt Rez. des öfteren einen Vergleich mit den vorherigen oder späteren Verhältnissen und eine Bewertung der Leistungen oder Fehlleistungen der französischen Verwaltung.

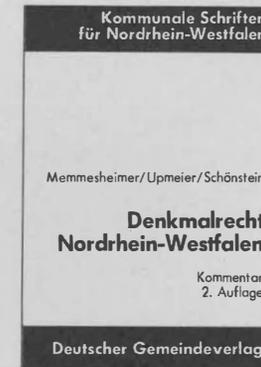
Doch dann gelangt der Leser zu den Schlußbemerkungen und findet dort auf knapp vier Seiten sehr komprimiert dargestellt eine hervorragende Gegenüberstellung der Prinzipien und Strukturen der französischen Verwaltung mit der alten hamburgischen Senatsverfassung und ihrer jeweiligen Vor- und Nachteile. Beim Lesen dieser komparatistischen Schlußbemerkungen wird denn auch vieles verständlicher, was zuvor im Detail entgeht.

Stuttgart

Matthias Haag

Deutscher  
Gemeindeverlag

## Denkmalschutz – Denkmalpflege



Memmesheimer/Upmeier/Schönstein  
**Denkmalrecht  
Nordrhein-Westfalen**  
Kommentar

2., neubearbeitete und erweiterte Auflage  
1989. Format DIN A 5. Kunststoffumschlag.  
560 Seiten. DM 149,-.  
ISBN 3-555-30269-8

Franz Schuster (Hrsg.)  
**Politik für ländliche Räume**

1990. 192 Seiten. Kartoniert. DM 49,80.  
ISBN 3-555-00825-0

Hönes/Gölter  
**Denkmalschutz und Denkmal-  
pflege in Rheinland-Pfalz**

Kommentar für die Praxis  
Format DIN A 5. Kartoniert. 224 Seiten. DM 86,-.  
ISBN 3-555-45074-3

Eberl/Martin/Petzert  
**Bayerisches Denkmalschutzgesetz**  
Kommentar

3., neubearbeitete und erweiterte Auflage  
Format DIN A 5. Kartoniert. 288 Seiten. DM 89,-.  
ISBN 3-555-50067-8

**Für das Dorf**

Gestaltung des ländlichen Lebensraumes durch  
Dorfentwicklung  
Stellungnahme des Fachbeirats für Dorfentwicklung  
des Instituts für Kommunalwissenschaften der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

1983. Format 16,5 x 24 cm. Kartoniert.  
212 Seiten. DM 25,- (Mengenpreise).  
ISBN 3-555-00570-7

Ergänzend zu unseren Fachbüchern liefern wir  
unser umfassendes Formularsortiment.  
Bitte Sonderprospekt anfordern!

Hönes  
**Denkmalrecht und  
Dorfneuerung**

Eine praxisbezogene Abhandlung zur Erhaltung des  
ländlichen Raumes  
1988. Format DIN A 5. Kartoniert. 228 Seiten. DM 49,80.  
ISBN 3-555-00777-7

Hönes  
**Die Unterschutzstellung von  
Kulturdenkmälern**

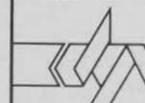
Das denkmalrechtliche Schutzverfahren und das  
Rechtsschutzsystem  
1987. Format DIN A 5. Kartoniert. 348 Seiten. DM 39,-.  
ISBN 3-555-00724-6

Gebeßer/Eberl  
**Schutz und Pflege von  
Baudenkmalen in der  
Bundesrepublik Deutschland**

Ein Handbuch  
Format DIN A 5. 496 Seiten mit zahlreichen  
Zeichnungen und Fotos. Leinen. DM 96,-.  
ISBN 3-17-004987-9

Dörfeldt/Viebrock  
**Hessisches Denkmalschutzrecht**

Kommentar  
2., neubearbeitete Auflage  
1990. Format DIN A 5. Kartoniert.  
Ca. 200 Seiten. Ca. DM 78,-.  
ISBN 3-555-40132-8

Deutscher  
GemeindeverlagPostfach 40 02 63  
5000 Köln 40Tel. (0 22 34) 10 60  
Fax (0 22 34) 106-284